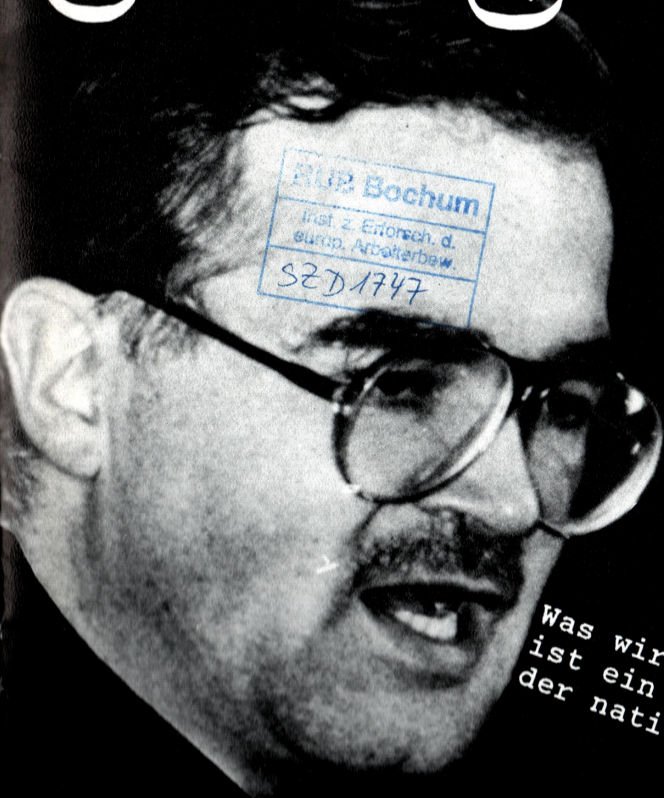


DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee – Juni 1988 Nr. 68/69 3,—

Fein Kampf



Was wir brauchen,
ist ein Programm zur Überwindung
der nationalen Dekadenz

2,40 DM Strafporto für Post gegen Strauß

Liebe Leserinnen und Leser des Demokratischen Informationsdienstes

Noch nie haben wir so viele Zuschriften auf eine Nummer des DID bekommen, wie auf die letzte und zwar kaum, daß sie von der Post ausgeliefert war. Warum? Weil die Leser spontan begeistert waren von dem Titelbild, mit dem unser Freund Franz Meyer sich so viel Arbeit gemacht und die Unabhängigkeit der bayerischen Richter dargestellt hat? Weil der DID eine fundierte und klare Analyse des Urteils gegen Linwood B. aus Nürnberg oder die Schüsse an der Startbahn West in Frankfurt geliefert hat? Weil wir zum Thema Sterbehilfe sorgfältig recherchiert haben?

Nein, das war es alles nicht. Es ging um DM 2,40, die die Post als Nachgebühr verlangte. Nicht, weil die Kuverts zugeklebt waren, wie unser Leserbriefschreiber Thomas vermutete, obwohl auf der Rückseite der Briefhüllen in mehreren europäischen Sprachen zu lesen ist, daß es sich um sogenannte Adhäsionsverschlüsse handelt, die zwecks Kontrolle geöffnet und anschließend wieder verschlossen werden können. Der Grund für die Nachportoaktion war der Brief an die lieben DID-Leser, der der letzten Nummer beilag und der über den Ausgang von Christans Prozeß informierte (Thomas, da wärest Du sicher genausowenig draufgekommen wie wir).

Wir halten es nun nicht für einen Zufall, daß die Post ausgerechnet das Anti-Strauß-Komitee so akribisch untersucht, daß unser unabsichtlicher Verstoß gegen die Postverordnungen in Form einer Briefbeilage ans Tageslicht kommt. Zuletzt hatten wir Probleme damit, daß wir die Abonnentenwerbung für den DID nicht auf die ersten oder letzten beiden Seiten abgedruckt haben, sondern irgendwo mittendrin. Damit sei der DID kein Buch, sondern irgendetwas anderes, was eben nicht als Büchersendung verschickt werden darf. (Nach dieser Logik sind z.B. auch Rowohlts Taschenkrimis keine Bücher, denn die Reklame für die Pfandbriefe ist immer mittendrin.) Bisher war es Praxis der Post, uns solche Sendungen nachfrankieren zu lassen, so daß diese Schikanen von Buch, den DID-Lesern, unbemerkt abließen.

Aber es gab in der letzten Zeit immer wieder Beispiele dafür, daß auch die Post einen politischen Standpunkt einnimmt. Zuletzt haben wir das erfahren, als die Postdirektion Briefträger in Bayern gezwungen hat, eine Postwurfsendung der Neonazis auszutragen, die nach den Schüssen auf die drei Polizisten in Dorfen lauthals "Ausländer raus" forderten. Auf der anderen Seite weigert sich die Post Briefe zu befördern, auf denen durchkreuzte Kernkraftwerke zu sehen sind, denn das verstößt gegen § 13 der Postverordnung.

Die rechte Parteilichkeit der Post dürfte auch dem Filmregisseur Achternbusch nicht entgangen sein, der sich doch sonst so wirkungsvoll mit der "Obrigkeit" z.B. Zimmermann anlegt. Er hielt die Solidarität der Linken für so unwichtig, daß er uns den DID unfrankiert zurückschickte und unsere erheblichen Unkosten, die wir durch die Nachporti für die nicht angenommenen Briefe bezahlen mußten, noch ein bißchen erhöhte.

Wir möchten uns deshalb herzlich bedanken bei denen, die klaglos die DM 2,40 bezahlt haben.

Eure DID-Redaktion

Inhalt	Seite		Seite
Gauweiler und die nationale Aktion.....	3	Deutschland, Deutschland über alles!	
Ein deutscher Herbst war schon zu viel.....	5	Burschenschaften in der BRD.....	41
Bei unerwünschten Demonstrationen:		Strauß in Aktion.....	45
Die Axt vom Zimmermann:.....	8	- "Tour de Terror".....	49
Strauß ganz entspannt nach Moskau.....	15	- Bayrische Jagdszenen: Schwulenhatz.....	50
Die Braunen im Schlepptau.....	20	Antifaschisten in Aktion.....	52
Die Meinung aller ist gleich frei -		- Wie verunglimpft man den Staat.....	52
doch die CSU hat das Fernsehen.....	25	- Schluß mit den Waffenlieferungen an	
Wer gewinnt den Kampf um's KZ Drütte -		Iran und Irak.....	52
Wir oder Die?.....	31	- Nie wieder Krieg!.....	54
		Ich werde meinen Mund nicht halten -	
		- Interview mit Alfons Lukas.....	58

In einem Interview mit der Zeitung Esquire (4/88) fordert Gauweiler ein "Programm zur Überwindung der nationalen Dekadenz". Es sei unübersehbar, daß sich die Bundesrepublik in bestimmten Bereichen bereits in Verfall und Niedergang befinde. Die Immunschwächekrankheit Aids habe diese Entwicklung "nur schneller und radikaler sichtbar gemacht". Es gelte nun, gegen die Verhältnisse vorzugehen, "welche dem Aids-Virus sein ideales Biotop geboten haben".

Gauweiler und die nationale Dekadenz

Wieso ist die Dekadenz eigentlich national?

Gibt es auch eine internationale Dekadenz?

Schließlich ist auch Aids international!

Sicher, aber das interessiert hier nicht!

Was hier interessiert, ist das, was die nationale, d.h. in unserem Fall die deutsche Dekadenz hervorruft, und das kann im Gegensatz zum internationalen Verfall nur etwas "Undeutsches" sein.

Was ist dieses Etwas, das durch Aids sichtbar wurde, das "Undeutsche"?

Selbstverständlich die Ausländer, die auf Aids getestet werden müssen, die Schwulen, die Fixer, die Prostituierten.

(Auch der "Sextourismus" ist nach Gauweiler "undeutsch".)

Um noch einmal alle Zweifel auszuräumen: Dieses Programm zur Rettung der deutschen Rasse wurde nicht von einem wildgewordenen Neonazi gefordert. Das Programm gegen Undeutsches stammt nicht aus dem Hirn eines der alten und neuen Nazis, die so oft als die große Gefahr für die Demokratie hingestellt werden. Nein, dieses "rechtsradikale und antidemokratische Gedankengut" (SPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag Hiersemann in SZ, 11.4.88 über die Gauweiler-Forderung) ist geistiges Eigentum eines der Staatssekretäre im bayerischen Innenministerium, verantwortlich für die Bekämpfung der

Aids-Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ausländer und anderer Demokraten durch die Polizei. Das "rechtsradikale und antidemokratische Gedankengut" ist geistiges Eigentum des erklärten Lieblings des bayrischen Ministerpräsidenten.

Programme zur Überwindung der nationalen Dekadenz mögen sich auch Neonazis wünschen, und das ist schlimm genug. Der Unterschied zwischen Gauweiler und den Nazis besteht aber darin, daß sie nicht an den Schalthebeln der Macht sitzen, daß sie nicht über ein Heer von zum Teil im Nahkampf ausgebildeten Bewaffneten verfügen.



Erst kürzlich konnte Gauweiler eine weitere wichtige - denn sie richtet sich in erster Linie gegen Demonstrationen - Bereicherung seines Programms vorstellen: Gauweiler mit als "Gewalttäter" verkleideten Polizisten seines 600-Mann starken Sonderkommandos, deren Mitglieder sozusagen als Schutzzulage 200DM mehr verdienen als ihre Kollegen. Diese Truppe wird sicherlich mit dazu beitragen, daß Schluß damit ist, daß "wir viel zu wenige Verurteilungen von Chaoten haben" (Gauweiler in SZ, 19./20.3.88)

Zur großen Freude Gauweilers konnte in Bayern bereits ein umfangreiches "Programm zur Überwindung der nationalen Dekadenz" vorgelegt und in die Tat umgesetzt werden. Es trägt den Namen: "Aids, Vollzug des Seuchenrechts, des Ausländerrechts und des Polizeirechts", kurz Maßnahmenkatalog. Möglicherweise ist Gauweiler der Meinung, daß er Aids im nationalen Rahmen hätte verhindern können. Z.B. durch konsequente Ausländer-raus-Politik oder durch "Ausdünnen der Randbereiche der Entartung", wie sich Gauweilers Parteikollege Zehetmeier, bayrischer Unterrichtsminister, über die Homosexuellen auszulassen beliebt.

Wir wollen auf die bayrischen Zwangsmaßnahmen gegen Aids-Kranke und der Infizierung Verdächtige hier nicht weiter eingehen. Wir wollen auch die Beiträge Gauweilers zur "Überwindung der nationalen Dekadenz" aus seiner Zeit als Münchens Kreisverwaltungsreferent gegenüber Ausländern, Schwulen (s. auch Jagdszenen in Bayern), Obdachlosen, Punkern usw. nicht wiederholen. Wir möchten nur ein Beispiel aus den letzten Wochen bringen.

Gauweiler bläst zum Halali auf Ausländer

Im März 1988 überfiel ein nervenkranker Waffemarr die Polizeiinspektion in Dorfen bei München. Das zuständige Landratsamt Erding war, nachdem es den Fall fünf Monate lang kannte, zu dem Schluß gekommen, daß man dem Sportschützen den Waffenschein wegen seines Gesundheitszustands entziehen müsse. Daraufhin sah der Geisteskranke, der zufällig jugoslawischer Staatsbürger war, rot und erschoss drei Dorfener Polizisten.

Was ist nach Gauweiler die Konsequenz aus den tödlichen Schüssen?

Fordert er, daß die gesetzlichen Bestimmungen über den Erwerb von Schusswaffen verschärft werden?

Nein!

Fordert er eine Untersuchung der tödlichen Schlappe des Landratsamts Erding, das schon seit Monaten von der Nervenkrankheit des Schützen wußte?

Nein!

Er fordert eine schärfere Ausländergesetzgebung! Im wahrsten Sinne ein Beitrag zur Überwindung der nationalen Dekadenz! Und die, die verstehen sollten, haben verstanden! Die örtlichen Neonazis von der NPD begannen sofort, Unterschriften unter die Forderung zu sammeln: "Unser Deutschland darf nicht Tummelplatz für Verbrecher aller Hautfarben bleiben!".

Nachdem auch noch einige Veranstaltungen zu dem Thema durchgeführt wurden und der Volkszorn so richtig hochgekocht war, wollte es einer besonders gut machen: ein "möglicherweise geistig verwirrtes NPD-Mitglied" (SZ). (Wir zweifeln nicht daran, daß bei NPD-Mitgliedern möglicherweise etwas mit dem Geisteszustand nicht stimmt. Bemerkenswert ist nur, wie hier wieder einmal von der Presse der politische Zusammenhang negiert wird, wenn es sich um die Tat eines Rechtsradikalen handelt.) Jenes NPD-Mitglied überfiel Anfang April eine Bank in Dorfen, nahm zwei leitende Angestellte als Geiseln, die er gegen "drei Türken und ein schnelles Fluchtauto" eingetauscht haben wollte, um wie er sagte, den "dreifachen Polizistenmord zu rächen".

Waffen für den gesetzestreuern Bürger

Die Blumen auf den Gräbern der Toten waren noch nicht verwelkt, als der Presse zu entnehmen war, daß das bayrische Innenministerium entschlossen sei, alle Möglichkeiten zur

Lockerung der gesetzlichen Bestimmungen über den Erwerb und den Besitz von Schusswaffen durch Sportschützen in Bonn zu nutzen. Gauweiler erklärte, es sei sein Ziel, "vermeidbare Einschränkungen gegenüber gesetzestreuern Bürgern zu vermeiden." Wer ein "gesetzestruer Bürger" ist, das definiert selbstverständlich Gauweiler. Ausländer sind es schon mal nicht! Denn "ohne damit Ressentiments schüren zu wollen, pochte Gauweiler auch darauf, daß Ausländern der Waffenbesitz einfach verwehrt bleiben müsse" (SZ, 16./17.4.88).

Möglicherweise gehören zu den "gesetzestreuern Bürgern" aber die Neonazis von der NPD, von denen einer eine Bank überfällt, Geiseln nimmt, um an Türken den Tod der Polizisten zu rächen. Gauweiler schließt solche Leute jedenfalls nicht ausdrücklich vom Waffenbesitz aus.



Mit Hilfsgruppen darf man eben nicht zimperlich sein, wie Strauß schon 1970 sagte.

Ein deutscher Herbst war schon zuviel

Freiheit für Ingrid Strobl und Ursula Penselin!

Seitdem die Sicherheitsgesetze gültig sind, wurden schon etliche Menschen mit den §§ 129a und 130a als "Terroristen" verfolgt. Der bürgerlichen Presse sind solche Fälle keine Zeile wert. Schon während der Debatte um das Gesetzespaket zur inneren "Sicherheit" hat diese Presse permanent und penetrant nur das Vermummungsverbot und allenfalls noch die Kronzeugenregelung kommentiert. Über die restlichen Paragraphen, die ganz entscheidend die demokratischen Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit einschränken, wurde die Öffentlichkeit nicht informiert. So ist es nur logisch, daß bei uns inzwischen Menschen wegen nichtiger "Tatsachen" in Isolationshaft verschwinden können, ohne daß irgendein Journalist der bürgerlichen Presse sich für die Stichhaltigkeit der Beweislage interessiert. Handelt es sich doch um Häftlinge, denen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Als solche werden zum Beispiel die "revolutionären Zellen" und die "Rote Zora" definiert.

Wecker, Stecker, Bombenleger

Mitten im Weihnachtsrummel 1987 veranstaltete der Generalbundesanwalt eine Großrazzia im gesamten Bundesgebiet. Über 300 Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) waren im Einsatz, um 33 Wohnungen und Arbeitsplätze zu durchsuchen. Darunter auch die Redaktionsräume der "tageszeitung" in Bochum und Hamburg, sowie das "Genarchiv" in Essen. Allein aus dieser Dokumentationsstelle zum Thema Gentechnologie wurden 12.000 Seiten beschlagnahmt. Insgesamt 23 Per-

sonen, fast ausschließlich Frauen, wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Mit Maschinenpistolen bewaffnet suchten die Fahnder nach angeblichen Mitgliedern der "revolutionären Zellen" und der "Roten Zora".

"Die revolutionären Zellen sind überall", diese Begründung des BKA genügte, um jeglichen Übergriff auf Personen und Sachen zu rechtfertigen. Mit dieser Generalermächtigung lassen sich solche Razzien mitsamt allen Staatsübergriffen jederzeit wiederholen. Es gibt genügend demokratisch engagierte Personen, die in U-Haft unter Isolationshaftbedingungen erst einmal nachweisen sollen, daß sie keine sogenannte terroristische Vereinigung unterstützen und nichts mit irgendwelchen Brandanschlägen zu tun haben.

Heute, ein halbes Jahr später, sitzen zwei dieser Frauen noch immer in Haft: In Hamburg-Horstenglacis die 36-jährige Setzerin Ulla Penselin und in München-Neudeck die Kölner Journalistin Ingrid Strobl, gebürtige Innsbruckerin. Ulla Penselin wurde an ihrem Arbeitsplatz in einer Hamburger Druckerei verhaftet. Ihr wirft die Bundesanwaltschaft Verstoß gegen den § 129a, "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" vor.

"Ich habe noch nie einen derartig dürrtügig begründeten Haftbefehl gesehen", sagt ihr Anwalt, Hartmut Jakobi. "Ihr wird nichts weiter vorgeworfen, als Kontakt gehabt zu haben, zu Frauen, die verdächtig sind, Bauteile gekauft zu haben, die auch bei Anschlägen Verwendung finden." Festgemacht wird dieser Verdacht an zwei angeblich

"konspirativen" Treffen, an denen Ulla Penselin teilgenommen haben soll: Zuerst am 31.7.87 in einem öffentlichen Café in Osnabrück, wo eine der anwesenden Frauen verdächtigt wird, einen elektronischen Zeitgeberbaustein (neudeutsch für: Uhr) erworben zu haben. Ende November dann in einem Ferienhaus in Telgte. Dort fand die Polizei in einer Sickergrube ein Flugblatt der "revolutionären Zellen" und einen Kassenzettel für einen Bananenstecker. Ohne Konkretisierung des Tatverdachts soll z.B. die Teilnahme an "einem Treffen am 29.10.87 im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft, bei dessen telefonischer Vereinbarung ganz gezielt der Zweck des Treffens auch nur andeutungsweise nicht erwähnt worden ist" (Zitat aus einem Durchsuchungsbeschluß), ausreichen, um den Terrorismusverdacht zu belegen.

Die telefonische Vereinbarung: "Kommst du diesen Mittwoch" kann somit jedem kontinuierlich arbeitendem Komitee oder jeder Initiative zum Verhängnis werden.

Auch bei Ingrid Strobl kann nicht im mindesten von einer stichhaltigen Beweislage die Rede sein. Die ehemalige Redakteurin der Zeitschrift "Emma" hat sich einen Namen gemacht als Anklägerin der Bonner Politik im Interesse des westdeutschen Kapitals. Sie engagierte sich z.B. immer kompromißlos gegen die Zimmermannsche Ausländerpolitik, gegen Rassismus und Abschiebung. Ihr Vergehen: Sie hat am 11.9.86 einen Wecker gekauft. Genau dieser Reisewecker der Marke Emes-Sonochron soll es gewesen sein, der sechs Wochen später beim Zünden eines Sprengsatzes als Zeitzünder diente. Die Bombe ging in der Lufthansa-Hauptverwaltung im Oktober 86 in Köln hoch, zerfetzte ein Dutzend Fensterscheiben im Wert von rund 150.000 DM. Die "Rote Zora" erklärte zu dem Anschlag, die Lufthansa habe nicht nur bei der Bombardierung der Stadt Guernica im Jahr 1937 mitgeholfen, auch heute vollstrecke sie die Abschiebung von Flüchtlingen aus der BRD. Außerdem fördere sie den Prostitutions-tourismus nach Bangkok und Manila.

Von seiten des BKA war man auf diesen Anschlag bestens vorbereitet. Weil man nämlich bei allen vorangegangenen Anschlägen der "Roten Zora" keinen einzigen Fahndungserfolg zustandegebracht hatte, griff das BKA zu einer mehr als zweifelhaften Methode:

Nachdem die Beamten das von der "Roten Zora" bevorzugt für Anschläge verwendete Weckerfabrikat ausfindig gemacht hatten, kauften sie kurzerhand die gesamte Restauflage auf und nahmen den Vertrieb selbst in die Hand. Jeder Wecker wurde durch eine eingravierte Nummer hinter dem Zifferblatt eigens gekennzeichnet, das Verkaufspersonal in den Uhrengeschäften angewiesen, alle Kunden, die nach diesem We-

cker verlangten, mit speziell eingebauten Video-Kameras zu filmen. Teilweise waren auch Beamte des BKA selbst als Verkäufer tätig. Die gefilmten Personen wurden dann von den Fahndern über einen längeren Zeitraum beobachtet, so auch Ingrid Strobl. "Wir haben bei der Herstellung des Weckers mitgearbeitet, wir haben ihn geliefert. Wir haben eine Falle gestellt, indem wir den Wecker zum Verkauf geliefert und präpariert haben. Und siehe da, er wurde gekauft", erklärt Oberstaatsanwalt Boese stolz dieses Verfahren.

Ganz anders bewertet Frau Strobls Rechtsanwalt Hartmut Wächter aus München dieses Vorgehen des Staatsschutzes: "Im Grunde macht sich die Polizei dadurch der Unterstützung und Beihilfe schuldig. Denn Bedingung ihres Fahndungskonzepts ist es, daß die Bombe hochgeht." (Zitiert nach Münchner Stadtzeitung) Der ganze Aufwand des BKA galt also nicht der Verhinderung von Anschlägen, sondern das Hochgehen der Bombe war notwendiger Bestandteil ihres ausgeklügelten Fahndungskonzeptes. Merkwürdig ist dabei nur, daß während der langen Zeit, in der Frau Strobl observiert wurde, keinerlei belastendes Material gegen sie gefunden werden konnte. Selbst wenn Frau Strobl also diesen Wecker gekauft haben sollte, wie kam er dann eigentlich an die Bombe? Seitdem es öffentlich bekannt ist, daß der Verfassungsschutz höchstpersönlich ein Loch in die Gefängnismauer von Celle gesprengt hat (auch mit der Begründung, damit bessere Voraussetzungen für künftige Fahndungserfolge zu erzielen), seitdem spätestens sind Zweifel daran angebracht, welcher "Terrorist" wo warum eine Bombe hat hochgehen lassen. Bezeichnenderweise hat Oberstaatsanwalt Prechtel, Sprecher von Generalbundesanwalt Rehmann, inzwischen dementiert, jemals "auf Herstellung und Vertrieb des Weckers Einfluß genommen" zu haben.

Aber anstatt die Anklage fallenzulassen, besteht die Bundesanwaltschaft auf Fortbestand des Haftgrundes. Begründung: Fluchtgefahr. Und das, obwohl Frau Strobl lange Zeit vor ihrer Festnahme davon unterrichtet war, daß sie observiert wird und nie versucht hat, unterzutauchen. (Die Informantin, Lebensgefährtin eines Beamten der Politischen Polizei, kam wegen der Warnung an Frau Strobl selbst in die Mühlen des §130a.) Auf Staatsseite macht man es sich mit der Fluchtgefahr nicht so einfach: Jetzt, nach der Inhaftierung, bestehe für Frau Strobl im Falle einer Freilassung aus der U-Haft ein erhöhter Fluchtanreiz.

Ein gelungenes Beispiel, wie man Haftgründe selbst produzieren kann.

Für Ingrid Strobl, die gegen ihren Willen

nach München und nicht nach Köln in U-Haft verbracht wurde, ist es dadurch sowieso erheblich erschwert worden, mit Hilfe von Aussagen und Unterstützung von Freunden und Bekannten ihren Prozeß vorzubereiten. Vor allem aber wurde dadurch die Organisierung der Solidarität erheblich erschwert, die die Menschen, die direkt mit Frau Strobl gekämpft und gearbeitet haben, wohl am besten hätten organisieren können, an dem Ort, wo sie lebt. So ist bis heute die Solidarität auch mehr als mager. Bisher haben 16 Rechtsanwälte und die Mitglieder eines Arbeitskreises Asyl- und Ausländerrecht in NRW die sofortige Freilassung von Frau Strobl und Frau Penselin gefordert. Aus ihrem Schreiben an den Ermittlungsrichter: "Es macht uns betroffen, wenn zur Begründung des Vorwurfs der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eine oppositionelle Haltung zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung herangezogen wird. Denn auch wir 'gehören zu einem Kreis von Personen, die sich intensiv mit dem Thema Flüchtlingsproblematik, Asyl- und Abschiebepolitik der BRD auseinandersetzen', 'sich überwiegend seit Jahren kennen' und an 'öffentlichen Veranstaltungen und nicht-öffentlichen Arbeitstreffen hierzu teilnehmen'." (Laut taz vom 2.4.88. Die als Zitat gekennzeichneten Stellen wurden den Formulierungen des Haftbefehls entnommen.) Weiterhin erschien in der taz vom 10.5.88 unter dem Titel "Ein Deutscher Herbst war schon zuviel" ein Solidaritätsschreiben namhafter Personen, Organisationen, Buchläden etc., in dem die sofortige Freilassung von Frau Strobl und Frau Penselin gefordert wird.

„Anschlagsrelevante Themen“

Nachdem die Bundesanwaltschaft nicht einmal den Anspruch erhebt, beweisen zu können, daß Ingrid Strobl den Wecker in der Absicht, einen Sprengsatz zu bauen, gekauft oder auch nur weitergegeben hat, hat sie eine andere Straftat entdeckt, eine neue Straftat erfunden, die ebenfalls die Haftbedingungen wie für Terroristen rechtfertigt: Die "offene Auseinandersetzung mit anfallsrelevanten Themen", wie der zentrale Vorwurf in sämtlichen Ermittlungsverfahren vom 18.12.87 anläßlich der Razzien heißt.

Anschlagsrelevant und somit öffentlich nicht mehr legal diskutierbar sind also die Themen Flüchtlingspolitik, Rassismus und illegale Abschiebung von politisch Verfolgten. Tausende in Westdeutschland könnten somit in U-Haft genommen werden, auch ohne daß sie vor-

her Wecker eingekauft hätten. Denn sie diskutieren diese Themen in Versammlungen, auf den Straßen, beim Flugblattverteilen ... und debattieren obendrein über die geeignetsten Widerstandsformen zur Verhinderung von Abschiebungen und zur Bekämpfung von Rassismus. Tausende machen ihre Gedanken öffentlich, welche Möglichkeiten den Kapitalgewaltigen in der Industrie durch die Ergebnisse der Gentechnologie-Forschung entstehen könnten. Sie prangern es an, daß diese Herren bereits mit dem Menschenmaterial spekulieren, das in ihren Fabriken an hochgiftigen Arbeitsplätzen eingesetzt werden könnte, ohne gleich Ausfallerscheinungen zu zeigen. Heute ist es möglich, mit den "Antiterrorgesetzen" bereits die simple Auseinandersetzung und Diskussion mit solchen demokratischen, (natur)wissenschaftlichen und sozialpolitischen Themen unter Strafe zu stellen und sie als Aufforderung zu Gewalttaten zu brandmarken. Antimilitarismus = anfallsrelevant, denn er dient der Wehrkraftzersehung. Kampf gegen soziale Demontage und Arbeitslosigkeit = anfallsrelevant, denn Gewerkschafter besetzen Brücken und Zufahrtsstraßen zum Arbeitsplatz. Und schon bist du Terrorist, bist nicht einmal den Liberalen mehr der Solidarität wert. Einzelzelle ohne Fenster, Trennscheibe beim Anwaltsbesuch, die Staatsgewalt hat freie Hand mit dir.

Ulla Penselin und Ingrid Strobl halten den Kopf seit eininhalb Jahren in U-Haft weiterhin hoch. Das wissen wir aus ihren Stellungnahmen, geschrieben im Knast.

"Solidarität ist eine Waffe", ist kein Propagandaspruch, sondern heißt Leben - unser Leben - auch im Knast." (Ulla Penselin) Und Ingrid Strobl weiß, warum sie so massiv verfolgt und ihrer Freiheit beraubt wurde. Sie schreibt: "Durch den breiten Kampf gegen Gentechnologie und Flüchtlingspolitik werden essentielle Herrschaftsinteressen im Imperialismus getroffen. Daher erklärt sich das geradezu hysterische Vorgehen des Staates gegen die Menschen, die diesen Kampf, egal auf welcher Ebene, führen."

Ingrid Strobl versucht in U-Haft an der Fertigstellung ihres Buches zu arbeiten, das sie laut Vertrag eigentlich Ende Februar hätte abliefern müssen. Sie schreibt darin über eines ihrer Lieblingsthemen, über die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und dem Kampf der Frauen in dieser Zeit:

"Sag nie, du gehst den letzten Weg - die Teilnahme von Frauen am bewaffneten Widerstand gegen Faschismus/Deutsche Besatzung", so der Titel ihres hoffentlich bald erscheinenden Buches.

Bei unerwünschten Demonstrationen: Die Axt vom Zimmermann

Die Bundesregierung plant noch in diesem Jahr drastische Eingriffe - nicht nur in das Versammlungsrecht. Titel des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung vom 23.12.87: "Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten".

Die Begründung für die Verschärfung z.B. des Versammlungsrechts folgt dem gängigen Muster: "Bei zahlreichen Massenansammlungen, insbesondere bei Demonstrationen, ist es in letzter Zeit in verstärktem Maße zu schweren Ausschreitungen gegen Menschen und Sachen gekommen. Diese Eskalation der Gewalt läßt es geboten erscheinen..." Es handelt sich hier um eine der zahlreichen Lügen, die uns von unserer Regierung täglich aufgetischt werden. Denn genau das Gegenteil ist der Fall: Während 1968 von 2059 Demonstrationen immerhin noch 533 "unfriedlich" verliefen (also 25.9 %), wurden im Jahr 1986 von 6.500 Demonstrationen nur 237 als "unfriedlich" klassifiziert (also ganze 3.65 %) (vgl. Innere Sicherheit 64 vom 23. 11. 1982 und folgende -herausgegeben vom Bundesinnenministerium.)

Die geplanten Verschärfungen sind auf den ständigen Druck der CSU zurückzuführen, die seit Jahren am Versammlungsrecht - oder dem was sie davon übriggelassen hat - nagt wie eine Ratte.



--- Hau ---

Die neuen Vorschriften ermöglichen zum einen einen beinahe uferlosen Zugriff der Polizei auf jede beliebige Demonstration und dienen zum anderen der Einschüchterung der Menschen, indem sie das Wahrnehmen eines Grundrechts in die Nähe von Kriminalität rücken.



Heute ist § 5 dran! An die Arbeit!

Zur Erinnerung: Vor genau drei Jahren im Juli 1985 gelangen CSU-Innenminister Zimmermann drastische Beschneidungen des Versammlungsrechts.

Zum einen wurden mit dem Paragraphen 17a zwei bis dahin in der Gesetzgebung unbekannte Begriffe eingeführt: "Verwammung" und "Schutzbewaffnung". Allein der sichtbare Wille, den Kopf nicht schutzlos einem Polizeiknüppel hinzuhalten, bzw. sich nicht von den Polizeikameras filmen und anschließend speichern zu lassen, ist seit dem 17. Juli 1985 prinzipiell verboten und wird als Ordnungswidrigkeit geahndet. (Daß der hier im Gesetz ohne nähere Erklärung untergebrachte Begriff der "Schutzwaffe" demagogisch auf den Waffenbegriff anspielt, aber mit einer Waffe überhaupt nichts gemein hat, sei nur am Rande bemerkt. Auf den Grund für diesen Trick werden wir später eingehen). Beide Begriffe sind weit, beliebig weit und je nach Bedarf auslegbar. So wird im Bericht des Rechtsausschusses vom 27. Juni 1985 ausgeführt: "Nicht unter den Begriff der Schutzwaffen fallen Gegenstände, die

zwar auch geeignet sind, den Körper vor der Einwirkung von Gewalt zu schützen, vorwiegend aber der Unfallverhütung dienen. Demzufolge sind Motorradhelme oder Lederbekleidung keine Schutzaffen." Und ein Stückchen weiter hinten: "Als Schutzaffen geeignet sind beispielsweise Motorradhelme, da sie weitgehend dem militärischen Stahlhelm gleichen, nicht aber Regenmäntel." Welches Schweinderl hätten denn gern, Herr Einsatzleiter?



----- Ruck!

Die zweite Verschärfung aus dem Jahr 1985 betrifft den Paragraphen 125 StGB (Landfriedensbruch). Danach macht sich jeder, der verummmt oder "passiv bewaffnet" ist, im Sinne des Strafgesetzbuches schuldig, wenn er sich in einer Menschenmenge befindet, aus der heraus Gewalt verübt wird und er der Aufforderung der Polizei wegzugehen, nicht Folge leistet. (Die Demonstrationsteilnehmer sind auch dann schuld an der Gewalt, wenn ein Polizeimeister den ersten Stein wirft.) Ob sich der Mensch mit der Mütze überm Gesicht (Vermummung) oder dem Taschentuch vorm Mund zur Abwehr des Wasserwerfer CS-Gases (passive Bewaffnung) - die Beispiele stammen vom Pressesprecher des Bundesjustizministers- nun an den Gewalttaten beteiligt hat oder nicht, ist egal; die Tatsache daß er "verummmt" oder "passiv bewaffnet" ist, genügt, ihn zum Landfriedensbrecher werden zu lassen. Begründung: "Vermummung und Schutzbewaffnung bilden eine Vorstufe zur Begehung von Gewalttätigkeiten und damit bereits den Beginn der Unfriedlichkeit." (aus "Vorschläge zum Schutz der Demonstrationsfreiheit" der CDU/CSU-Fraktion vom 10.9. 87) In

der Stellungnahme der Strafverteidigervereinigungen (alle Zitate der Strafverteidigervereinigungen stammen aus einem Schreiben des Organisationsbüros der Vereinigungen vom 11.2.88 an den Bundesminister der Justiz) zu diesem Gesetzesentwurf wird dazu bemerkt: "Man stelle sich diesen merkwürdigen, in der Strafrechtsdogmatik bisher unbekannten Gedankengang einmal übertragen auf andere Lebensvorgänge vor: Das Begeben in bestimmte anrühliche Gaststätten, in denen es des öfteren zu Schlägereien kommt, in Banken in bestimmter Aufmachung oder in bestimmten Zustand als Straftat!

Die CSU denkt weiter

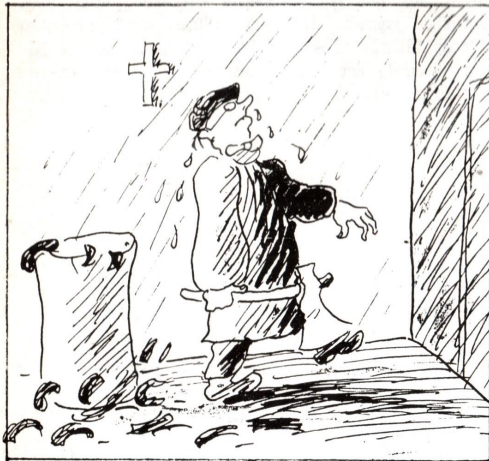
Doch diese Fassung des Paragraphen 125 genügte der CSU schon damals nicht, war sie doch ein Kompromiß, an dem die FDP die Schuld trug. Seitdem wird ständig weiter versucht, den Landfriedensparagraphen in seiner schärfsten Form durchzusetzen: Die CSU fordert: Jeder, der sich beim Ausbruch von Gewalttätigkeiten trotz polizeilicher Aufforderung nicht aus der Menschenmenge entfernt, soll sich strafbar machen. Begründung: "Die Strafverfolgung dieses Täterkreises (der Vermummten und passiv Bewaffneten-d. Red.) begegnet den gleichen Schwierigkeiten wie die der eigentlichen Gewalttäter,



Harte Arbeit...

mit denen die Vermummten weitgehend identisch sind: Sie bewegen sich in der Menge der Versammlungsteilnehmer, die ihnen Schutz und Deckung bietet... Um der Gewalttäter habhaft zu werden, müssen deshalb die anderen Versammlungsteilnehmer veranlaßt werden, sich von jenen zu trennen. Das ist wirksam nur dadurch möglich, wenn jeder mit Strafe bedroht wird, der sich nach Aufforderung

durch die Polizei nicht aus einer Menge entfernt, aus der heraus Gewalttaten begangen werden." (Gesetzesantrag Bayerns an den Bundesrat vom 19.6.86) Unmißverständlich kann man nicht sagen, daß man vorhat, jede Demonstration hochgehen zu lassen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, was das für das Recht auf freie Meinungsäußerung heißt, wenn jeder, aber auch wirklich jeder wegen Landfriedensbruch von einer Demonstration weg verhaftet werden kann, nur weil irgendwo ein Stein geflogen ist, der die Demonstration zur unfriedlichen gemacht hat. Obwohl die CSU den Landfriedensbruchparagraphen in seiner schärfsten Form durchsetzen will, ist er bei den in diesem Jahr geplanten Verschärfungen noch nicht dabei. Doch die geplanten Eingriffe verraten eindeutig die Handschrift der CSU: keine Gelegenheit wird ausgelassen, per Gesetz und Polizei aus der friedlichsten Demonstration eine unfriedliche zu machen - so lange, bis der Landfriedensparagraph in seiner schärfsten Form in der Öffentlichkeit politisch durchsetzbar ist.



*Das Gericht begibt sich nach je-
tztiger Arbeit im Namen des
Volkes zu seinem Vorgesetzten---*

Die aktuell geplanten Verschärfungen im Einzelnen

Die Paragraphen 17a und 27 Vers.G: "Vermummung"
"passive Bewaffnung"

1. Das Tragen von "Schutzwaffen" und die "Vermummung" auf einer Veranstaltung oder auf dem Weg dorthin soll nicht länger mehr nur Ordnungswidrigkeit sein, sondern Straftatbestand. Hier zeigt sich nun, wie praktisch und weitsichtig es war, drei Jahre zuvor den Begriff der Schutzbewaffnung eingeführt zu haben, denn damit läßt sich der

Schal über dem Kopf oder die dicke Lederjacke unter den Paragraphen 27 VersG subsumieren, der den Titel trägt: "Unerlaubte Waffenführung" und mit einem Jahr Haft bestrafen.

2. Strafbar nach § 27 VersG soll weiterhin werden, wer im Anschluß an öffentliche Veranstaltungen mit anderen in Gruppen beeinandersteht (sich "zusammenrottet") und "Schutzwaffen" mit sich führt oder "vermummt" ist.

Die bisher existierende Rechtsunsicherheit gab dem Einsatzleiter immerhin noch den Spielraum, darüber zu entscheiden, ob er die "Vermummten" oder "Schutzbewaffneten" aus einer Demonstration herausziehen ließ oder nicht. Jetzt ist er gezwungen, sie festzunehmen: daß die Polizei so Gewalt provoziert, liegt auf der Hand. Denn wer wird einfach tatenlos zusehen, wenn andere Demonstrationsteilnehmer entfernt werden.

3. Das Mitsichführen von Schutzwaffen und "Vermummungsgegenständen" auf dem Weg zu Demonstrationen soll als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden.

Die Ausdehnung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr auf Landfriedensbruch (§ 112 a StPO)

Was heißt das? Jemand, der wegen des Verdachts, Landfriedensbruch begangen zu haben, festgenommen wird, soll nach dem Willen der Bundesregierung in Untersuchungshaft bleiben bis zu seinem Prozeß. Die Strafprozeßordnung sah die Untersuchungshaft ursprünglich für Verbrechen vor, bei denen Wiederholungsgefahr besteht und die Bevölkerung geschützt werden muß z.B. bei Sittlichkeitsdelikten, Mord oder Raub.

Die Strafverteidigervereinigungen stellen dazu fest, daß die Untersuchungshaft bei Landfriedensbruch gegen die Grundsätze verstößt, die vom Bundesverfassungsgericht für ihre Zulässigkeit aufgestellt worden sind, nämlich, "daß es der vornehmliche Zweck und der eigentliche Rechtfertigungsgrund der Untersuchungshaft ist, die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten und die spätere Strafvollstreckung sicherzustellen." Das Bundesverfassungsgericht hat gute Gründe, solch klare Worte zu sprechen, wurde doch der Haftgrund der Wiederholungsgefahr von der nationalsozialistischen Gesetzgebung nahtlos übernommen.

Die CSU hat damit anscheinend keine Probleme: "Besteht der dringende Tatverdacht des Landfriedensbruchs, ist es gerechtfertigt, Haftbefehl wegen Wiederholungsgefahr... zuzulassen". Denn bisher "kam ein Haftbefehl häufig nicht in Betracht, weil Fluchtgefahr oder Verdunkelungsgefahr verneint werden mußten. Dabei stand teilweise schon aufgrund der eigenen Einlassung des Beschuldigten eindeutig fest, daß von ihm in allernächster Zeit schwerwiegende Straftaten gleicher Art erneut zu

erwarten sind..."(Entwurf CSU). Wenn man das so sieht, da sind Demonstranten freilich Wiederholungstäter. Die Bundesregierung hat diese Argumentation fast wörtlich in ihren Gesetzesentwurf übernommen.

Die Konsequenz eines solchen Gesetzes ist weitreichend und gefährlich. Die Strafverteidigervereinigungen führen dazu aus, "daß der Haftgrund der Wiederholungsgefahr im Bereich der Demonstrationsdelikte in eine Vorbeugehaft umfunktioniert wird," die unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht zu begründen sei und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts widerspreche.

Kooperationsgebot (§ 14 a VersG)

Nach den neuen Bestimmungen soll der Veranstaltungsleiter einer Demonstration verpflichtet werden, den Behörden Auskunft "über Umfang und vorgesehenen Ablauf" der Demonstration zu erteilen und an einem Erörterungstermin teilzunehmen.

In Bayern wird schon längst nach diesem Gesetz verfahren, das es noch gar nicht gibt. Dem Anti-Strauß-Komitee wurde eine Demonstration unter anderem mit der Begründung verboten, daß die Anmelderin nicht bereit gewesen sei, mit der Polizei zusammenzuarbeiten.

Hierbei geht es den örtlichen Ordnungskräften in der Regel darum zu erfahren, wer an der Demonstration teilnehmen wird und die Veranstalter darauf festzunageln, bestimmte Gruppen (z.B. "als gewalttätig Bekannte") von vorneherein auszuschließen.

Das heißt, die Polizei soll in Zukunft Zugriff auf Größe und Zusammensetzung von Demonstrationen haben oder aber Gründe, eine Demonstration wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft ganz zu verbieten.

Demonstrieren darf nur noch, wer genehm ist.

Heute richtet sich dieses Gesetz gegen angebliche Chaoten, Steineschmeißer oder "Gewalttäter", wer auch immer das ist. Morgen fliegen die raus, deren Losungen nicht gefallen wie z.B. das Anti-Strauß-Komitee und übermorgen die, die zum Streik aufrufen.

Das Kooperationsgesetz ist ein Zensurparagraph für Demonstrationen.

Befürwortung von Gewalt (§ 13 ob StGB)

Im Zuge der Anti-Terrorismus-Gesetze wurde im Dezember 1986 der Paragraph 130a (Anleitung zur Gewalt) in verschärfter Form restauriert. Nun soll auch die Befürwortung von Gewalt unter Strafe gestellt und mit einer Haftstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden.

Die Begründung der Bundesregierung gibt Aufschluß darüber, in welchen Dimensionen man vorhat, das Mittel der Zensur gegen politische Gegner einzusetzen: "In zahlreichen dieser Druckerzeugnisse wird von den Verfassern die Begehung von Gewaltta-



*...und empfängt dort namens
der Bayerischen Staatsregierung
höhere Weihen.*

ten begrüßt oder indirekt dazu aufgefordert; Anschläge auf Menschen oder Sachen werden als vorbildhaft hingestellt, der militante revolutionäre Kampf gegen staatliche oder gesellschaftliche Institutionen wird befürwortet. Die Gefährlichkeit und besondere Sozialschädlichkeit solcher Äußerungen steht außer Frage."... "Das Tatbestandsmerkmal "befürworten" bedeutet, daß eine Tat gutgeheißen bzw. als begrüßenswert gekennzeichnet, zumindest aber als etwas Notwendiges und Unvermeidbares hingestellt wird." (Gesetzesentwurf Bundesregierung)

Der neugeschaffene § 130b stellt eine erhebliche Verschärfung des 1981 abgeschafften Paragraphen 88 StGB dar. Dies zeigt schon der Titel an: während der § 88 StGB noch "verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" lautete, heißt es jetzt bei § 130b nur noch: "Befürwortung von Straftaten".

Der kleine Unterschied hat weitreichende Konsequenzen. Nach § 88 StGB wurde derjenige bestraft, der bei anderen die Bereitschaft weckte, Taten zu begehen, die gegen den Bestand oder die Sicherheit der BRD gerichtet waren. Nach § 130b StGB kann nun sogar derjenige bestraft werden, der die Bereitschaft bei anderen weckt, durch entsprechende Taten den öffentlichen Frieden zu stören.

Wenn z.B. jemand öffentlich Verständnis für Blockaden vor Raketendepots zeigt, so ist das noch kein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung der BRD und wäre nach dem alten § 88 nicht strafbar gewesen. Nach dem neuen § 130b aber ist es strafbar, weil Blockaden Straftaten sind und als solche den öffentlichen Frieden stören.

Wird dieser Paragraph durchgesetzt, dann kann man keine Kritik an der herrschenden Politik mehr veröffentlichen, denn was man auch immer sagt, es stört den öffentlichen Frieden. Nicht einmal die erklärte Absage des Verfassers an Gewalt rettet ihn: "Es kann einen Täter jedenfalls nicht entlasten, wenn er sich am Ende einer gewalt-propagierenden Schrift bloß verbal von den vorhergehenden Ausführungen distanziert." (Gesetzesantrag Bayern an den Bundesrat vom 19.9. 1986)

Wenn aber jemand weder Straftaten "befürwortet" noch dazu "anleitet oder auffordert", so begeht er "Umgehungshandlungen": "Es erscheint sinnvoll, auch solche Fallgruppen zu erfassen, bei denen der Täter eine an sich neutrale Schrift...beim Verbreiten umfunktioniert und sich erst aus dem Gesamtzusammenhang die Absicht ergibt, die Bereitschaft zu fördern, eine rechtswidrige Tat zu begehen." (Gesetzesentwurf Bundesregierung)

Kriterium ist nicht mehr der gedruckte Text, entscheidend ist, welche Absicht Polizei, Staatsanwalt und Gericht dem Herausgeber der Schrift unterstellen: das Foto eines umfallenden Stromastens, der kommentarlos Abdruck einer Adressenliste von Zulieferfirmen für die WAA aus dem Telefonbuch oder das Darstellen einer besetzten Brücke erfüllen den Tatbestand der Befürwortung von Gewalt. Und auch die "klassische revolutionäre

Schrift" wird vom Entwurf der Bundesregierung angeführt, z.B. Lenin: 'Staat und Revolution', beim Hugendubel am Münchner Marienplatz verkauft, da bleibt die Welt in Ordnung, aber bei einer Demonstration, bei der Lösungen mitgeführt werden wie: "Wir brauchen die Fabriken, die Kapitalisten brauchen wir nicht"! Hier macht sich der Verkäufer des Leninintextes, der zum Umsturz "auffordert, anleitet und ihn befürwortet" einer Umgehungshandlung strafbar.

Störung öffentlicher Betriebe (§ 316 StGB)

Der Entwurf will bei der Störung öffentlicher Betriebe die bisherige Höchststrafe von fünf Jahren verdoppeln und eine Mindeststrafe von 6 Monaten einführen, wenn ein besonders schwerer Fall vorliegt. Offensichtlich sollen damit solche Täter erfaßt werden, denen keine Zugehörigkeit zu einer "terroristischen" Vereinigung nach § 129a nachgewiesen werden kann. Daß damit am wenigsten die paar Stromastensäger gemeint sind, liegt auf der Hand. Jeder, der die Zufahrtswege zu einem Raketen-depot, zu einer Atomfirma blockiert, fällt unter diesen Paragraphen. Statt den kriminellen Umgang mit Atommüll der Atomfirmen gesetzlich unter Kontrolle zu bringen, wird erst einmal der Protest dagegen bekämpft.

Die Arbeiter von Rheinhausen

Welche der oben genannten Paragraphen treffen eigentlich nicht auf die Aktionen der Arbeiter im Ruhrgebiet zu - oder auf den Vorsitzenden der IG-Metall Steinkühler?

Verstößt das Tragen von Helmen etwa nicht gegen den §17a -Schutzbewaffnung?

Verstößt das Tragen der einheitlichen Kleidung, der Blaumänner, etwa nicht gegen das Verummungs-verbot?

Stellt das Sperren von Brücken etwa keine Gewalttat dar? Das ist doch Störung öffentlicher Betriebe!

Der IGM-Vorsitzende Steinkühler gar stellte sich in der heißesten Phase des Streiks vor die Arbeiter und "goß" - wie man es im Bayernkurier auszudrücken beliebt - "mit beiden Händen kräftig Öl ins Feuer". Trifft ihn nicht der §130b StGB, Befürwortung von Gewalt? Schon die bestehenden Gesetze würden ausreichen, um gegen derart unbotmäßige Gestalten mit "aller Härte durchzugreifen"; so oder ähnlich dürften auch die herumstehenden Polizisten gedacht haben.

Im Novemberheft 1987 der Zeitschrift "Die Polizei - Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen" wird dieser Gedanke in einem Aufsatz zum



Thema "Versammlungsfreiheit im Arbeitskampf aus politischer Sicht" klar und unmißverständlich erfaßt: "Arbeitskämpfe und demonstrative Aktionen, die den Staat zum Adressaten haben, gelten als politische Streiks..." und für politische Streiks gilt nicht mehr das Grundrecht der Koalitionsfreiheit, sondern nur noch das Versammlungsrecht und wie das aussieht, haben wir eben gesehen.

Einig darüber, daß es mit den Streiks der Arbeiter in Rheinhausen und anderswo so nicht weitergehen kann bzw. am liebsten erst gar nicht hätte anfangen dürfen, sind sich mit Zimmermann und Konsorten auch die "Industrie- und Handelskammer sowie die Verbände der Unternehmer, Einzelhändler und Handwerker Duisburgs", die den Innenminister Herbert Schnoor (SPD) "aufgefordert" haben, einig "gegen die befürchtete Störung öffentlicher Sicherheit und Ordnung vorzugehen, weil sonst das Staatsverständnis und die staatliche Stabilität gefährdet würden und bei anderen Anlässen ähnliche Blockaden zu erwarten seien."

Der IGM-Vorsitzende Steinkühler wurde deshalb vom Arbeitgeberverband Eisen und Stahl aufgefordert,

"die rechtswidrigen Arbeitsniederlegungen nicht zu unterstützen." Das alles spricht Bände. Bleibt die Frage, warum die Polizei dann doch nur dastand wie bestellt und nicht abgeholt? Was hielt sie ab oder auf?

Die Solidarität der Bevölkerung! Das stellt auch die Zeitschrift "Die Polizei" fest: "Mehr als die demonstrative Meinungsbekundung einzelner Gruppen fordert der Streik auch den Unbeteiligten heraus. Die meisten fühlen, daß auch ihre Sache verhandelt wird."

Gerade die Welle der Solidarisierung in der Bevölkerung mit den streikenden Arbeitern, die Massenbewegungen entfalten kann, fürchtet dieser Staatsapparat und seine Büttel wie der Teufel das Weihwasser. Die herrschende Reaktion weiß nur zu gut, daß sie, um das zu verhindern, erst noch gründlich den Boden bereiten muß, damit nicht nur AKW-Gegner als Kriminelle erkannt werden, sondern auch die Antifaschisten und schließlich streikende Arbeiter und ihre Anführer wie der Kollege Steinkühler.

Kronzeugenregelung (Art. 4 des Gesetzesentwurfs)

In dem Gesetzesentwurf vom 31.10. 1986 "Zur Bekämpfung des Terrorismus" war von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP die Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten vorgesehen, sie konnte jedoch damals nicht durchgesetzt werden. Im Rahmen der aktuellen Gesetzesverschärfungen soll auf ein Neues versucht werden, sie einzuführen: "Die Kronzeugenregelung zielt darauf ab, ...Angehörige terroristischer Vereinigungen durch Gewährung weitgehenden Strafnachlasses als Gegenleistung für aufklärungsgeeignete Informationen aus der Vereinigung herauszubrechen und ihnen gleichzeitig die Rückkehr in die Gesellschaft zu erleichtern" (Gesetzesentwurf Bundesregierung).

So edel sich das auch anhören mag, so steckt doch nur ein schmutziger Deal dahinter, der zwischen den beiden "Partnern" - Generalbundesanwalt und Kronzeuge - hinter verschlossenen Türen stattfindet, ohne öffentliche Kontrolle und ohne gerichtliche Überprüfung. Der Handel bleibt geheim: nur der Ge-

neralbundesanwalt hat die Entscheidungskompetenz darüber, ob die vom Kronzeugen gemachten Aussagen "wertvoll" genug sind, um ihm die Strafe zu erlassen.

Die gegen den Kronzeugen selbst gemachten Vorwürfe werden gerichtlich nicht geklärt. Der von Strafe verschonte Kronzeuge wird mit neuer Identität und Existenz versehen. Die im gerichtlichen Verfahren von ihm "Belasteten" bekommen ihn nie zu Gesicht. Das hat zur Folge, daß er in der Hauptverhandlung als unmittelbarer Zeuge nicht mehr zur Verfügung steht. Gericht und Verteidigung haben es mit einem Phantom zu tun, das hinter verschlossenen Türen denunzieren kann. Und wenn es ihn gar nicht gibt, und die schriftliche Aussage fingiert ist, hat keiner der am Prozeß Beteiligten die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Außerdem bietet die Kronzeugenregelung die beste Möglichkeit, die eigenen Provokateure und Spitzel straffrei und unerkannt zu lassen. Ein enormer Schritt zur Schaffung einer geheimen Staatspolizei ist gemacht.

Die geplanten Gesetzesverschärfungen auf einen Blick

I. Änderungen des Strafgesetzbuches:

1. Die Befürwortung von Gewalt wird Straftatbestand (§. 130b StGB)
2. Erhöhung der Mindeststrafe für erpresserischen Menschenraub (§. 239 StGBa) und Geiselnahme (§. 239b StGB) von drei auf fünf Jahre Freiheitsstrafe

3. Einführung einer Mindeststrafe von 6 Monaten und Verdoppelung der bisherigen Höchststrafe von fünf auf 10 Jahre (§ 316 StGB)

4. Aufnahme des Schußwaffen- und Sprengstoffdiebstahls in den P. 243 StGB (schwerer Diebstahl) mit einer Freiheitsstrafe von 3 Monaten bis zu 10 Jahren

II. Änderungen in der Strafprozeßordnung

5. Erweiterung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr auf den Tatbestand des Landfriedensbruchs (P. 112a Abs.1 Nr. 2 StPO)

III. Änderungen des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches

6. Einführung der Kooperationspflicht des Veranstaltungsleiters mit der Polizei (§ 14 VersG)

7. Vermummung und passive Bewaffnung werden Straftatbestand statt wie bisher Ordnungswidrigkeit. Das Verbot erstreckt sich auch auf den Weg zur Demonstration. Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr.

Verbot, vermummt oder passiv bewaffnet nach einer Demonstration in einer Gruppe zusammenzustehen ("Zusammenrottung"). Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr.

Verbot, Vermummungsgegenstände oder Schutzwaffen auf der Demonstration und auf dem Weg dorthin mit sich zu führen. Ahndung als Ordnungswidrigkeit, wird mit Bußgeld bestraft.

(§§ 17a und 27 VersG)

8. Aufforderung zur Teilnahme an einer aufgelösten Demonstration wird Straftatbestand statt wie bisher nur Ordnungswidrigkeit. Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr (§23 VersG)

IV. Einführung der Kronzeugenregelung für terroristische Straftaten

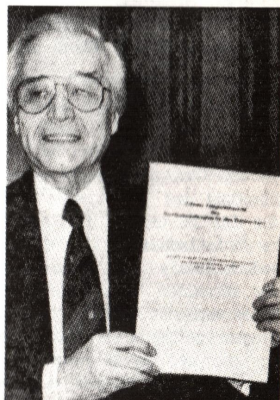
(Eine ausführliche Dokumentation und Kommentierung der Gesetze findet sich in: Bürgerrechte und Polizei, Cillip Nr.1/1988, Anschrift: Bürgerrechte und Polizei, c/o Uni Berlin, Malteserstr.74-100, 1000 West-Berlin 46)

Daten-Baumann in Nöten:

Das BKA bricht Gesetze, die es noch garnicht gibt

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz in Bonn Reinhold Baumann hat im Januar seinen letzten Datenschutzbereich vorgelegt.

"Ein Dokument teilweise unglaublicher Verfehlungen und Nachlässigkeiten behördlichen Verhaltens". Die schlimmsten Bedenken hatte Baumann beim Austausch von Informationen zwischen Verfassungsschutz und Polizei. "Der Datenschützer hält es für rechtswidrig, daß das Bundeskriminalamt die Verfassungsschutzbehörden ständig mit Daten über Verdächtige und Beschuldigte im Rahmen von Staatsschutzermittlungen versorgt." Es erscheint fraglich, so formuliert Baumann, ob der Gesetzgeber einer so umfassenden Datenvernetzung zustimmen wird." (alle Zitate, SZ, 29.1.88) Er bezieht sich hier auf das sogenannte "Verfassungsschutz-Mitteilungsgesetz", für das das Bundesinnenministerium im November 1987 einen Entwurf vorgelegt hat. Dieser Gesetzentwurf entspricht im Wesentlichen dem "Zusammenarbeitengesetz" kurz ZAG genannt, daß vor einigen Jahren für Aufruf sorgte und zurückgenommen werden mußte. Der hessische Datenschützer Simitis war sogar der Meinung, daß mit diesem Gesetz "zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik das Tor für die Geheimpolizei offenstünde." Der frühere Vorschlag wurde mit einem etwas freundlicheren Namen - Mitteilungsgesetz - versehen und neu aufgelegt. Das Gesetz gibt es zwar nach wie vor nicht, dennoch wird es bereits angewandt und gebrochen. Denn Baumann bezweifelt, daß der jetzt praktizierte Datenaustausch den Bundestag passieren wird. "Ich habe gegenüber dem Bundesminister des Inneren die Speicherung von Personendaten



durch das Bundeskriminalamt in NADIS beanstandet. Diese Beanstandung wurde zurückgewiesen und der Verbund fortgeführt." (Aus Baumanns Tätigkeitsbericht)

Baumann und das Innenministerium brauchen sich nicht mehr lange übereinander ärgern. Im Mai ist seine Amtszeit abgelaufen. Ein Nachfolger steht noch nicht fest. Doch munkelt man von Plänen Zimmermanns, den neuen bayrischen Datenschützer Oberhauser nach Bonn zu holen, von dem man sicher weiß, daß er sich kritischer Bemerkungen enthalten wird. Denn dieser befürwortet ebenso die polizeiliche Speicherung von HIV-Infizierten wie die von Personen, die an Versammlungen gegen Kernkraftwerke teilnehmen. Nach anfänglichen Bedenken sei ihm dies nach Gesprächen im bayrischen Innenministerium klargeworden. Auch die Speicherung von Volkszählungsgegnern in der sogenannten Terroristenkartei APIS hält er für rechtens, denn in der Aufforderung zum Boykott eines demokratisch zustandegekommenen Gesetzes könne "man schon eine staatsfeindliche Haltung sehen" (SZ, 14.1.88).

Strauß ganz entspannt nach Moskau

Strauß ist endlich vernünftig geworden!!

Jetzt, da er erst Honecker als Gast in der Münchner Residenz begrüßte, dann zu Gorbatschow nach Moskau flog, um dem Generalsekretär ganz ausdrücklich "Friedenswillen" zu bescheinigen, ist der alte Antidemokrat wohl doch noch auf die Linie der Entspannungspolitik eingeschwenkt. Oder???

Er tritt also für sofortige Abrüstung der Bundeswehr ein? - Kein Gedanke, ganz im Gegenteil fordert er in dem Maße, wie Atomraketen abgezogen werden, eine zusätzlich konventionelle Aufrüstung.

Er fordert dann aber vielleicht wenigstens die völkerrechtliche Anerkennung der DDR? Tut er aber nicht. Statt dessen fährt er nach Südafrika, beleidigt dort schwarze Gewerkschaftler und spricht sich für die völkerrechtliche Anerkennung der "homelands" genannten Elendsreservate aus, in die die weißen Rassisten all diejenigen Farbigen abschieben, die sie nicht zur Ausbeutung auf ihren Farmen oder in ihren Minen brauchen können.

Trotzdem wird Strauß seit seiner Moskaureise als Friedenspolitiker gewürdigt. Theo Sommer beispielsweise, berühmter Leutartikler der Zeit (Eine Phrase macht noch keinen Sommer) schreibt unter der Überschrift "Reisen bildet - Strauß schwenkt ins Entspannungslager":

"Er sei da 'von einem hohen Pragmatismus erfüllt', hat Franz Josef Strauß schon immer für seine Einstellung gegenüber der kommunistischen Welt in Anspruch genommen. Die Erdnähe seiner politischen Bewegungen entsprach nie dem Höhenflug seiner Kalten-Kriegs-Rhetorik. Er brachte es fertig, auftrump-

fend die Wiedervereinigung einzuklagen und sie fast im gleichen Atemzug für immer abzuschreiben; jegliche 'Koexistenz' auf deutsch zu verdammen und dennoch für Erich Honecker einen westdeutschen Milliardenkredit einzufädeln; den Kreml zugleich zu verdammen und zu hofieren.

Die Moskauer Kapriolen des CSU-Vorsitzenden können denn niemanden überraschen, der seinen Franz Josef Janus kennt. (Gewiß verdienen die peinliche Plötzlichkeit der Bekehrung und der rührselige Überschwang ihrer öffentlichen Bekundung all die

ironischen Kommentare, die ihnen zuteil geworden sind. Was Strauß im Gespräch mit Gorbatschow entdeckte, war objektiv keineswegs neu, doch ihm schien es neu zu sein: daß die Sowjetunion in einem fundamentalen Wandlungsprozeß steckt; daß sie nicht länger auf Weltrevolution aus ist; und daß sie keine 'offensiven, aggressiven Absichten' mehr hege. 'Das ist seit gestern auch bei mir der Beginn einer konkreten Überzeugung' proklamierte er mit der robusten Naivität eines Mannes, dem es nichts ausmacht, sich notfalls über seine Glaubens-



Der Frontsoldat Strauß - hier bei einer Kranzniederlegung auf dem deutschen Soldatenfriedhof Ljubljano - erzählte Michail Gorbatschow, daß er nicht zum ersten Mal in der Sowjetunion sei, sondern bereits während des Zweiten Weltkriegs bis in dessen Heimat vorgerückt wäre. Gorbatschow ist auf diese Bemerkung angeblich nicht tötlich geworden, sondern habe diese Mitteilung gelassen hingegenommen. (SPIEGEL 3/88)

Der erste Vormarsch von Strauß war auch seine erste große Niederlage mit dem deutschen Imperialismus. Strauß kam genau bis nach Stalingrad.

sätze von gestern zu erheben. Es ist erlaubt, über den Sinneswandel des Bayern zu lächeln und zu lästern. 'Quo vadis, Gorbatschow?' hatte er vor wenigen Monaten noch auf dem internationalen Kongreß der Konservativen in Berlin gefragt. Nach zweieinhalbstündigem Gespräch mit dem neuen Kremlherrscher wußte er auf einmal die Antwort, schob seine angestammte Skepsis beiseite und schlug panegyrische Töne an: 'Die Sowjets haben mit außenpolitischen Abenteuern nichts am Hut' - 'Man sollte ihnen durchaus sagen, daß wir ihnen ihren Abrüstungswillen glauben' - 'Die Nachkriegszeit ist jetzt zu Ende gegangen. Ein neues Kapitel ist aufgeschlagen worden.' (Zeit, 8.1.88). Also doch "Entspannung"? Trotz Unterstützung der südafrikanischen Rassisten, trotz Trommeln für die Hochrüstung?

Flexibel für's Kapital

Daß Strauß ein wesentlicher Vertreter des Großkapitals in der BRD ist, ist keine Erfindung des Anti-Strauß-Komitees. Strauß selbst sieht das genauso. So begründete er die Tatsache, daß reichlich Parteispenden von Friedrich Flick in die CSU-Kassen geflossen waren, in einer Panorama-Sendung wie folgt: "Ich darf nebenbei bemerken, daß es sich hier nicht um die Honorierung von Ratschlägen handelt, sondern um eine bestimmte politische Linie im In- und Ausland. Meine Vorgänger und ich haben sich im Laufe der Jahrzehnte viele Stunden mit der Firmenspitze über allgemeine politische und wirtschaftspolitische Probleme unterhalten, die für die Dispositionen eines Großunternehmens dieses Umfangs von Interesse waren oder sein konnten." Dafür, daß Strauß immer zur Stelle ist für's Großkapital und seine Politik nach dessen Interessen ausrichtet, gab's auch allein von Flick 950.000 DM Spenden.

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee - Sept. 1987 Nr. 66 2.



Als vor einem Jahr der Sportflieger Rust, für den Stauß so viel Sympathie äußerte, auf dem Roten Platz landete, stellten wir im DID die Frage, ob der deutsche Imperialismus auch mit dem Airbus in der Sowjetunion landen kann. Inzwischen ist auch Strauß in Moskau gelandet und hat den Airbus-Verkauf eingeleitet.

Was allerdings Theo Sommer im obigen Zitat so durcheinanderbringt, ist die Tatsache, daß Strauß in seinen aggressiven Endzielen genauso fest, wie in der konkreten Taktik zur Erreichung des Ziels flexibel ist. Er setzt langfristig auf eine Politik des Demokratieabbaus, schärfster Unterdrückung und die Kriegsvorbereitung nach außen. Er vertritt aber gleichzeitig wie kaum ein zweiter das Tagesgeschäft. Als Handlungsreisender für Airbus z.B., wo er Aufsichtsrat ist, genauso wie in vielen anderen Konzernen und Banken. Vor allem die Airbus-Industrie, und damit MBB, hat in Strauß ihren einflußreichsten und engagiertesten Interessensvertreter. Zweifellos ist der Airbus des "deutschen Luftfahrtkönig" (Spiegel) liebste Kind. Aber der Verkauf des, vor allem auf Strauß' Betreiben, mit Milliarden Steuergeldern subventionierten Vogels wollte bisher nicht so recht in Schuß kommen. Aber jetzt kann Strauß mit guten Neuigkeiten für die Luftfahrtindustrie aufwarten: Die Sowjetunion und die DDR seien an einem Kauf von Airbus-Maschinen durchaus interessiert. Er habe von Gorbatschow die Zusage, daß, wenn es zu einer Einigung über den Verkauf von 80 Airbusmaschinen an die sowjetische Fluggesellschaft Aeroflot kommt, die Sowjetunion bereit wäre, der Deutschen Lufthansa Linienflüge nach West-Berlin zu ermöglichen. (SZ 18.1.88) Womit wieder einmal, zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen wären: Einerseits die Absatzmärkte im Osten für den Airbus öffnen, andererseits das lukrative West-Berlin Geschäft für die Lufthansa mitnehmen. Strauß sitzt selbstverständlich auch im Lufthansa-Aufsichtsrat. Das größte Hindernis für den Handel sind jetzt noch die Embargo-Richtlinien der NATO-Staaten (Comcon), deren Formulierung einst auch von Strauß lautstark begrüßt wurde. Wichtige Teile des Airbus fal-

len unter das Export-Verbot. Besonders gerne verbindet Strauß das Tagesgeschäft mit der langfristig angelegten Politik da, wo es um ganz neue Märkte und Absatzmöglichkeiten geht: im Osten.

Die Kontakte von Strauß in die DDR sind nichts Neues. Er fädelte 1983 den ersten spektakulären Milliardenkredit für die DDR ein. Die Monate vorher hatte er sich vehement für die Stationierung der Pershing und Cruise missiles eingesetzt. Einige der kalten Krieger in der CSU kamen damals mit diesem Widerspruch nicht zurecht und gründeten zusammen mit dem TV-SS'ler Schönhuber die "Republikaner".

Dabei ging es bei diesem Kredit ganz und gar nicht darum, der DDR etwas Gutes zu tun. Es ging auch um wesentlich mehr als darum, ein paar bayerischen Banken einen Großkredit zu vermitteln. Es geht um die Destabilisierung im Osten:

"Eine Ostpolitik, die sich ganz realistisch und pragmatisch auf ... ausgedehnte Kreditgewährung beschränkt ... Das ist politische Generalstabsarbeit, die in den Osten hineinwirkt, um den Osten wieder näher an den gesamteuropäischen Kultur- und Wirtschaftskreis heranzuführen." Das sagte Strauß schon 1966. (Zitat nach Spiegel, 4.7.83)

Die Schreiberlinge des "Bayernkurier" waren es, die eigens den Begriff der "Philosophie des Kredits" geprägt haben. Den Boden für diese Philosophie bildet die wirtschaftliche Stärke der westdeutschen Kapitalisten. Womit sie kalkulieren und worauf sie spekulieren, das beschreibt W. Obst, Republikflüchtling und Ostwirtschaftsexperte (laut "Handelsblatt") im Bayernkurier: "In Wahrheit ist weit mehr geschehen, als selbst die hausinterne CSU-Diskussion herausgibt: Im Wettstreit der Systeme ist auf deutschem Boden eine weithin sichtbare Vorentscheidung ge-

fallen. Die DDR-Planwirtschaft hat keine Chance mehr!... Jetzt ist das historische Ereignis Realität. Die DDR-Partei- und Staatsführung hat den 'point of no return' erreicht. Von nun an muß sie auf Bonn zugehen. Andernfalls wachsen ihr die ökonomischen Probleme über den Kopf - bis hin zum politischen Desaster wie in Polen."

Das Beispiel Polen zeigt, wohin diese "Generalstabsarbeit" laufen soll: Polen war Anfang der 80er Jahre mit rund 40 Mrd. im Ausland verschuldet (darunter 5,5 Mrd. bei BRD-Banken). Die Zinszahlungen zwingen die polnische Regierung zu einer Politik des Ausverkaufs. Polnische Waren wurden nicht mehr für die Bevölkerung produziert, sondern für das Ausland, zum Export zwecks Schuldentilgung. Preiserhöhungen und die Verschlechterung der Versorgung waren ein wesentlicher Grund für die Proteste und Unruhen Anfang der 80er Jahre. Polen war destabilisiert, die polnische Führung konnte sich nur noch mit Hilfe des Militärs an der Regierung halten. Die Beeinflussung durch den Westen geht bis heute weiter. Auf Umschuldungsverhandlungen werden von den Großbanken, darunter den maßgeblich beteiligten westdeutschen Banken, die Wirtschaftspläne Polens kontrolliert und abgeändert. Die polnische Wirtschaft unterliegt damit wieder in hohem Maße dem Zugriff des westlichen Kapitals. Doch Polen allein genügt nicht, das Beispiel muß verallgemeinert werden.

Der Milliardenkredit, Handelsbeziehungen und ein Flug nach Moskau

Was stört eigentlich das Kapital am Osten? Dort arbeiten und produzieren Millionen von Menschen und Siemens, Daimler-Benz, und wie sie alle heißen, können daraus keinen Gewinn ziehen. Was dort erarbeitet wird, schlägt nicht als ihr Mehrwert zu Buche, fließt nicht

in ihre Kassen. Auch mit dem Absatz, also mit dem Handel sah es schlecht aus. Der Osthandel war bis in die 60er Jahre hinein eine Randerscheinung, stieg dann allerdings im Zeichen der "neuen Ostpolitik" der SPD.

Wenn kapitalistischen Industriestaaten die Anlagegebiete und Absatzmärkte fehlen, wurde das in der Geschichte bisher immer über Eroberung und Krieg zu lösen versucht. Der Kolonialismus ist ein Beispiel. In den Kolonien wurden ganze Völker gezwungen, für den Gewinn einiger Kolonialgesellschaften und -regierungen zu arbeiten, wurden Arbeitskräfte und Rohstoffe von den Eroberern ausgebeutet. Der erste und zweite Weltkrieg sind andere Beispiele, wie einzelne imperialistische Mächte versuchten, die Konkurrenz zu schwächen und deren Betriebe zur eigenen Nutzung zu erobern. Im zweiten Weltkrieg ging es darüber hinaus darum, die Sowjetunion, als erstes Land, das sich dem Kapital insgesamt verschlossen hatte, zu zerschlagen.

Das Resultat war allerdings ganz anders. Der kapitalistische Weltmarkt schrumpfte im Ergebnis des zweiten Weltkriegs und der chinesischen Revolution noch weiter.

Mit Roll-Back Strategien in den 50er und 60er Jahren, Formen des "kalten Krieges" und lokalen Kriegen in Korea und Vietnam versuchten die kapitalistischen Regierungen weitere Revolutionen zu verhindern und die Situation umzudrehen. Doch schon in den 60er Jahren, als die USA in Vietnam Prügel bezogen, stellte sich das als wenig erfolgreich heraus.

Die Rüstung gegen den Osten wurde deswegen keineswegs aufgegeben. Gerade die 80er Jahre mit ihrer ungeheuren Aufrüstung zeigen das. Aber zur militärischen Strategie, zu deren Flankierung und Vorbereitung trat eine zweite Säule der "Ostpolitik" hinzu, die wirtschaftliche Komponente.

Voran gingen dabei die westdeutschen Banken, Konzerne und Regierungen. An der Grenze zum Osten, mit alten Ansprüchen auf die DDR und Teile Polens, erfanden sie die "neue Ostpolitik", die von der SPD als "Entspannung" verkauft wurde. Einer der Vordenker dieser Politik war Franz-Josef Strauß in seinem Buch "Entwurf für Europa" 1966. Seitdem ist der deutsche Imperialismus seinem Etappenziel, den Osten ökonomisch anzubinden und sich die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Destabilisierung zu schaffen, also dem "point of no return" erheblich nähergekommen.

Dem Handel folgt die Flagge

Der Export in die DDR stieg von weniger als 1 Mrd. DM 1960 auf rund 8 Mrd. DM 1987. In die restlichen osteuropäischen Länder exportierte die Bundesrepublik 1986 19,5 Mrd. DM. Die Verschuldung des Ostblocks an den Westen ist zunehmend. Allerdings ist ein zweiter Fall Polen noch nicht abzusehen. Die DDR hat Brutto etwas über 12 Mrd. US \$ Schulden an das Ausland, was insgesamt nicht bedrohlich ist, da sie über erhebliche Reserven verfügt. Aber immerhin ist ein Anfang gemacht und auch auf anderen Gebieten fassen die Kapitalisten aus dem Westen Fuß. Beim Honecker-Besuch in München letztes Jahr, stand deshalb für Strauß "vor allem Greifbares zur Debatte" (Handelsblatt, 28.8.87). So ging es beispielsweise um wissenschaftlich-technische Vereinbarungen, konkrete Verträge über Stromlieferungen und anderweitige Exportgeschäfte. Wir zitieren im folgenden noch einige Passagen aus dem "Wirtschaftswoche"-Report zum Honecker-Besuch, weil sie zeigen, wofür sich die Vertreter des Business dabei interessiert haben (WiWo, 28.8.87).

"Es ist nicht einfach, die DDR-Waren zu verwenden oder wieder

zu verkaufen, weil ihr Standard allzu oft unter Weltmarktniveau liegt. Trotzdem geben sich die meisten bundesdeutschen Unternehmer optimistisch. Scheider hofft 'über das reine Handelsgeschäft hinaus auf günstige Impulse im Maschinenbau', will heißen: Kooperation. Und die Salzgitter AG, seit Jahren mit der DDR im Geschäft, liebäugelt mit Aufträgen für Rauchgasentschwefelungsanlagen und bewirbt sich außerdem um ein Projekt in Heringsdorf für eine Gasaufbereitungsanlage.

Wie Salzgitter setzt auch der MAN-Konzern auf die verbesserte außenwirtschaftliche Finanzsituation der DDR, die größere Aufträge erlaubt. Der MAN-Nutzfahrzeugbereich hat übrigens einen neuen Weg beschritten: Die Münchner lieferten im vergangenen Jahr 36 Schwerlastwagen in die DDR, zum Teil auf Leasingbasis. Was keiner der Maschinen- und Anlagenbauer offiziell zugibt, ist, wie mühsam deutsch-deutsche Geschäfte sein können. Börsianer sind da eine Spur respektloser und witzeln: 'Glasnost in der Sowjetunion. Milchglasnost in der DDR'.

Die DDR, so konstatiert Paul-Günther Schmidt vom Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 'hat sich bislang wie kein anderes Land des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gegenüber verschiedenen Formen zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit verschlossen gezeigt'.

Die bisherige Struktur des deutsch-deutschen Warenaustausches ist nicht zuletzt deshalb unbefriedigend und dem hohen Industrialisierungsgrad beider Volkswirtschaften nicht angemessen. 64 Prozent der DDR-Lieferungen und 60 Prozent der bundesdeutschen Lieferungen bestehen aus Grundstoffen, Vorprodukten und Agrarzeugnissen.

..Die UdSSR, Polen und Ungarn arbeiten wesentlich intensiver mit westlichen Partnern zusam-

men als die DDR', bedauert Schmidt, der wie Bangemann für zwischenbetriebliche Kooperation plädiert. ..etwa nach dem Beispiel der Kornwestheimer Salamander AG im Schuhbereich.

"Um hier die Schleusen zu öffnen, bedarf es in erster Linie politischer Impulse."

Und die Frankfurter Allgemeine berichtet am 10. September:

"Die DDR bereitet umfangreiche Bestellungen von Investitionsgütern aus der Bundesrepublik vor. Das für Wirtschaftsfragen zuständige Politbüro-Mitglied Günter Mittag hat am Mittwoch vor Repräsentanten der westdeutschen Wirtschaft in Köln berichtet, daß bereits Anfragen für Lieferungen von Investitionsgütern in einem Wert von 3,5 Milliarden DM herausgegangen seien. Über Objekte in einem Volumen von 2,4 Milliarden DM würden bereits Verhandlungen geführt. Wie Mittag bei einem Empfang für den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Industrie- und Handelskammer Köln erläutert hat, soll mit den Projekten die Modernisierung von Industrieanlagen auch unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes beschleunigt werden.

Es werde Schlüsseltechnologie als produktionsfördernde Technik, auch für flexible Automatisierung, bestellt. Die eingesetzten Rohstoffe müßten höher veredelt und die Abfallstoffe stärker wieder verwertet werden.

Mittag hat bestätigt, daß während des Besuchs von Honecker in Bonn Gespräche geführt wurden über einen Stromverbund zwischen der Bundesrepublik und der DDR, einschließlich Lieferungen an West-Berlin. Auch die Elektrifizierung und Modernisierung einer Eisenbahn-Transitstrecke sei angesprochen worden. Dabei handelt es sich um eine schnellere Verbindung zwischen Hannover und Berlin, für die aus Bonner Sicht eine neue Trasse angelegt werden müßte. Das erforderte einen er-



Nach der Landung in Moskau: Die CSU-Clique ist angetreten, um das Gefüge der Sowjetunion "im Inneren" zu lockern.

heblichen finanziellen Aufwand. Honecker und Mittag haben in Köln vor Experten des innerdeutschen Handels die gemeinsame Absicht mit der Bundesregierung und der Wirtschaft bekräftigt, daß es in den Wirtschaftsbeziehungen weiter vorangehen müsse. Das politische Fundament für den Handel sei durch seinen Besuch gefestigt, sagte Honecker."

Ähnlich wurde die Sowjetunionreise von Strauß diskutiert: Aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2.1.88:

"Bayern strebt eine möglichst intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion an. Nach seiner Rückkehr aus Moskau sagte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Strauß in München, er habe mit seinem sowjetischen

Gastgeber intensive Sachgespräche geführt. Er kündigte regelmäßige Begegnungen bayerischer und sowjetischer Fachleute an und fuhr fort, es könne sein, daß auch ich wie-

der mal hinfahre'. Es müsse ja nicht immer Gorbatschow persönlich sein, wenn sich ein sowjetisches mit einem bayerischen Regierungsmitglied unterhalte. Doch würden bayerische Firmen von seinem Moskau-Besuch profitieren, sagte Strauß. Er nannte in diesem Zusammenhang die Branchen Werkzeugmaschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und medizinische Technik. Ferner interessierte sich die sowjetische Regierung sehr für die Entwicklung der Magnetbahn und den Betrieb des thermonuklearen Reaktors in Garching bei München."

Was Strauß voranbringen will, was er tatsächlich meint, wenn er davon spricht, daß derzeit "Mars, der Kriegsgott die Bühne verläßt und Merkur, der Gott der Kaulleute sie betritt" (TAZ, 6.1.88), sagte er auf dem letzten CSU-Parteitag im November 1987:

"Die Sowjetunion muß das Gefüge im Inneren lockern, die Ketten für die abhängigen Bundesgenossen aufschließen und ihr System

in eine liberale, demokratische Ordnung schrittweise überführen. Wer nur die Effizienz des Systems verbessern, aber die Essenz des Systems beibehalten will, bringt nicht den Frieden, sondern neue Spannung und wird scheitern. Wer das kommunistische System ohne Änderung des Systems effizienter machen will, der ist genau so töricht, wie einer, der glaubt, Schneebälle rösten zu können."

Die Sowjetunion hat ihr derzeitiges System aufzugeben, sich dem Westen anzugliedern, die Freiheit der Profitmaximierung herzustellen. Tut sie das nicht, betritt Mars wieder die Bühne und nutzt die wirtschaftlichen Beziehungen zur Destabilisierung und damit zur Kriegsvorbereitung aus.

Auch Stoiber schwingt nach der Rückkehr aus Moskau kraftvolle Reden, die so gar nicht zur

"Entspannung" passen: "Stoiber gab zu verstehen, daß die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit außerordentlich vielfältig seien, zumal sich Bayern und die Sowjetunion wirtschaftlich gut ergänzen. Bayern habe Hochtechnologie zu bieten, die Sowjetunion Energie und billige Arbeitskräfte. 'Wir müssen zu Assoziationen kommen', sagte Stoiber." (FAZ 2.1.88)

Die Sowjetunion als Lieferant billiger Arbeitskräfte. So ungefähr wie die Türkei? Oder so wie schon einmal, als hunderttausende russische Kriegsgefangene billige Sklaven für die Kriegswirtschaft der Nazis abgaben? Auf jeden Fall scheint Stoiber sich seine "Assoziationen" als eine Art Kolonialverhältnis vorzustellen. Eine unrealistische Hoffnung? Immerhin eine Strategie des Kapitals mit der heute schon Geld

zu machen ist und mit der heute schon Polen am Gängelband gehalten wird. Dabei wird auch die zweite Strategie nicht auf Eis gelegt. Sie wird wiederum von Strauß formuliert: "Strauß sagte auch, man könne in einem solchen Zusammenhang 'nicht alle Gedanken zu Ende denken', zum Beispiel den Gedanken, daß in einem neuen Zeitalter friedlicher Beziehungen die Rote Armee und die Bundeswehr überflüssig werden könnten. Auch wenn Gorbatschow 'an alles andere denkt als an eine militärische Kraftprobe mit dem Westen', müßten die Streitkräfte bleiben, ebenso ein 'gewisser Level an Nuklearwaffen'." Ein gewisser Level? So viel halt wie zur Vernichtung der Sowjetunion nötig ist, nicht wahr, Herr Strauß?

Die Braunen im Schlepptau

Neofaschistische Organisationen sind in der BRD keine Rufer in der Wüste. Sie verbreiten ihr Weltbild erfolgreich; sie verleihen ihren Forderungen Nachdruck; sie wenden Gewalt an; sie werden mehr; sie sind eine ernst gemeinte, ernst zu nehmende Bedrohung. Das Organisationsnetz der Rechtsextremen in der BRD wächst.

Kohl und Strauß machen aus dem Problem der Arbeitslosigkeit und der Armut ein "Ausländerproblem", untergraben das Recht auf politisches Asyl, tragen Stück für Stück unsere demokratischen Rechte ab, sind bemüht, den Bürger glauben zu machen, in jedem Straßengraben lauere ein potentieller Polizistenmörder. Im Schlepptau dieser Politik schreiten die "Hilfstruppen" zur Tat. Sie etablieren sich, weitgehend von Staatsgewalt toleriert und geschützt.

Wir fassen - soweit uns zugänglich - Zeitungsmeldungen aus dem Zeitraum von 12 Monaten zusammen, um das Ausmaß neofaschistischer Aktivitäten in unserem Land deutlich zu machen.

(Nach bnr, 9.6.87 und 22.6.87 und UZ vom 3.6.87) Gelsenkirchen/Düsseldorf:

Das Büro der DKP in Gelsenkirchen wird Ende Mai 1987 durch Brandstiftung völlig zerstört (Täter vermutlich Neofaschisten). Zur gleichen Zeit werden in Düsseldorf die Büros des Landes- und Kreisverbandes der Grünen sowie der Sinti und Roma verwüstet. Die Täter hinterlassen Schmierereien wie "Rotfront verrecke" und "Heil FAP", Flugblätter mit der Überschrift "Die Standarte - Kampfblatt der FAP Düsseldorf".

(Nach Hamburger Abendblatt und ppa vom 12./13.6.87) Hamburg:

Nach einem FAP-Gau-Treffen marschieren etwa 60 Faschisten unter Absingen von Naziliedern durch St. Pauli. Sie versuchen zur Hafenstraße durchzudringen, um dort Hausbesetzer zu überfallen. Die Polizei kann den Überfall verhindern. Bei vorübergehenden Festnahmen werden zahlreiche Waffen beschlagnahmt.

(UZ, 21.7.87) Düsseldorf:

Mitglieder der FAP schlagen einen Ausländer auf offener

Straße nieder. Am gleichen Tag findet in einer Düsseldorfer Kneipe ein landesweites Treffen der Neofaschisten statt. Die Stadt unternimmt nichts, um dieses Treffen zu verhindern oder wenigstens durch verstärkte Polizeikontrollen die Sicherheit der ausländischen Mitbürger zu garantieren.

(Nach Westfälische Rundschau, 1.8.87 und Westdeutsche Allgemeine, 13.8.87) Dortmund:

Nach einem Bericht eines Sonderdezernates der Staatsanwaltschaft Dortmund, umfaßt die Li-

ste der Straftaten Dortmunder FAPler: Überfälle auf Buchläden, Büros demokratischer Organisationen, den Überfall auf die Wohnung einer Lehrerin, die eine FAP-Flugblatt-Aktion vor der Schule verurteilt hat; versuchte Nötigung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbehörden und Volksverhetzung.

(Nach ppa, 3.8.87) Kiel:
Zweimal innerhalb weniger Wochen werden im Landesbüro des VVN-Bundes Scheiben eingeworfen und Mobiliar zerstört.

(Nach Rheinische Post, 20.8.87) Düsseldorf:
Das Falkenheim der Sozialistischen Jugend Deutschlands wird von Faschisten in Brand gesteckt.

(Nach Westdeutsche Allgemeine, 22.8.87) Witten:
FAP-Mitglieder verletzen Polizeibeamte in der Wittener Bahnhofstraße.

(Nach FR, 22.8.87) Frankfurt:
Zwei Männer deponieren eine Bombe im Hauptbahnhof. (Wiking-Jugend Gau und NPD).

(Westfälische Rundschau, 27.8.87) Dortmund:
Mitglieder der FAP bedrohen eine Bürgerinitiative, die sich gegen Neofaschismus wendet. Sie stören eine Veranstaltung und kündigen schärferes Vorgehen an.

(Nach taz, 28.9.87), Hannover:
Etwa 40 Skinheads provozieren eine Schlägerei mit einer etwa gleichstarken Gruppe von türkischen Jugendlichen in einer Spielhalle. Nach einem Polizeieinsatz kommen die Skins am gleichen Tag zweimal zurück und randalieren erneut. Schließlich konnten die Handwerker erst unter Polizeischutz den entstandenen Glasschaden reparieren.



Randalierende Skinheads in Hannover, 1987

(Nach taz, 14.10.87) Frankfurt:
Ein US-Soldat wird durch eine Bombenexplosion in seinem Auto schwer verletzt. Der Täter: Ottfried Hepp, ein Mitglied der neofaschistischen Gruppe um Walter Kexel.

(Nach taz, 19.10.87) Bielefeld:
1985 wird in Gütersloh die Nationale Front (NF) gegründet. Die Bundeszentrale dieser Organisation hat ihren Sitz in Bielefeld. Drei Anträge der dortigen Grünen im Stadtparlament auf Schließung des NF-Hauses scheitern. Während einer Demonstration, die zur Schließung desselben aufruft, steht das NF-Büro unter Polizeischutz.

Keiner hat's gesehen

(Nach FR, 27.6.87) Hamm:
Alpaslan Türkeş, Führer der faschistischen türkischen Terrororganisation "Graue Wölfe" reist ungehindert in die Bundesrepublik ein und spricht vor 4000 Anhängern auf einer Veranstaltung in Hamm. Die Polizei bietet 200 Beamte auf, um die faschistische Versammlung in

Hannover vor einer kleinen Gruppe von Gegendemonstranten abzuschirmen.

(Nach ppa, 27.6.87) Baumholder:
Eine schwerbewaffnete Wehrsportgruppe führt seit Jahren Schießübungen auf dem Truppenübungsplatz der Bundeswehr in Baumholder durch. Nun hat die Polizei bei Hausdurchsuchungen von Mitgliedern besagter Sportgruppe umfangreiche Waffenlager dingfest gemacht; eine beachtliche Leistung unserer braven Polizei, die die fünf verhafteten Terroristen "wegen fehlender Fluchtgefahr" gleich wieder auf freien Fuß setzte.

(Nach UZ, 16.7.87) Bergkamen/Una:
Der Berufsschullehrer und SPD-Kreistagsabgeordnete Heinz Dieter Becker wird tot aufgefunden. In seinem Auto wird ein Drohbrief mit einem Hakenkreuz gefunden. Bereits am 7. Juli hatte Becker die Polizei davon in Kenntnis gesetzt, daß er von Neofaschisten überfallen und

entführt worden sei. Nach 13 Stunden sei er mit einer Plastiktüte über dem Kopf erwacht - (als Beckers Leiche gefunden wird, ist ebenfalls eine Plastiktüte über seinen Kopf gestülpt). Neben ihm habe ein Brief gelegen: "Jetzt haben wir dich! Du rote Sau." Der Zettel sei mit dem Kürzel KGAH versehen gewesen (steht eventuell für Kampfgruppe Adolf Hitler). Die Polizei erklärt, ein neofaschistischer Hintergrund scheide aus.

(Nach taz, 18.7.87) Bremen: Der FAP-Landesvorsitzende Pri-venau erschießt im Juli 1985 einen 36 Jahre alten Forstaufseher. Im Juli 1987 wird er von einem Jugendschöffengericht in Bremen zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

(Nach Generalanzeiger, 25.7.87 und ppa, 25.7.87) Bonn: Im Juli 1987 marschieren Mitglieder der verbotenen ANS unter Fahnen mit Hakenkreuzemblem zum Bundeskanzlerplatz; und zwar mit Polizeischutz. Unter anderem wird "Deutschland, Deutschland über alles" gesungen. Polizeipräsident Wilhelm Fritsch hatte nämlich für eine Verbotungsverfügung gegen die verbotene ANS keine Handhabe.

(Nach Lindauer Zeitung, 18.8.87) Lindau:

Der stellvertretende Polizeidirektor der Polizeidirektion Kempten, Otto Lode, stellt zu den Ausschreitungen rechtsradikaler Skinheads in Lindau fest, das Skinheadtreffen sei der Polizei vorher nicht bekannt gewesen, weil nämlich die Skinheads nicht auf der Liste der Verfassungsschutz-Beobachtungsobjekte stünden; auch wenn die Jugendszene Lindaus offensichtlich schon Wochen zuvor von dem Treffen gesprochen habe, habe die Polizei nichts gewußt. Bevor die Skinheads Teilnehmer einer Taufveranstaltung einschließlich Pfarrer und wahllos

Passanten auf der Straße schlugen, einen Schwarzen niederprügeln und dem Säugling einer Ausländerin das Gesicht zerkratzen, habe die Polizei bei den Skinheads nachgefragt, ob sie irgendwelche Gewalttaten vorhätten.

(Nach FR, 21.8.87)

Hameln: Zwei Bahnpolizisten sehen tatenlos dabei zu, wie zwei jugendliche Skinheads einen Stadtstreicher mißhandeln.

Wunsiedel: Anlässlich des Todes von Rudolf Hess versammeln sich über 100 Rechtsradikale (VSBD) vor dem Friedhof.

München: 30 bis 40 Neonazis marschieren ungehindert vor dem Siegestor auf und singen Nazilieder. Die Polizei fühlt sich nach eigenen Angaben zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, gegen die Faschisten vorzugehen.

(Nach taz, 1.10.87) Berlin:

Der Bundesgerichtshof spricht den Hamburger Anwalt Jürgen Rieger frei. Rieger hatte erklärt, das Warschauer Ghetto sei abgesperrt worden, um Flecktyphus einzudämmen (ist doch fast so vorsorglich wie der bayerische Maßnahmenkatalog gegen AIDS, d. Red.). Die Hungersnot wäre bei "ein bißchen Solidarität" der dort lebenden 260.000 Juden verhindert worden.

(Nach SZ, Oktober 87) München:

Am 25.9.87 starten Neofaschisten einen generalstabsmäßig geplanten Überfall auf den Stadteylladen in Haidhausen (insgesamt etwa 40 Jugendliche bewaffnet mit Messern und Knüppeln, ca. die Hälfte FAP-Mitglieder, darunter hohe Funktionäre dieser Organisation und 20 Teds). Der Pressereferent des Kreisjugendrings Georg Wedemeyer berichtet, daß die Türken im Stadteylladen wahn sinnig Angst gehabt hätten. Die Angreifer waren mit Funkwagen, Handfunkgeräten, Schlagstöcken, Messern und Gassprüngeräten

ausgerüstet. Die Vorgeschichte dieser Aktion reicht bereits bis zum 4. September zurück. Nur weil der Plan rechtzeitig durchsickerte und die Polizei daraufhin rechtzeitig informiert wurde, konnte der Anschlag verhindert werden. Die Polizei nahm nach eigenen Angaben 30 Teds fest, ließ sie nach Feststellung der Personalien frei und stellte keine Strafanzeigen. Es handle sich bei den Teds um eine relativ harmlose Gruppierung. Aufgrund von Polizeiberichten schreibt die AZ lapidar von "Teds (Rockfans der 50iger Jahre)", von linksgerichteten Atomgegnern in Haidhausen und 30 Teds, die deren Veranstaltung sprengen wollten.

(Nach FR, 22.12.87) Berlin

Zu 4 Tagen Kurzarrest auf Bewährung wurde eine 16-jährige Schülerin verurteilt. Sie hatte auf einem Spielplatz einer Türkin zunächst erklärt, daß, als Hitler noch lebte, die Juden verbrannt wurden und das Gleiche mit den Türken auch passieren müsse und weiter, ihr Hund rieche den Knoblauch in ihrem Blut. Im Anschluß daran gab sie ihrem Schäferhund den Befehl: "Faß sie!" Die türkische Frau wurde mehrfach ins Bein gebissen.

(Nach FR, 8.2.88) Schriesheim/ Rhein-Neckar-Kreis

Acht Rechtsradikale im Alter zwischen 17 und 21 Jahren überfielen maskiert und mit Knüppeln bewaffnet das dortige Asylantenheim. Zwei Inder erlitten Verletzungen. Ein in Wetzlar stationierter Bundeswehrunteroffizier hatte für einen der Täter Waffen aufbewahrt, die zusätzlich unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fielen.

(Nach taz, 22.2.88 und BR, 23.2.88) Hannover:

Neun Skinheads griffen nach einem Kameradschaftsabend der FAP zwei Besetzer des ehemaligen Sprengel-Fabrikgebäudes an. Die

beiden Besetzer waren auf einem Kontrollgang um das Fabrikgelände, als sie mit Leuchtsprengmunition beschossen wurden. Uwe K. wurde von einem Stein am Kopf getroffen und durch einen Messerstich in den Rücken lebensgefährlich verletzt.

(Nach taz, 24.2.88) Mannheim: Skinheads überfielen das selbstverwaltete Jugendzentrum "Friedrich Dürr". Die 15 bis 20 Täter waren mit Tränengas und Baseballschlägern bewaffnet. Sie schossen mit dem Tränengas in einen mit 300 Personen bevölkerten Saal. Laut Aussagen von Vertretern des Jugendzentrums traf die Polizei erst ein, nachdem der Angriff bereits abgewehrt worden war. Ihr Fahndungsinteresse galt sinnigerweise vor allem den Konzertbesuchern. Nach Beendigung der Veranstaltung wurde eine Gruppe Jugendlicher auf dem Heimweg von den gleichen Skins erneut überfallen. Es kam zu einer größeren Prügelei. Die Skins setzten ihre Gaspistolen ein. Nach Angaben der Jugendlichen habe sich das Interesse der Polizei wiederum in erster Linie auf die Angegriffenen konzentriert.

(Nach taz, 26.2.88) Witten, Bielefeld, Dortmund: Laut Polizeipräsident Wolfgang Schulz wurden allein für Lütgendortmund im Jahre 1987 76 mutmaßliche Straftaten der FAP registriert.

Nach Freilassung des FAP-Landesvorsitzenden Siegfried Borchardt - ehemaliger Chef der "Borussenfront", einem rechtsradikalen Fußballschlägertrupp - im Mai 1987 stiegen die neonazistischen Umtriebe in Dortmund sprunghaft an.

Um dem beängstigenden Anwachsen des Rechtsradikalismus entgegenzutreten, gründete sich im Mai 1987 eine "Bürgerinitiative gegen Neonazismus". Einzelne BI-Mitglieder werden von



Provozierende Neonazis, Mainz 1983

FAPlern mit Schreckschüssen und Gegröle vor dem Haus terrorisiert. Gerichtet an einen Sprecher der BI prangt es von Plakatwänden: "Neuer wir kriegen Dich". In diesem Fall weigert sich die Polizei zweimal, eine Anzeige aufzunehmen.

Am 30. Juni wurde eine Veranstaltung der BI zum Thema "FAP raus aus Lütgendortmund" von 20 FAP-Leuten gesprengt.

Das Jugendheim, in dem die Veranstaltung stattfand, arbeitet seither unter "Notstandbedingungen". Da es sich bei dem betroffenen Jugendzentrum um eine sehr gut besuchte Einrichtung handelt, sind unter den Besuchern häufig den Pädagogen fremde Gesichter. Mitunter stellen rechtsradikale Jugendliche etwa die Hälfte der Besucher und terrorisieren auf vielfältige Art und Weise Pädagogen und Jugendliche. U.a. werden die Mitarbeiter der Freizeitstätte von Autos verfolgt oder stellen Defekte an ihren Fahrzeugen fest. Die Arbeit kann nur noch unter Polizeischutz vonstatten gehen. Bei einem Zeugen im laufenden FAP-Prozess wurde von unbekann-

ten Personen eingebrochen, ein anwesender Mitbewohner wurde niedergeschlagen, die Wohnung gezielt nach Unterlagen durchsucht.

Borchardt und anderen FAPlern werden vom Gericht große Entwicklungschancen eingeräumt; deshalb wurde bei dem Prozeß wegen eines Überfalles auf das Flüchtlingsheim in Witten die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

(Nach FR, 2.3.88) Hannover: 1 1/2 Jahre Freiheitsstrafe auf Bewährung erhielten zwei jugendliche Nazis aus dem FAP-Umfeld wegen Anschlages auf ein Polizeirevier und ein von Ausländern bewohntes Mehrfamilienhaus. Einer der Täter arbeitete für die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde.

(Nach FR, 8.2.88) Hannover: Am 7. Februar fand in Uelzen unter starkem Polizeischutz ein Bundestreffen der FAP statt. Die Anmeldung bei der Polizei lautete auf "Die Deutsche Freiheitsbewegung" (DDF). Die rund 80 Delegierten waren zu einer Autobahnraststätte nördlich von Hannover bestellt, um dort den

Tagungsort zu erfahren. Dort warteten etwa 50 Antifaschisten. Die Polizei sorgte per Einsatz von Hubschraubern und Hundestaffeln für die Absicherung der Faschisten, deren umgestörte Abfahrt von Uelzen und die Geheimhaltung des genauen Tagungsortes.

(Nach SZ, 2./3.1.88) Fladungen/Unterfranken:

Nachdem einer Gruppe von etwa 200 Rechtsradikalen ("Wikinger-Jugend", Gruppen aus den Niederlanden, der Schweiz und Österreich) in der hessischen Rhön ein Mahnfeuer an der DDR-Grenze verboten worden war, wichen sie auf das benachbarte Unterfranken aus. Dort durfte die zu mehreren Hundertschaften anwesende hessische Polizei aus föderalistischen Gründen nicht eingreifen. In Bayern brachte man nicht mehr als 20 Polizeibeamte auf die Beine - obwohl der Einsatzleiter Verstärkung angefordert habe. Die Rechtsradikalen formierten sich in Fladungen-Leubach auf der Straße, sangen zunächst ohne Beanstandung seitens der Polizei die ersten beiden Strophen des Deutschlandliedes. Als Nazilieder angestimmt wurden, brachte die Grenzpolizei Einwände ein. Der Einsatzleiter Albert Wallinger erübrigte mehr als eine Stunde Verhandlungszeit, gewährte schließlich Kindern, Schwangeren und Frauen, ohne deren Personalien feststellen zu lassen und den verbleibenden 110 Männern nach Angabe ihrer Personalien, freien Abzug. Der erste Bürgermeister von Fladungen, Raimund Goldbach, hatte das Treffen der Rechtsradikalen in einer Halle des Ortes als "private Feier" genehmigt.

Dein Freund und Helfer

Zum Zeitpunkt der Haftentlassung Kühnens - "In Verfassungsschutzkreisen gilt er immer

noch als "Kopf" im Lager der fast 1500 Neonazis in der Bundesrepublik" (Die Zeit, 18.3.88) - ist von einer bundesweiten Fahndung nach Neonazis zu lesen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der Anlaß für die groß angelegte Polizeiaktion der Baden-Württemberger ein Versuch der FAP war, im Januar 1987 in Berlin einen Landesverband zu gründen. es mutet befremdlich an, daß die anschließende Fahndung sich offenbar nicht gegen die FAP (von Kühnens verbotener ANS unterwandert) richtete, sondern gegen das Mosler-Kader (eine im Vergleich zu FAP und Kühnenumfeld eher unwesentliche rechtsradikale Gruppierung). Das Mosler-Kader hatte sich von den Kühnens-Leuten abgespalten. Kühnens Homosexualität schien Mosler zu mißfallen. Zwischen den beiden Abspaltungen kam es auch zu tätlichen Auseinandersetzungen; sie versuchen, sich politisch gegenseitig den Rang abzulaufen. Kühnens hat vor, die beiden Gruppen wieder zusammenzuführen.

Sicherheitsfachleute zu diesem Vorgehen der baden-württembergischen Polizei: "Der Kühnens lacht sich tot darüber, daß sie ihm seine Gegner aus dem Ver-

kehr gezogen haben." (Die Zeit, 18.3.88) "Für die 'nicht fachgerechte Aktion' werden hauptsächlich Wahlkampfgründe vermutet." (Die Zeit, 18.3.88)

Regierende Vorbilder

(Nach FR, 8/27.2.88 und DVZ, 12.2.88) Bundestag Bonn: Bundeskanzler Helmut Kohl offenbart sich als ständiger Leser der Zeitschrift "Mut", die noch 1984 im jährlichen Verfassungsschutzbericht als rechtsextreme Publikation geführt wurde. In einem Leserbrief äußert er sich grundsätzlich anerkennend über die Arbeiten des Privatgelehrten Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der unter anderem im rechtsextremen Grabert-Verlag publiziert und durch seine Elitetheorie bekannt wurde. "Mut" ist salonfähig. Neben sattem bekannten Persönlichkeiten der extremen Rechten schreiben für "Mut": Ulrich Lohmar, SPD-Wissenschaftspolitiker, Hans Mader, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die Ministergattin Marie-Luise Schwarzschilding, die Pastorenfrau Elisabeth Motschmann und die CDU-Nachwuchshoffnung Gertrud Höhler.



ANS-Kundgebung, Bad Hersfeld, 1983

Die Meinung aller ist gleich frei – doch die CSU hat das Fernsehen

In einem "Freiheit und Vielfalt" betitelten Artikel im Bayernkurier, der wohl zufällig am 30. Januar 1988 erschienen ist, beschreibt Edmund Stoiber die Medienpolitik der bayerischen CSU-Regierung. Durchaus wahrheitsgemäß schreibt er in diesem Artikel: "Die Früchte der auch auf den lokalen Bereich ausgerichteten Medienpolitik reifen in der Zwischenzeit".

Tatsächlich sind die meisten Früchte schon reif und tragen überall das satte Schwarzbraun, den ganzen Stolz ihrer Züchter.

Der bayrische Schwarzfunk

Neben dem im Eigenverlag erscheinenden Bayernkurier, der die Stimme seines Herrn gedruckt ins Land trägt und diversen Provinzblättern vom Münchner Merkur bis zu den Passauer Neuesten Nachrichten ist inzwischen der Bayerische Rundfunk die schwärzeste aller Früchte. In kontinuierlicher Arbeit ist es der CSU gelungen, nicht nur den Intendanten zu stellen, sondern auch nahezu alle Programmverantwortlichen und natürlich die Mehrheit des Kontrollorgans Rundfunkrat. Intendant des bayerischen Rundfunks ist das CSU-Mitglied und ehemalige Mitglied der bayerischen Staatsregierung Reinhold Vöth.

Kontrolliert wird er von Rundfunkräten an deren Spitze der Präsident des bayerischen Sportbundes und CSU-Mann Wilhelm Fritz steht. Die Beschlüsse des Rundfunkrates werden vorbereitet bei gemeinsamen Mittagessen mit den Rundfunkratsmitgliedern Stoiber oder Tandler. Eingeladen wird telefonisch und nur derjenige,

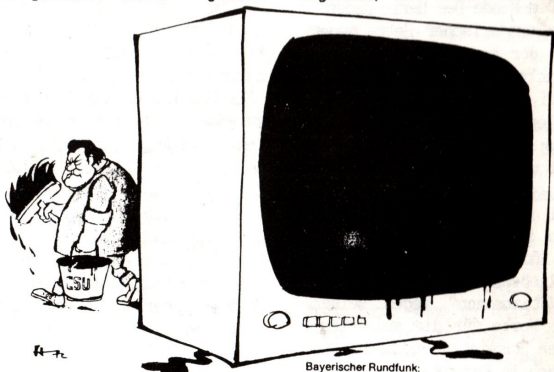
der auch stramm auf CSU-Linie liegt, und das ist die Mehrheit. Als am Donnerstag den 4. Februar 1988 die Wahl des Intendanten durch den Rundfunkrat anstand, gab es einen CSU- und einen SPD-Kandidaten, nämlich den bisherigen Intendanten Vöth und den Kommunikationswissenschaftler Langenbucher. Die Abstimmung bot die Gelegenheit, die Mehrheiten im Rundfunkrat zu erkunden. Von 48 Rundfunkräten wählten zwei Drittel, nämlich 33 den CSU-Mann Vöth, 12 wählten Langenbucher und drei enthielten sich der Stimme (SZ vom 5.2.88).

Vom Oeller zum Feller

Einer der wichtigsten Posten im BR ist der des Fernsehdirektors, entscheidet der doch darüber, welcher Beitrag letztendlich gesendet wird. Jahrelang hatte diesen Posten der CSU-Mann und Professor an der Hochschule für Fernsehen und Film Helmut Oeller inne. Er sorgte dafür, daß der Film "Die Konsequenz", der sich engagiert mit dem Problem der Homosexualität auseinandersetzt, in Bayern nicht gesendet wurde - getreu

der Devise, die Stoiber in einem Brief vom Juli 1986 formulierte: "Es gibt eine enorme Tendenz, abweichendem, ja abnormen Verhalten einen überdimensionalen Anteil in den Sendungen einzuräumen." (taz v. 5.6.87) Oeller sorgte dafür, daß der Film "Im Zeichen des Kreuzes", der zeigte, wie bei uns im Falle eines atomaren Unfalls gegen die Bevölkerung vorgegangen wird, in Bayern nicht gesendet wurde; er sorgte dafür, daß die Sendung "Scheibenwischer" des bayerischen Kabarettisten und engagierten Demokraten Dieter Hildebrandt in Bayern nicht gesendet wurde.

Zu seinem Nachfolger wurde der CSU-Mann Wolf Feller vom Rundfunkrat gewählt. Allerdings nur knapp mit 25 gegen 23 Stimmen, denn außer seiner rechten Gesinnung (Rundfunkrat Schöfberger: "Ein untätiger CSU-Knecht", SZ v. 22.5.87) hatte er kaum fachliche Qualitäten aufzuweisen. Das ging selbst einigen CSUlern im Rundfunkrat zu weit. Feller war schon zuvor Chefredakteur des BR gewesen und hatte sich als solcher im Januar 1987, nach der Bundestagswahl, mit einer denkwürdi-



Bayerischer Rundfunk:
Demnächstes Programm
tz-Zeichnung: Haitzinger

gen und mutigen Befragung seines Herrn hervorgetan (taz vom 9.12.87):

Feller: "Herr Ministerpräsident, die Frage, ob Sie nach Bonn gehen, weiß ich ohnehin, daß Sie bejahen werden. Sie werden nämlich nach Bonn fliegen und die Koalitionsverhandlungen führen. Die andere Frage erspar' ich mir, denn zuerst werden Sachprobleme gelöst und dann erst Personalprobleme."

Strauß: "Richtig! Richtig!"

Feller: "Vielen Dank, Herr Ministerpräsident."

Neben der Kunst der journalistischen Arschkriecherei beherrscht er auch noch die Demokratenverfolgung. Seit den Tagen, als er ARD-Korrespondent in Italien war, versucht er die BR-Korrespondentin Franca Magnani zu entlassen. Franca Magnanis Vater war der bekannte italienische Antifaschist Schiavetti und sie selbst wurde 1983 wegen ihres "mutigen Journalismus als Entwicklungshelferin für Rechts- und Freiheits-sinn" in der BRD mit dem 'Fritz Sänger Preis' ausgezeichnet. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen BR-Fernsehdirektors war die fristlose Entlassung Magnanis (taz vom 21.10.87).

Der Fall Lojewski

In der Nachfolge Fellers sollte der Chef von 'Report Bayern' Günther von Lojewski Programmbe-reichsleiter werden. Lojewskis Qualifikation besteht außer dem Nach-Dem-Munde-Des-Herrn-Reden in verleumderischer Hetze gegen jeden, der gegen Atomkraft oder gar Wackersdorf ist. Nun fehlten bei der entscheidenden Sitzung leider einige Rundfunkräte und so stimmten nur 18 für Lojewski und 19 gegen ihn (SZ vom 17. 7. 88). Zum Trost darf Lojewski nun seinen Herrn überallhin begleiten, zuletzt auch nach Südafrika. So hatte er anschließend die Gelegenheit den "Staatsmann" wegen seiner klaren Worte für die südafrikanischen Rassisten exklusiv und mehrfach im Fernsehen zu loben.



"Herr Ministerpräsident Strauß, wir haben jetzt die passende römische Runde für Sie zusammen!"

(Klaus Pielert/Kölnischer Stadt-Anzeiger, 15. 3. 1979)

Wenn Strauß und Stoiber selbst Programm machen

Der CSU-Rundfunkrat Paul Wilhelm meinte in einer Diskussion, "Stoiber habe rechtlich 'kein Gran mehr' an Einfluß als jeder andere Rundfunkrat" (SZ vom 14.11.87). Recht hat der Rundfunkrat, denn auch er weiß spätestens seit den Verhaftungen von Nürnberg im März 1981 und den Vorgängen um Wackersdorf, wie sehr sich die CSU um das Recht schert. So kann es eben auch passieren, daß die Männer ohne rechtlichen Einfluß: Strauß, Stoiber und Tandler in Bayern Programmpolitik machen, wenn die Knechte im Funkhaus nicht richtig spüren. Drei Beispiele dieser höchst fruchtbaren Politik:

- Gerold Tandler verhindert die Ausstrahlung des Wallraff-Filmes "Ganz unten" im Bayerischen Fernsehen (SZ vom 4.6.87)

Als Udo Lindenberg in der inzwischen natürlich eingestellten - Sendung "Pink" das hochheilige, herzerleuchtete Christkind als Fratz bezeichnete, schrieb der tiefchristliche Kreuzritter Stoiber einen Brief an den Intendanten und der verantwortliche Redakteur Jochen Filser wurde vom Dienst suspendiert (taz v. 31.3.87)

- Als der Hörfunkredakteur des BR Bernhard Ücker, dem es in

seinen berüchtigten Kommentaren manchmal sogar gelungen war, Strauß rechts zu überholen, in Pension gehen mußte, bestellte doch tatsächlich der Intendant mit Ernst Maria Lang einen Mann zu seinem Nachfolger, der sich einmal in einem Kommentar ein bißchen kritisch zur Umweltpolitik der Staatsregierung geäußert hatte. Wieder schrieb Stoiber vertraulich einen Brief an Vöth, aber die Post machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Als der Brief ankam, hatte der Redakteur schon seinen Vertrag (FR v. 31.3.87).

- Der Statisten nimmt sich der große Meister selbst an. Da gab es doch zwei Komparsen seiner Staatsregierung namens Gustl Lang, der spielt den Innenminister, und Alois Glück, der mimt den Umweltstaatssekretär. Die wollten am 6. April 1987 an einer Diskussion des bayerischen Rundfunks teilnehmen ohne den Staatsintendanten zu fragen. Nun war das aber keine gewöhnliche Diskussion, sondern eine über die Polizei- und Atomlage-stätte Wackersdorf und sie sollte noch dazu im feindlichen Ausland, nämlich im fernen Salzburg stattfinden, wo die Menschen alle naselang gegen denn WAAhnsinn protestieren. Der regieführende Ministerpräsident erfuhr davon und verbot

den beiden Statisten die Reise, aus väterlicher Fürsorge, denn er wollte nicht, "daß seine bayerischen Kabinettsmitglieder im Ausland angepöbelt werden und dann möglicherweise der Diskussion nicht gewachsen sind" (Strauß laut AZ v. 9.4.87). Mutig stellten sich der Intendant Vöth und der Rundfunkratsvorsitzende Fritz hinter Strauß und empfanden die geplante Veranstaltung als Panne und Instinklosigkeit (SZ v. 10.4.87).

Die CSU funkt bundesweit dazwischen

"Die Situation des bayerischen Rundfunks kann man leider nicht mit anderen vergleichen." (Stoiber laut taz v. 5.6.87) Daß die CSU bei anderen Sendern noch nicht so erfolgreich war wie beim heimischen BR, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie auch hier versucht, massiv Einfluß zu nehmen und Teilerfolge aufweisen kann. Edmund Gruber heißt ein weiterer begnadeter Journalist von der Qualität eines Feller und

wurde zum Intendanten des Deutschlandfunks gemacht. Der Deutschlandfunk war der CSU schon lang ein Dorn im Auge. Geführt von liberalen Intendanten hatte er als deutsche Stimme im Ausland manchmal sogar Kritisches über die BRD vermerkt. Gruber wird sicher die erwünschte Propagandawelle für die Volksdeutschen in aller Welt daraus machen.

Als Ende letzten Jahres der ZDF-Redakteur Klaus Bresser den CSU-Einfluß in den Medien und die Katzbuckelei von Journalisten wie Feller und Lojewski beklagte, verlangte der CSU-Mann im Fernsehrat Innenminister Zimmermann, daß Bresser nicht Chefredakteur des ZDF werden darf. Eilfertig fiel der Intendant des ZDF Stolte auf die Knie, und nach seiner Entschuldigung konnte Bresser am 1.4.88 Chefredakteur werden.

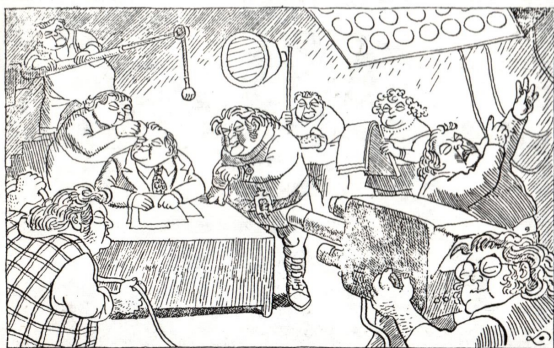
Die neuen schwarzen Kanäle

Beim kommerziellen Rundfunk hat Strauß von Anfang an das Heft in die Hand genommen. Hier

beim BR und ein strammer CSU-ler, ihr Geschäftsführer ist Wolf-Dieter Ring, ehemals Ministerialrat in der Bayerischen Staatskanzlei und Vertrauter von Stoiber. Der Medienrat, das Kontrollorgan für die kommerziellen Anbieter hat wie der Rundfunkrat des BR eine satte CSU-Mehrheit, sogar die evangelische Kirche hat es sich nicht nehmen lassen, hier ihre CSUler reinzuschicken. Auch im Medienrat gibt es für die CSUler vorbereitende Essen, bei denen das Abstimmungsverhalten festgelegt wird, aber hier nicht von Stoiber oder Tandler sondern vom Staatssekretär im bayrischen Innenministerium Rosenbauer. Untergliedert ist der bayerische Kommerzfunk regional in sogenannte Anbietergesellschaften. Deren wichtigste ist die Münchner Gesellschaft für Kabelkommunikation (MGK). Deren Aufsichtsratsvorsitzender ist der ehemalige CSU-Abgeordnete Reinhold Kreile und Geschäftsführer ist ein CSUler und Regisseur namens Manfred Purzer. Dieser Reinhold Kreile ist ein interessanter Mann. Er steht als Jurist in Diensten der Schmiergeldfirma Flick und war Vorsitzender der Kommission des Deutschen Bundestages, die die Kommerzialisierung des Fernsehens und die Verkabelung dieser Republik empfahl und einleitete, und verwaltet das Vermögen der Familie Strauß.

Der Duzfreund Leo Kirch

Obwohl also die Organisation des Kommerzfernsehen fest in CSU-Hand ist, reicht dies Strauß noch nicht. Welch vielfältige weitere Interessen er hier hat, enthüllt ein Briefwechsel von Strauß und Stoiber, der dem Spiegel zugespielt wurde (Spiegel v. 18.1.88). Strauß fordert in seinem Brief an Stoiber unter anderem, daß der Kommerzsender SAT1 bevorzugt wird, wenn es darum geht, freie Sendefrequenzen zu verteilen. Diese Bevorzugung geht dann zu Lasten von RTL-plus,



Bayerisches Fernsehen... Modell F. J. Strauß

SZ-Zeichnung: E. M. Lang

eines Lojewski. Er wurde durch massive Mithilfe der CSU zum Leiter der Tagesthemen bestellt. Er brachte das Redaktionskollegium und die von dem CDU-Mitglied Ulrike Wolf moderierte Sendung auf Regierungslinie (taz vom 26.1.88). Ulrike Wolf wurde (zur Belohnung?) Chefredakteurin beim NDR (taz vom 23.9.87) und Edmund Gruber

sollten keine und sind (fast) keine Pannen passiert. Kommerzieller Hörfunk und Fernsehen in Bayern werden von der Landeszentrale für Neue Medien zugelassen und kontrolliert. Diese Landeszentrale ist fest in CSU-Hand (vgl. DID 58, S.21). Ihr Präsident ist Rudolf Mühlfenzel, ehemals als Vorgänger von Feller Chefredakteur

dem Luxemburger Kommerzsender, aber dafür hat Strauß seine Gründe. Die Mehrheit bei RTL-plus halten der Zeitungskonzern WAZ und Bertelsmann, die aber sind für Strauß linkslastig, weil sie aus Nordrhein-Westfalen kommen. Die Mehrheit bei SAT1 hält im Verborgenem über eine Gesellschaft namens PKS und den Springer-Konzern der Münchner Medienlöwe Leo Kirch. Diesem Kirch gehören fast alle Spielfilme, die bei uns in irgendeinem Fernsehsender gezeigt werden. Er ist über Strohmänner zu über einem Viertel am Springer-Konzern beteiligt und hat gerade erfolglos versucht mit Hilfe der erzkonservativen Burda-Brüder, der Springer-Witwe den ganzen Konzern abzugeben. Vor allem aber ist er erzreaktionär und Duzfreund von Franz Josef Strauß. Das muß belohnt werden, zumal wenn Kirch, wie man behauptet, der Familie schon bei einigen Finanzabenteuern aus der Patsche geholfen hat (siehe hierzu und zum folgenden: Spiegel 3/88 und SZ vom 13.2.88).

Franz Josef Strauß hat nämlich noch drei Kinder, von denen eine als Hohlmeier bei Empfängen an seiner Seite auftritt, und die anderen beiden Söhne wie der Vater Doppelvornamen tragen. Zwar ähnelt auch die Physiognomie dieser Söhne der des Vaters, aber damit hat es sich auch schon. In finanziellen Fragen sind beide nämlich nicht so erfolgreich wie der Papa. Der eine hat sich in den USA mit Grundstücken verspekuliert und der andere, der Franz Georg heißt, verspielt das Geld im Kommerzfernsehen. Dieser Franz Georg hat eine Werbe-firma, die nie erfolgreich war, sich aber jetzt mit der Wer-bungsakquisition für einen lo-kalen Münchner Fernsehsender über Wasser hält.

Der Strauß'sche Familiensender: „tv weiß blau“

Denn es engagierte sich der

Franz Georg im Kabelfernsehen, dem sein Papa mit massivem Druck bundes- und bayernweit zum Durchbruch verholfen hatte.

Er beteiligte sich an einem regionalen Anbieter mit dem sinnigen Namen „tv weiß blau“ und hält bis heute 30% der Besitzanteile. Aber das Kabelfernsehen wurde nicht annähernd der Erfolg, den sich Strauß und Schwarz-Schilling erhofft hatten. Die Leute hatten einfach keine Lust, für noch mehr Werbefernsehen Kabelgebühren zu bezahlen. Da entdeckte die Bundespost, unterstützt von Staatsminister Stoiber („Ich habe den Postminister bis zur Grenze des Möglichen bedrängt“ (Spiegel 3/88)), daß es auch im

Äther noch freie Frequenzen gibt. München bekam das erste Kommerzfernsehen über Äther in der BRD und „tv weiß blau“ tägliche Sendezeit. Aber auch das half nichts. Im Sommer 1987 war der Strauß-Sender pleite. Da plötzlich kam wieder Geld. Ein Filmproduzent namens Claus Hardt, der sich selbst als Strohmänn (von Leo Kirch?) bezeichnet, übernahm 70% der Anteile und schusterte in der Folge immer dann, wenn nötig, Geld zu. Neuer Chefredakteur wurde Waldemar Hartmann, der im BR hauptsächlich gegen Wackersdorf-Gegner gezeifert hatte. Ein Geschäftsführer namens Herrmann Meyer war qualifiziert als Schatzmeister der Jungen Union Oberbayern und als zwei-

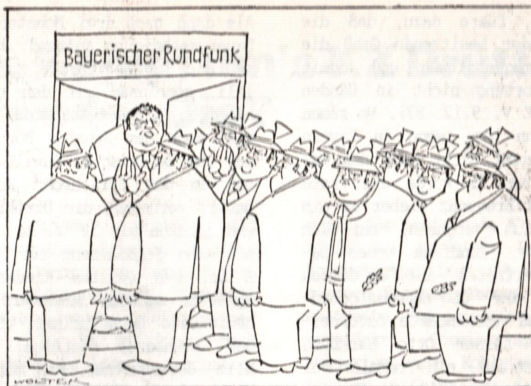


Grafik: Klaus Staack

ter Geschäftsführer wurde Dietrich Langbein eingesetzt, ein Mann des Leo Kirch. Außerdem bekam "tv weiß blau" von SAT1 umsonst die Nachrichten und darüberhinaus Serien gegen Münchner Kurzberichte. Es ist zwar noch nichts bewiesen, aber einzig der Duzfreund des Papa, Leo Kirch, war in der Lage, solche Wunder zu vollbringen.

Trotzdem, die Wirtschaft, außer der Atomindustrie, wollte immer noch nicht in "tv weiß blau" werben, denn das Programm wurde von einem relativ schwachen Sender der Bundespost ausgestrahlt, der nur wenige Zuschauer erreichte. Deshalb sollte und mußte vom Olympium gesendet werden, aber das klappte nicht so schnell, bis Stoiber den Schuldigen fand: "Ich darf bei der Gelegenheit auch auf die fast destruktive Haltung des Präsidenten der OPD (Oberpostdirektion) München (Dipl.-Ing. Alfred Meier) hinweisen, was mich zu vielfältigen Interventionen bei Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling und Staatssekretär Dr. Florian veranlaßt hat. Staatssekretär Dr. Florian hat mir hierzu letzten Freitag berichtet, daß Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling und er den Präsidenten ins Ministerium nach Bonn zitiert und ihm die Zwangsversetzung nach Hamburg eröffnet hätten." (Spiegel 3/88).

Seit 1988 können nun fast zwei Millionen Zuschauer in und um München zwei kommerzielle Fernsehsender über Antenne empfangen. Beide Programmanbieter SAT1 und RTLplus werden täglich fünfundzwanzig Minuten am Abend abgeschaltet und in dieser Zeit sendet "tv weiß blau" parallel auf beiden Sendern ein Informationsprogramm mit Werbung. So sorgt die Landeszentrale für Neue Medien für Medienvielfalt der Familie Strauß.



„Nicht drängeln, Sie kommen alle zu Wort!“
(Jupp Wolter/Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 30. 4. 1972)

Auch auf allen Hörfunkwellen: CSU

Aber nicht nur Franz Georg Strauß sorgt im Kommerzrundfunk für Vielfalt. Die kommerziellen regionalen Hörfunksender sind fast alle direkt oder indirekt in CSU-Hand. Der Telefonbuchverleger Günther Oschmann, der der CSU zumindest nahesteht, hat ganz Bayern mit einem Netz regionaler Radiostationen überzogen, die, wie es die Landeszentrale für Neue Medien vorschreibt, alle (auf dem Papier) unabhängig voneinander sind, aber dem gleichen Besitzer oder seinen Stroh Männern gehören (Die Zeit vom 20.11.87).

Der 'unabhängige' Hörfunksender, der nun neben dem Bayerischen Rundfunk in ganz Bayern senden darf, hieß bis vor kurzem, als ihm der Bayerische Rundfunk gerichtlich die Führung des Namens verbot, Radio Bayern und beteiligt war daran auch "tv weiß blau" des Franz Georg Strauß (SZ vom 30.10.87). Im Januar dieses Jahres ist dieser Gesellschaft mit dem Qualitätssiegel der Familie Strauß wieder einmal das Geld ausgegangen und Leo Kirch hatte auch kein Interesse an Radio Bayern (SZ vom 30.1.88); folglich ist man aus der Gesell-

schaft wieder ausgestiegen. Neulich wollte man zwar wieder einsteigen (woher nur das Geld dafür kam?), aber da wollten die andern nicht mehr und so sind bei Radio Bayern jetzt nur noch beteiligt: die Bayerischen Tageszeitungen, die Konzerne Springer, Burda, Bertelsmann und der Gong, der Telefonbuchverleger Oschmann und die 'Amperwelle' des CSU-Bundestagsabgeordneten Eicke Götz. Da es auch noch den CSU-Bundestagsabgeordneten Josef Linsmeier gibt, der am privaten Hörfunk beteiligt ist - u.a. in München, Burghausen, Freilassing und Traunstein (Die Zeit vom 20.11.87) - und in fast jeder lokalen Hörfunkgesellschaft CSU-Honoratioren Anteile, wenn nicht das Sagen haben, ließe sich die Medienvielfalt im bayerischen Hörfunk noch über Kapitel weiterschreiben.

Ein Sender für Otto Habsburg

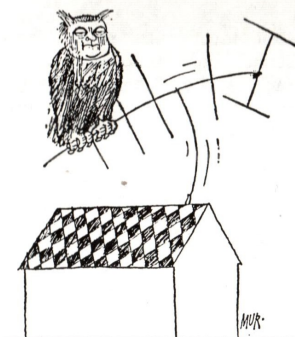
Manchmal aber ist die Vielfalt gefährdet - und das natürlich von links. Da haben sich doch tatsächlich in München und Nürnberg zwei sogenannte Alternativradios um Sendezeiten beworben. Mit dem Münchner Radio Lora machte die Landeszentrale für Neue Medien kurzen Prozeß. Das Selbstbestimmungsmodell dieses Senders, bei dem alle Mitarbeiter auch mitbestimmen

sollten, führe dazu, daß die den Sender besitzende GmbH die "Programmgestaltung und damit Verantwortung nicht in Händen hat" (SZ v. 9.12. 87). Wo kämen wir denn hin, wenn in Bayern das Kapital nicht mehr das Sagen hätte. Da wurde die freie Münchner Frequenz lieber an ein Konsortium vergeben, bei dem u.a. der 'Rundfunk Neues Europa' vertreten ist, in dessen Beirat der CSU-Europaabgeordnete und verhinderte österreichische Kaiser Otto Habsburg vertreten ist, ein Trommler für die Wiedervereinigung Europas bis an den Ural (SZ v. 4.2.88).

Sendeverbot für den linken, schwulen Antichrist

Der zweite Bewerber war das Nürnberger "Radio Z", ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen aus dem alternativen, politischen bis kulturellen Spektrum, unterstützt vom Stadtjugendring. War das für die Medienräte schon schlimm genug, so kam noch dazu, daß eine der beteiligten Gruppen die Schwulen waren und diese wollten von den täglichen drei Stunden Sendezeit ein paarmal in der Woche eine Stunde selbst gestalten. Da aber sei Gauweiler davor. "Wenn wir heute sagen, die Zielgruppe Schwule darf senden, dann kommen morgen die Lesben und übermorgen die Fixer!" bemerkte der Medienrat Herrmann Regensburg, Abgeordneter jener Partei, die in Bayern immer schon da ist (SZ vom 31.10.87). Formal war aber gegen den Sender nichts einzuwenden, er hatte ein juristisch einwandfreies Statut und außerdem war er der einzige Nürnberger Anbieter, der hauptsächlich Wortbeiträge und nicht Gedudel bringen wollte. So gab man Radio Z zähneknirschend die Erlaubnis, drei Monate probeweise täglich drei Stunden zu senden, aber ohne Schwulenmagazin (SZ vom 20.11. 87).

Als dann nach drei Monaten die Dauergenehmigung anstand, blieben die CSU Medienräte zum Halali, gemeinsam mit den unabhängigen Kirchenvertretern und z.B. auch dem Senator Burnhauer vom Bayerischen Anwaltsverein um das Sprachrohr Rosenbauer, vernahmen die Direktiven und lehnten mit 18 zu 14 Stimmen eine Sendelizenz für Radio Z ab. Wes Geistes Kinder da agierten machten besonders die Medienräte Gegenfurtner, Eller und Rosenbauer deutlich. Wilhelm Gegenfurtner, ein mutiger Vertreter der katholischen Kirche und ehemaliger Studentenfarrer, hatte noch im Herbst letzten Jahres darauf hingewiesen, daß Homosexuelle auch Men-



schen seien und für eine Zulassung von Radio Z plädiert. Das hatte einen Entrüstungssturm bei der CSU und seelsorgerische Gespräche beim Kardinal und den Bischöfen zur Folge. Der tapfere Gegenfurtner hatte nun plötzlich von einem Kollegen aus Bamberg gehört, daß Radio Z gegen die Kirche sei, weil es irgendwann mal (wann wußte er nicht) einen kirchenkritischen Ausschnitt aus dem Scheibenwischer gesendet hatte. Der CSU-Landrat Roland Eller wollte von der Landeszentrale Erkenntnisse über eine Redakteurin von Radio Z haben. Ihm hatte man nämlich aus seiner Befehlszentrale einen Wink gegeben, daß diese

einmal an einer Sitzblockade teilgenommen hatte. Und das Sprachrohr der Strauß-Regierung Staatssekretär Georg Rosenbauer machte die Absicht des Verbotes von Radio Z offenkundig, als er bestätigte, daß es keinen rechtlichen Grund, sondern nur politische Gründe für die Ablehnung von Radio Z gebe (SZ vom 19.3.1988). Durch einstweilige Anordnungen hat sich Radio Z sein Senderecht zurückgeholt und die Medienräte haben ihm jetzt wieder für drei Monate den Probetrieb gestattet (SZ vom 23.4.1988) - um dann nochmal das gleiche Spiel zu spielen?

Der bayrische Rundfunk als Manöverwelle

Wenn die Flur auch im Privatfunk völlig bereinigt ist, wenn nur noch CSU-Funktionäre, Geschäftsführer, Landräte, Abgeordnete und Minister senden, dann wird sicherlich auch ein Plan weiterverfolgt, der im letzten Sommer schon erfolgreich geprobt wurde, der Wehrmachtssender bzw. die Manöverwelle Bayern. Im August letzten Jahres während der deutsch-französischen Manöver, gestaltete das "Bataillon für psychologische Verteidigung" der Bundeswehr täglich sechseinhalb Stunden Programm, das über die Mittelwelle des bayerischen Rundfunks ausgestrahlt wurde (FR vom 7.8.87). Da klingen einem doch gleich der Sender Gleiwitz und die täglichen Siegesmeldungen des OK der Wehrmacht im Ohr. Die bayerische Medienvielfalt: CSU, Bundeswehr und Medienkonzerne! Und wenn sich einer darüber aufregt, so fragt ihn der Stoiber: "Ist es etwa der blanke Neid darüber, daß ausgerechnet die immer als rückständig diffamierte Staatsregierung eine derart weltoffene, auf Freiheit und Vielfalt ausgerichtete und erfolgreiche Medienpolitik macht?" (Bayernkurier vom 30.1.88)

Wer gewinnt den Kampf um's KZ Drütte – Wir oder Die?

Krise im gesamten Stahlbereich. Die Ankündigung von Massenentlassungen; Streiks und Demonstrationen der Arbeiter in Rheinhausen und bei Maxhütte. Das Kapital will unprofitable Bereiche stilllegen, die Arbeiter kämpfen um Arbeit und Brot. Bei teuren Frühstückbüfets und anderen Veranstaltungen überlegen Politiker, was da zu machen sei. Aber, wieder einmal weiß keiner einen richtigen Ausweg aus der Krise.

1933 wurde ein Mann an die Macht gebracht, der alles versprach, auch Brot und Arbeit. Als Zeugnis dieser Zeit stehen heute noch Überreste des KZ Drütte mitten im bundeseigenen Stahlwerk Peine-Salzgitter, den ehemaligen Reichswerken "Hermann Göring". Das Stahlwerk war eine Gründung der Nazis. Es versorgte die Arbeitslosen mit Arbeit und die Kapitalisten mit dem Stahl, den sie dringend für die Rüstungsproduktion benötigten. Es brachte den Menschen den Tod, denen, die darin arbeiten mußten und denen, die vom Stahl nach Frankreich und Rußland, nach Norwegen und Afrika transportiert wurden, um dort zu sterben.

Heute fordern die Arbeiter des Stahlwerks Peine/Salzgitter wieder Arbeit und Brot. Arbeiter und andere Demokraten der Stadt Salzgitter fordern außerdem, daß das ehemalige KZ eine Gedenkstätte wird, auf dem Boden des Stahlwerks. Das Unternehmen will mit seiner Geschichte nicht konfrontiert werden. Es lehnt beides ab, die Gedenkstätte und Arbeit und Brot.

1400 Beschäftigte wurden im letzten Jahr "abgebaut", weitere 400 sollen es bis Anfang

89 weniger werden (SZ 12.3.88). Die Arbeitslosenquote in der Region lag bereits 1986 über 14 Prozent (Metall 1986/10). Dabei ist die Gewinnlage gut. 65 Millionen Mark Überschuß im letzten Geschäftsjahr; der Konzern konnte seine "Kriegskasse" (flüssiges Kapital) erneut aufstocken und ist

damit für anstehende Firmenaufkäufe gut gerüstet. Der Auftragseingang liegt 11% über den eigenen Planerwartungen und der weltweite Expansionsdrang wird verstärkt: Chemieanlagen in Bulgarien, ein Kohletransportprojekt in China usw. Doch wenn es denen gut geht...

5. Jahrgang Nr. 23
Erscheinungszeit: RM 4,75

Berlin, den 5. Dezember 1989

Der Vierjahresplan

ZEITSCHRIFT FÜR NATIONALSOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Regelmäßige Mitteilungen des Monatsheftes für den Vierjahresplan (Herausgegeben von der Reichswerke Hermann Göring)



Hochöfen der Hermann-Göring-Werke in Betrieb

Nr.1:

Die Reichswerke Hermann Göring, im Interesse der deutschen Industrie vom NS-Staat gebaut, wurden zum größten Rüstungsunternehmen des Nazi-Reichs.

Hitler hat die Arbeitslosigkeit beseitigt – wofür?

Das Beispiel der „Hermann-Göring-Werke“ in Salzgitter

An den unermeßlichen Profiten der Industrie waren auch Nazi-Funktionäre beteiligt, und zwar vor allem die, die in Staat und Industrie wichtige Posten besetzt hielten. Der bedeutendste dieser Betriebe sind die Reichswerke „Hermann Göring“. Das Privatkapital scheute das Investitionsrisiko, das mit der Erzgewinnung und Erzverhüttung in der Salzgitter-Gegend gegeben war. Daraufhin wurde der Aufbau der Industrie, der im Gesamtinteresse des deutschen Finanzkapitals für die Absicherung der nationalsozialistischen Kriegspolitik lag, mit staatlichen Mitteln unter der Regie von Hermann Göring durchgeführt. Der Aufbau der Eisen- und Stahlindustrie in Salzgitter geschah im Rahmen des 1936 verabschiedeten Vierjahresplans, der Deutschland in der Eisen- und Stahlproduktion autark machen sollte für den Krieg.

Göring 1936: "Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen" (5).

Das Baugelände verschaffte man sich durch Enteignung der Landwirte. Ab 1937 wurden die Anlagen für Erzförderung und Erzverhüttung im großen Stil in Angriff genommen. Das Hüttenwerk sollte in vier Baustufen (das bedeutete vier Gruppen mit je acht Hochöfen) errichtet werden und nach Fertigstellung eine Jahreskapazität von 4 Mio Tonnen Roheisen pro Jahr hervorbringen. Das war mehr als ein Viertel der Roheisenproduktion Deutschlands vor 1937.

In Dreier- und dann in Zweierschichten wurde geschuftet. Zehn, zwölf, vierzehn Stunden am Tag, oft auch sonntags, bei minderwertiger Ernährung und Kasernierung in primitiven Baracken, von denen manche die Aufschrift trugen: "Arbeit



Nr.2:

1939: Arbeit gab es auf einmal genug für alle; aber wenig Brot und keine Zukunft.

edelt".

Zwischen Ausländern, Deutschen, Zwangsversickten, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen gab es natürlich Unterschiede in der Behandlung: manche starben schneller. Für den Konzern waren sie aber letztendlich alle nur billigste Arbeitskräfte.

Im Oktober 1939, keine zwei Jahre nach dem ersten Spatenstich, floß das erste Roheisen. Und fast in jedem Monat konnte ein neuer Abschnitt in Betrieb gehen: das Kraftwerk erzeugte bald Strom, die Kokerei, die Walzstraßen, die Gießereibetriebe usw. fingen an zu arbeiten. Für die Wehrmacht hatten die Stahlwerke Braunschweig die wichtigste Dringlichkeitsstufe für Munitionsfertigung. 1944 erreichte die Rüstungsproduktion ihren Höhepunkt:

Monatsdurchschnitt 1944:

300.000 Stück 88 mm und 105 mm Granaten

150.000 Stück 150 mm Granaten
25.000 Stück 250 kg Bomben
4.500 Stück 500 und 1.000 kg Bomben
70.000 Stück 4 kg Bomben
750 Tonnen Geschützrohre (5)

Mit den Kriegseroberungen wurde der Göring-Konzern zum größten in Europa. 600.000 Menschen arbeiteten zwangsweise in 228 Betrieben. Der Konzern regierte von der "Maas bis an die Memel, von der Etsch bis den Belt" und lieferte einen enormen Beitrag zur Kriegsproduktion.

Vernichtung durch Arbeit

Arbeitskraft (d.h. Menschen) wurde massenhaft in die Salzgitter-Gegend gebracht. Das Geld, das sie bekamen, war zum Leben zu wenig und zum Sterben (noch) zuviel. Und es war schon nicht mehr aus einer friedlichen Quelle. Es war der Vorschuß auf die Profite, die sich

die Kapitalisten aus dem Krieg erhofften. Arbeit und Arbeit ist eben doch nicht gleich. Es gibt eine Arbeit, die die Menschen reicher macht, und es gibt eine Arbeit, die in die eigene und die Vernichtung anderer führt. Fast keiner der Arbeiter kam freiwillig. Deutsche - dienstverpflichtet - und die Verbündeten Italiener und Österreicher machten den Anfang, zusammen mit Facharbeitern aus den Niederlanden und der Tschechoslowakei. Nach Kriegsbeginn wurden die eroberten Länder alle zu Abgabelländern von Arbeitskräften für die deutsche Industrie und bevorzugt auch für die "Hermann-Göring"-Werke. Und das hieß immer: Zwangsverschickung. Auf offener Straße wurden z.B. in Polen Menschen eingesammelt, aus den Kinos und Straßenbahnen geholt. Dazu kamen noch die Kriegsgefangenen und ab März 1942 die KZ-Häftlinge. Und immer waren die Arbeitskräfte zu wenig. Der Anteil der ausländischen Arbeiter übertraf in Salzgitter den Anteil der Deutschen mehr als in irgendeinem anderen Wirtschaftsgebiet. Die beiden Ehrenfriedhöfe in Salzgitter zeugen davon.

"Seit es den sowjetischen Truppen, dem sowjetischen Volk gelang, den Vormarsch der deut-

schen Truppen in der Sowjetunion im Jahr 1942 zu stoppen, war dem KZ eine neue Funktion zugewiesen worden. Anstelle der sofortigen Vernichtung der Menschen war ihre langsame Vernichtung durch Arbeit getreten." (Walter Gruber, Betriebsratsvorsitzender der Stahlwerke Salzgitter, bei einer Gedenkfeier (3)).

Die Umstellung der deutschen Kriegswirtschaft auf den totalen Krieg erforderte nämlich noch mehr Arbeitskräfte. Die SS machte ein Geschäft daraus.

"Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert." (6)

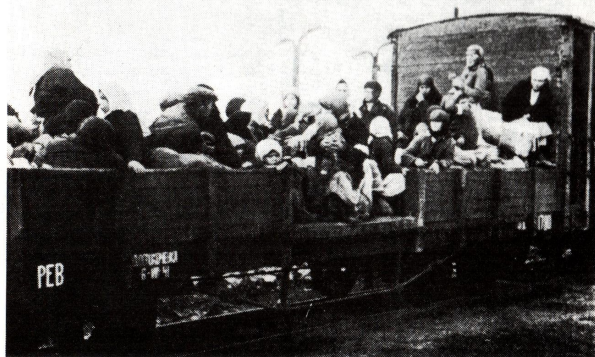
Und das Protokoll einer Konferenz auf höchster Ebene vom 4.9.42 mit Propagandaminister Göbbels stellt fest: "...die Idee der Vernichtung durch Arbeit", sagte Dr. Göbbels, "wäre die beste." (5)

Daraufhin wurde u.a. das KZ Drütte als Außenlager des KZ Neuengamme eingerichtet, und zwar an Ort und Stelle in den "Hermann-Göring"-Werken, zur Arbeit in der Munitionsfertigung. Die SS vermietete ihre Arbeitskräfte: 6 Reichsmark pro Tag für einen Facharbeiter, 4

Reichsmark pro Tag für einen Hilfsarbeiter. Vernichtung durch Arbeit hieß im KZ Drütte, daß der Mensch nach ca. 9 Monaten tot war.

Für KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene, vor allem für die "Untermenschen" aus dem Osten, gab es nur brutale Vernichtung. Aber auch die anderen lebten ständig mit einem Bein im Grab. Das Essen war schlecht und wenig. Bei Kriegsbeginn wurde die Ration weiter gekürzt, die Schufterei kaum vorstellbar, tödliche Arbeitsunfälle normal. Arbeitsverweigerung wurde hart bestraft. Arbeitsverweigerung war z.B. die Nichtteilnahme am Werklufschutzdienst. Arbeitsverweigerer wurden in das Sonderlager 21 eingeliefert, das Arbeitserziehungslager. Todeskandidaten dort trugen blaue Schlosseranzüge, andere einen grauen Anzug. Schlaf gab es dann für 4 bis 5 Stunden, und das für Menschen, die zu zweit pro Tag 15 bis 20 Tonnen glühende Schlacken zu bearbeiten hatten, dann Sport in Holzschuhen betreiben mußten und nicht selten regelmäßig Stockhiebe bekamen. Insgesamt wurden durch das Arbeitserziehungslager 21 ca. 28.000 Männer und 7.000 Frauen geschleust. Viele kamen von hier in andere Konzentrationslager.

Das ungeheure Anwachsen der Einwohnerzahl in den Dörfern rund um die "Hermann-Göring"-Werke (von ca. 19.000 im Jahre 1933 um das 6fache auf mehr als 120.000 in elf Jahren bis 1944) machte es für die Nazis aus verwaltungstechnischen Gründen leichter, wenn all die Barackenlager zusammengefaßt würden. So wurde am 1. April 1942 die Stadt Salzgitter, die Stadt der "Hermann-Göring"-Werke gegründet. Für all die Wohnungslosen, Unterernährten, Ausgezehten, Kranken galt: "Wer vom Ballast der Zivilisation befreit ist, fühlt sich dadurch auch freier und das wirkt sich selbstverständlich anspornend auf seine Arbeit aus" (Göbbels) (1).



Nr 3

Die Arbeitskräfte waren immer zu wenig. Aus aller Herren Länder wurden Menschen abtransportiert: zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich. (Juni 1942)

Und für diese Art von "Freiheit" taten die Faschisten alles und sehr gründlich. "Arbeit edelt" und "Arbeit macht frei". Und das hatte ein Arbeiter davon:

Brief eines Arbeiters aus Norddeutschland:

"Unter uns Norddeutschen gibt es nur verhältnismäßig wenige, die früher freigewerkschaftlich organisiert waren oder sich offen dazu bekannt hätten. Aber die Nazis, von denen es viele gibt, fallen eigentlich nicht durch besondere Gesinnungstüchtigkeit auf. Sie schimpfen genau wie alle über das schlechte Essen. Es sind fast alles Menschen, die denen folgen, die die Macht haben. Es ist sehr merkwürdig, daß sich im Lager der Gruß "Guten Tag", den wir wiederholt einzuführen versuchten, nicht einbürgert. Alles grüßt "Heil Hitler", ohne das allerdings besonders zu betonen. Das ganze Lager ist richtig "Masse Mensch". Bei den gelernten Arbeitern sieht die Sache schon ganz anders aus. Sie verdienen zwar erheblich mehr, sind aber viel unzufriedener als die Ungelernten, die so dahinvegetieren, ohne sich natürlich wohl zu fühlen.

Die Schufferei bei der Arbeit ist elend und kaum vorstellbar. Es wird Tag und Nacht, ja auch Sonntags gearbeitet. Der Stundenlohn, den ich erhalte, beträgt 52 Pfg., dann gibt es kleine, gestaffelte Überstundenzuschläge. Sonntagsarbeit wird mit 50 % Aufschlag bezahlt. Die Verheirateten unter uns erhalten ferner pro Tag eine sogenannte Trennungszulage von 1,50 RM. Davon wird 1,10 RM tägliches Verpflegungsgeld abgezogen. Die Leute freuen sich tatsächlich darüber, daß sie also 40 Pfg. "geschenkt" erhalten. Dabei ist das Essen unerhört schlecht. Es fehlt an Fett und Fleisch. Sehr häufig sind auch Krankheitsfälle. Die Leute werden bei erkennbaren schweren Erkrankungen zum Arzt geschickt und kommen dann nicht wieder.

Sie kommen nach Braunschweig in ein Krankenhaus. Auf die Gefahr hin, daß man es mir nicht glaubt, sage ich die Wahrheit, wenn ich berichte, daß wir wöchentlich einen Todesfall zu verzeichnen haben. Die Leute sterben natürlich nicht im Lager, aber in den Krankenhäusern oder zu Hause, wohin sie abtransportiert worden sind. Ausgenommen sind Unfälle, von denen ich zwei tödliche miterlebt habe.

Aber das macht alles nichts. So schlecht die Stimmung der Leute ist, sie arbeiten wie die Wahnsinnigen, um Geld zu verdienen und freuen sich dann noch darüber. Manche allerdings versaufen dann alles an einem arbeitsfreien Sonntag.

Wir waren sehr oft so weit von dem Lager entfernt, daß wir einen Anmarsch von zwei Stunden

hin und zurück haben. In der Baracke schlafen wir zu 18 bis 22 Mann. Die Waschgelegenheiten sind skandalös. Aber ich kann nur immer wieder betonen, daß zwar alle mit ihrem Los unzufrieden sind, sich aber an der Arbeit und am Schnaps betäuben. Ich habe so etwas am Proletariat früher nicht gekannt. Mit diesen Leuten werden wir die Welt gewiß nicht erobern, und wenn ich nicht wüßte, wieviel gute Leute es zu Hause gibt, dann würde ich verzweifeln. Dabei nehme ich an, daß die meisten, bis auf die SA-Leute, unsere Wähler gewesen sind. Was kann man nicht alles aus Menschen machen!" (5)

Ja, die Nazis hatten gründliche Arbeit geleistet: In Salzgitter fand sich eine Masse entwurzelter Menschen, von überall aus Europa. Keiner kannte den ande-



Nr4:

Vernichtung durch Arbeit. Eine Lebensdauer von neun Monaten wurde für die Gewinnmaximierung als optimal ausgerechnet. Essen, Behausung, Behandlung und Arbeit waren entsprechend ausgerichtet.

ren, keiner wußte, wem er trauen konnte. Unabhängige Arbeiterorganisationen gab es nicht mehr, stattdessen Spitzelwesen und Denunziantentum, Terror und Gewalt. Zusätzlich wurden die Arbeiter gegeneinander gehetzt durch Privilegien, - eigentlich die größten Selbstverständlichkeiten in einer zivilisierten Gesellschaft - wie z.B. eine bessere Wohnung statt den überfüllten Barackenlagern, oder mehr Essen. Man kann sich kaum vorstellen, welcher Mut in dieser Situation für gegenseitige Solidarität nötig war, und für die Sabotageakte, die auch in Salzgitter von deutschen und ausländischen Arbeitern durchgeführt worden sind.

Wie hat es dazu kommen können?

Noch 1918 und 1919 hatten die deutschen Arbeiter das Kapital das Fürchten gelehrt und sie konnten sich Rechte erkämpfen, vor allem auch ihre Organisationen, die der grenzenlosen Ausbeutung Schranken setzen konnten. Und jetzt, nur 20 Jahre später, war von dieser Kraft nur mehr sehr wenig übrig, viel zu wenig, um die faschistische Herrschaft zu stürzen. Es rächte sich jetzt fürchterlich, daß die deutschen Arbeiter nicht spätestens 1933 durch einiges und entschlossenes Handeln den Machtantritt der Faschisten verhindert hatten, - so wie 1920 den Putschversuch von Kapp und Lüttwitz. Gespalten stand die Arbeiterklasse dem Angriff gegenüber und war damit politisch und organisatorisch entwaflnet. Die Spaltung hat die sozialdemokratische Führerschaft zu verantworten, die bis zum Verbot der eigenen Partei hoffte, durch die Zusammenarbeit mit den Herrschenden doch ein Stücklein für sich selbst vom Kuchen abzubekommen und dem Kampf zu entkommen. Das "tausendjährige" Reich präsentierte die blutige

Quittung. Das alles kostete viel mehr Opfer als es jemals der Kampf gekostet hätte. Die Kommunisten waren nicht stark genug gewesen, gegen diese Sozialdemokratie die Massen auf die Beine zu bringen.

Georgi Dimitroff, bulgarischer Kommunist, der von den Nazis angeklagt worden war, den Reichstag in Brand gesteckt zu haben und der in einem Schauprozess nachwies, daß sie das selbst gemacht hatten, um ihre Terrorherrschaft zu rechtfertigen, hatte bereits 1935, auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale die fehlende Einheit der deutschen Arbeiterklasse als den Hauptgrund dafür genannt, daß die Faschisten überhaupt zu Macht hatten kommen können. (8)

Die Schilderung der Situation im Raum Salzgitter-Braunschweig in dieser Zeit spricht sehr für Dimitroffs Analyse: Braunschweig war einst "rote Hochburg" mit kämpferischer Arbeiterschaft, wurde dann aber

schnell zu einer Bastion der Nazis. Warum? "Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit in dieser Region in der Endphase der Weimarer Republik - 1929 waren es allein im Arbeitsamtbezirk Braunschweig 30.700 Arbeitsuchende - führte zu Unruhe und Unzufriedenheit bei den Arbeitern. Massenentlassungen führten zu einem großen angepaßten Verhalten mit großem individuellen Arbeitseinsatz, denn jeder hoffte durch besondere Leistungen der Entlassung zu entgehen. Allein dadurch war die Einheit in der Arbeiterschaft zerstört, Konkurrenzdenken kam auf. SPD und Gewerkschaften sowie Nebenorganisationen verzichteten auf den Versuch, ihre Mitglieder gegen die immer stärker werdende nationalsozialistische Bewegung zu mobilisieren. Die kämpferische KPD war in Braunschweig zu schwach. ... (7). In dem Material, das von demokratischen Kräften aus dem Raum Salzgitter zusammengetragen wurde, wird weiterhin be-



Nr5:

Auf den Ehrenfriedhöfen in Salzgitter liegt ein Teil der Zwangsarbeiter begraben. Sie kamen aus Belgien, Bulgarien, CSSR, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Niederlanden, Österreich, Polen, Rumänien, Spanien, Ungarn, UdSSR und Deutschland. Hier auf dem Friedhof sind die Verhältnisse klar. Arbeiter unterschiedlichster Nationen ruhen hier, manchmal in einem Grab. Kapitalisten hat man keine gefunden.

richtet, daß allein die KPD organisierten Widerstand leistete. Aber dann wurden bereits im Frühsommer 1933 300 Funktionäre der KPD des Gaus Südhannover-Braunschweig verhaftet und in das KZ Moringen bei Göttingen gebracht. Der Widerstand war dadurch weiter und entscheidend geschwächt.

Aus der Geschichte lernen

Für diesen Teil unserer Geschichte steht das KZ Drütte. Es muß eine Stätte der Erinnerung und der Mahnung werden.

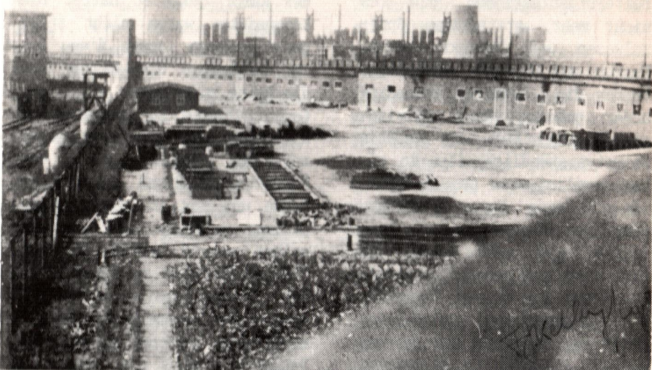
Und wer kann ein Interesse daran haben, diese noch längst nicht überholten Lehren der Geschichte, die blutig bezahlt wurden von Millionen Menschen, zu unterdrücken?

Um dieses Konzentrationslager wird seit einigen Jahren gestritten: der Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. von Salzgitter und das Komitee Dokumentationsstätte Drütte, die Betriebsräte der Salzgitter-Werke und anderer Betriebe der Gegend (VW z.B.), Vertrauensleutkörper, Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen und Verbände, ehemalige Häftlinge des KZ Drütte, ja sogar der Stadtrat von Salzgitter fordern von den Vorständen der Stahlwerke Peine-Salzgitter, deren 100-prozentige Eigentümerin die Bundesregierung als Rechtsnachfolgerin des 3. Reiches ist: Das KZ Drütte muß eine Gedenk- und Dokumentationsstätte werden, zur Mahnung und zur Lehre, und es muß endlich Entschädigung an die ehemaligen Zwangsarbeiter bezahlt werden.

Die Vorstände der Stahlwerke Peine-Salzgitter wollen beides nicht, und ihr "Nein" ist noch nicht gebrochen worden bisher (3,4)

Die Haltung der Vorstände wurde von den Demokraten Salzgitters dokumentiert und ausführlich diskutiert. (4)

Z.B. stellte der Vorstand nun plötzlich fest, daß das KZ-Ge-



Das KZ Drütte. So sah es 1945 aus und genau so steht es heute noch. Nie wieder! - Aus der Geschichte lernen!

Das sagen viele und fordern, das ehemalige KZ Drütte als Stätte des Gedenkens und der Mahnung zugänglich zu machen.

Abreißen und "woanders" gedenken, das sagen die Wenigen: der Vorstand von Peine-Salzgitter.

bäude auffällig sei, daß der Betriebsablauf durch eine Gedenkstätte gestört würde, daß man der Belegschaft ein KZ an ihrem Arbeitsplatz nicht zumuten könne. Weiterhin wird auf einmal das Gelände für Betriebsveränderungen gebraucht, und völlig aus der Luft gegriffen wird behauptet, daß der Originalzustand ja sowieso nicht mehr vorhanden sei. Das alles gipfelt in dem Vorschlag, man solle doch der Opfer woanders gedenken, zumal ja der "klassische Zusammenhang zwischen NS-Staat und Industrie im Sinne des Großkapitals" nicht gegeben sei. Zudem sei ja "...keiner der heute Amtierenden... daran beteiligt im Sinne historischer Verantwortung..." (4)

Das hat in Salzgitter nicht überzeugt. Im Gegenteil: jetzt ist erst recht klar, daß die Vorstände von Peine/Salzgitter aus politischen Gründen das KZ als Gedenkstätte nicht wollen. Und es ist ja auch verständlich: denn ob "klassisch" oder nicht: es geht um den Zusammenhang von NS-Staat und In-

dustrie, es geht um den Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Elend und Krieg. Und es geht auch darum, daß es gar nicht so "neu" war, was da 1945 anging, egal ob einer der alten Kriegsverbrecher heute noch amtiert oder nicht.

1945: und nichts ist vorbei

Die Menschen bekommen wieder keine Arbeit. Erst dann, als mit ihnen der nächste Krieg geplant wird, gibt es Arbeit.

Salzgitter feierte im April 1982 das 40jährige Bestehen. Männer der "Ersten Stunde" wurden befragt. Da sagte ein Dr. Höck: "Wir wußten von den Zuständen in den Lagern, aber wir haben auch gegenüber der Heimat unsere Pflicht getan, wir haben die Soldaten an der Front nicht im Stich gelassen." Dr. Höck war bis 1945 Direktor in den Stahlwerken Braunschweig, die zum "Hermann Göring"-Konzern gehörten und als Rüstungsbetrieb eine wichtige Rolle spielten. Dr. Höck ist heute Ehrenbürger und Ehrenratmitglied in Salzgitter. Nach 1945 war er Oberbürgermeister von



Nr7/8:

Das war's dann, nach fast 10 Jahren schuften und krepieren. Von wem konnte man da "Brot und Arbeit" fordern? Es gab nur die Kriegsverbrecher und das Volk, das den Kopf hingehalten hatte.

Salzgitter und als solcher setzte er sich ein. - Wofür? Für die Menschen? Nein, für den Stahlkonzern. Doch weil sie den gleichen Gegner hatten - die demontierenden englischen Imperialisten nämlich, konnte er sogar mit dem Wohl der Menschen argumentieren und viele schon wieder (oder immer noch) täuschen. Als ob die Kriegsversucher und Kriegsgewinnler jemals gleiche Interessen mit den Arbeitern haben könnten!

Aus einem Schreiben Höcks an die drei hohen Kommissare, 1949 (9). "... wir glauben aber, daß es auch vom Standpunkt der Besatzungsmächte aus betrachtet unerwünscht ist, wenn auf diese Weise nahe der Grenze zur sowjetisch besetzten Zone ein Unruheherd erzeugt und der politische Radikalismus begünstigt wird." Und weiter: "Wir richten den Appell ... noch im letzten Augenblick die Vernichtung eines Werkes aufzuhalten, das in seiner jetzigen Gestalt für den Wiederaufbau unseres zerstörten

Kontinents einen sehr erheblichen Beitrag zu leisten vermag ... Wir richten diesen Appell ferner an Sie aus der Sorge heraus, daß sich der Abbau der Werke auf die Existenz von 100.000 Menschen unserer Stadt schwerwiegend auswirken wird. Wir halten es für eine wahrhaft europäische Aufgabe, der Verelendung einer so großen Zahl von Menschen entgegenzuwirken." (9)

Außerdem findet Höck natürlich die englischen Imperialisten schlimmer als die Faschisten, denen er bis vor kurzem treu gedient hat: "Ich darf sagen, daß das, was hier in Watenstedt-Salzgitter geschieht, letzten Endes in seinen Auswirkungen schlimmer ist, als der schlimmste National-Sozialismus in seiner Theorie der verbrannten Erde, und wer es nicht glauben will, der mag zu den Stahlwerken Braunschweig gehen und sehen, wie jeder Quadratmeter Erde umgepflügt, unfruchtbar und unverwendbar für alle

Zeiten gemacht worden ist". (Am 6.3.1950 im Rat der Stadt Watenstedt-Salzgitter) (9).

Auch die Arbeiter kämpften gegen die Demontage. Sie wollten das Werk, das ihnen Arbeit und Existenz versprach, halten. Aber sie zerstörten nicht das Firmenzeichen, das Symbol für Faschismus und Krieg, wie das Hakenkreuz. Sie kämpften nicht gegen die Höcks, die Rheinländer, die Pleigers und all die Betriebsführer und Verbrecher im KZ, die bald, ab 1950/1951, schon wieder als "Fachleute" zu Macht und Einfluß kamen. Sondern auch sie kämpften in erster Linie gegen die demontierenden englischen Imperialisten und nicht gegen die eigenen Herren, die ihnen - im Kampf um die Vormachtstellung auf der Welt diesen Krieg und dieses Elend beschert hatten. Und wieder wurde also der Kampf nur um Arbeit geführt.

Pleiger, der führende Mann der "Hermann-Göring"-Werke und einer der maßgeblichen Leute in

der Zwangsorganisation der Arbeiter, der DAF, wo die "wahre Volksgemeinschaft" in den Betrieben generalstabsmäßig organisiert worden war, wurde in Nürnberg zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. 1951 war er bereits wieder auf freiem Fuß. Und daß alles weiterging sieht man auch daran, daß man sich 1949 bei den Reichswerken fragte, ob man Pleiger offiziell kündigen solle. (9)

Zu der Zeit war Arbeit in Salzgitter nur bei der Demontage zu haben. Es konnte geschehen, daß einer, der noch vor ein paar Jahren unter der Aufsicht eines Nazi-Kapos Tag und Nacht beim Aufbau schuftete, jetzt wieder dort schuftete - nur beim Abbau und unter der Bewachung des englischen Militärs, das zeitweise durch deutsche Polizisten verstärkt wurde.

Den Abbau leitete eine Tochterfirma der "Hermann-Göring"-Werke. Deren Ingenieure sahen sich genötigt, den Fleiß der Arbeiter dadurch anzustacheln, daß sie wiederholt darauf hinwiesen, "daß für die Demontage grundsätzlich mit der gleichen Intensität gearbeitet werden müsse wie bei den Aufbauarbeiten, da alle Kosten ja zu Lasten des Steuerzahlers gingen". (9)

Bis 1949/50 lag die Arbeitslosigkeit im Salzgitter-Gebiet meist mehr als um das Dreifache über dem Bundesdurchschnitt (z.B. 30.9.49: Bundesgebiet 8,8%, Salzgittergebiet, 25,1%)

In ihrer existentiellen Not arbeiteten die Menschen wo sie Arbeit bekamen. Und deshalb ging anfangs die Demontage zügig voran. Im Oktober 1947 war die Demontageliste der englischen Imperialisten herausgegeben worden, im Juli 1950 war die Demontage der Reichswerke zu 85 % und der Versand der abgebauten Anlagen zu 76 % durchgeführt. (9)

Nach anfänglicher relativer Ruhe wuchsen Zorn und Erbitterung der Arbeiter, als die Engländer im Zuge der Entmilitari-

sierung auch noch die Fundamente der Werke sprengen wollten (1949/1950). Es wird berichtet, daß die Arbeiter eine Halle besetzten, die zur Sprengung vorgesehen war, daß sie die Laten von den Sprengladungen wegrissen und Demontagetürme umwarfen. Sie wichen nicht, auch dann nicht, als britische Soldaten aufmarschierten, ausgerüstet mit Stahlhelm und Bajonetten und mit Maschinengewehren.

Die niedersächsische Regierung und der damalige Betriebsratsvorsitzende Erich Söchtig bitten die Arbeiter, die Verhandlungen mit den englischen Dienststellen wegen Milderung der Demontage nicht durch "unbedachte Aktionen" zu stören. Aber die Lage spitzt sich Ende 1949 zu. Englische Truppen kommen zur Verstärkung ins Salzgitter-Gebiet. Die KPD bringt ein Flugblatt heraus: "5 Minuten vor 12", in dem zum Streik aufgerufen wird. Daraufhin wird die niedersächsische Volksstimmung verboten und acht Journalisten des Blattes werden mit Haftbefehl belegt. Am 20.11.49 lehnt allerdings eine Delegiertenversammlung der IG Metall den Antrag der KPD, zum Generalstreik aufzurufen, ab. (10) Ab Januar 1950 wird wieder demontiert, im März dagegen heißt es in den Wochenberichten der Demontagefirma: "Die Abbauarbeiten wurden am 6.3. wegen Demonstrationen eingestellt ... Abbauarbeiten ruhen wegen Unsicherheit der Lage ... Aufräumarbeiten am umgestürzten Gerät ... Verladen von Geräteteilen des umgestürzten Geräts ..." (9)

Die Appelle der niedersächsischen Regierung und auch des DGB ("keine Gewaltaktionen", 10) hatten zeitweise keine Resonanz. Die Arbeiter kämpften um das Werk, um ihre Existenz. Allerdings wurde nur von Wenigen die Frage danach gestellt, wer jetzt hier das Sagen hat: Wer hat uns in dieses Elend gebracht? Was haben die Konzern-

Chefs mit ihrer Macht und ihren Möglichkeiten getan? Wer darf das Werk auf keinen Fall mehr in die Hand bekommen? Was brauchen wir, und wie stellen wir es am besten her?

Das harte Leben der Nachkriegsjahre ließ die Bevölkerung aber anscheinend spüren, daß es doch einen Unterschied bei den "Befreiermächten" gab. Die neuen, alten Machthaber sahen sich selber und ihre Großmachtpläne, die sie nicht aufgegeben hatten, in Gefahr. Dieser "Anlauf", Zweiter Weltkrieg genannt, war eben gescheitert.

Auf ein neues Abenteuer!

Wiederholt beschäftigten sich auch Adenauer und der Bundestag mit dem Thema "Demontage in Salzgitter". Adenauer: "Nach meiner festen Überzeugung wäre Deutschland bei der Durchführung des Demontageplans aus Not und Hoffnungslosigkeit kommunistisch geworden. Das erste und wichtigste Ziel der Bundesregierung müßte meines Erachtens sein, den Demontageplan aus der Welt zu schaffen, koste es was es wolle". Und: "Während am 1. Januar 1945 66.000 Arbeitnehmer beschäftigt waren, sind zur Zeit noch etwa 10.000 Arbeiter in Watenstedt-Salzgitter produktiv tätig. Wenn auch diesen Arbeitern ihre Arbeitsmöglichkeit entzogen wird, besteht die Gefahr, daß sich bereits zeigende Radikalisierungstendenzen nach rechts und links erheblich verstärken und zu einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung führen." (9)

Bei einer Debatte im Bundestag am 21.6.1950 führte der Abgeordnete Wackerzapp des langen und breiten die Situation in Salzgitter aus: "... die Arbeiterschaft, die im Bereich dieser großen Werke im Schatten der Hochöfen ihre Wohnung und ihren Arbeitsplatz hat, und bei harter Arbeit ihr gutes Auskommen fand. (Der Mann kann damit nur die Nazi-Zeit meinen! Die Red.) Diese Arbeiterschaft mußte nun erleben, wie aus unbegreiflichen Gründen ihr Ar-

beitsplatz demontiert und zerstört wurde. ... Die Reichswerke liegen nur 25 km von der Ostzone entfernt. ... Wenn man ein Preisausschreiben hätte erlassen wollen unter dem Motto: wie stärke ich am besten die sowjetische Propaganda, wie vermehre ich das Ansehen der Ostzonenregierung und der Sowjets und wie vermindere ich den Kredit der Westmächte und das Ansehen der Bundesregierung?, dann hätte die englische Regierung durch ihre Demontagepolitik dieses Preisausschreiben 100 %ig gewonnen." (9)

Es war anscheinend wirklich höchste Zeit, denn Zorn, Erbitterung und Aussichtslosigkeit hatten in der Salzgitter-Gegend den Gedanken aufkommen lassen, ein Volksbegehren über den Anschluß an die Ostzone durchzuführen. (9)

Aber alle Reden, Entschließungen, Treffen auf höchster und weniger hohen Ebene nutzten nichts, die Engländer setzten ihre Demontage fort, bis auf einmal, am 13.9.1950, "das Leiden ein Ende fand", wie es in dem Bericht der Gewerkschaft über diese Zeit heißt.

Was war passiert?

Einen Tag vorher, am 12.9.1950, war in New York die Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten einberufen worden. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Erörterung eines deutschen "Verteidigungsbeitrages". Einen Tag, nachdem mit West-Deutschland und seinen Menschen für den nächsten Waffengang kalkuliert worden war, wurde die Demontage gestoppt. Das Aufrüsten konnte wieder beginnen!

Adenauer hatte dieses "retende" Angebot gemacht: "Darüber hinaus wird die innere Bereitschaft der deutschen Bevölkerung an der Verteidigung Westeuropas einer ernstlichen Belastung ausgesetzt, wenn zur gleichen Zeit, in der diese Fragen zur Erörterung stehen, noch Demontagen durchgeführt

werden." Das überzeugte, und ab 13.9.1950, als 86 % des Werkes mindestens demontiert waren, durfte wieder aufgebaut werden. Die Schufferei konnte von Neuem beginnen! Ein ca. 67-jähriger in Salzgitter kann das alles mitgemacht haben, in einer Generation: Ein Leben für das Kapital und den Profit!

- Aufbau der riesigen "Hermann Göring"-Werke - für's deutsche Finanzkapital, für den Krieg

- Abbau - für die Konkurrenz zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus und für die Wiedergutmachung der Kriegsverbrechen

- Wiederaufbau - in dem Moment, als die Weltmächte mit Westdeutschland für den nächsten Feldzug rechnen. "Wirtschaftswunder", und eine Krise nach der anderen - wo wird das hinführen?

"Wirtschaftswunder"-Zeiten sind längst vorbei. "Besser" wurde es schon lange nicht mehr. Dem Stahlkonzern Peine-Salzgitter geht es gut. Und den Kollegen und den Menschen in Salzgitter?

Für sie sind die Angst vor der Zukunft, vor noch mehr Ar-

beitslosen und "die neue Armut" Themen, die sie heute beschäftigen. Und was versprechen sie uns nicht wieder alles, was soll nicht alles nötig sein, um das "Gesamte" zu retten! Aber der Regen wird nie nach oben fließen! Auch heute nicht! (2) Das ist die tödliche Kontinuität, die ein KZ Drütte deutlich und kompromißlos zeigt. Und auch in dem Kampf um das KZ - ob es Gedenk- und Dokumentationsstätte wird oder nicht - zeigt sich, ob diese tödliche Kontinuität fortgesetzt werden kann, indem die Verbrechen und die Lehren der Vergangenheit verheimlicht und verdreht werden. Oder ob wir mit der Gedenkstätte Drütte einen Schritt für uns, für unsere Zukunft gewinnen.

Und die Stärke, die wir brauchen, um gegen die Vorstände der Stahlwerke Peine-Salzgitter das KZ als Gedenk- und Dokumentationsstätte durchzusetzen, - diese Stärke wird auch den Kampf um den Arbeitsplatz stärken. Denn: "Wer seine Lage erkannt hat, wie sollte der aufzuhalten sein!" (B. Brecht)



Nr.9:

"Salzgitter steigert den Überschuß" (SZ, 12./13.3.88), doch von den ehemals 20000 Arbeitern sind in den letzten Jahren 10000 auf die Straße geschmissen worden, und das ist noch nicht das Ende. Wieder geht der Kampf um die Existenz, um die Arbeit. Die Geschichte des KZ Drütte kann uns lehren, wie dieser Kampf geführt werden muß und wie es endet, wenn er falsch geführt wird.

Literaturverzeichnis

1. Ulbricht Walter: "Wie Hitler die Arbeitslosigkeit beseitigt und andere Legenden" (Nachdruck aus: "Legende vom deutschen Sozialismus", W. Ulbricht, Berlin 1945)
2. Busch Ernst: Bild aus dem Lied von Ernst Busch: "Das Lied vom Massenfeind" (1932-1938)
3. Pressespiegel u. Dokumentation: Zur Forderung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte, Herausgeber: Komitee Dokumentationsstätte Drütte.
4. Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte
Konzeption
Die "Argumente" des Vorstands der Stahlwerke gegen die Gedenkstätte im ehemaligen KZ Drütte und die Er widerungen.
5. Wysocki Gerd: "Zwangsarbeit im Stahlkonzern", Braunschweig 1982
6. Wysocki Gerd: "Häftlinge in der Kriegsproduktion des Dritten Reiches", Salzgitter 1986
7. "Die Opfer sind immer die anderen", Salzgitter 1984
8. Dimitroff Georgi: "Arbeiterklasse gegen Faschismus", Rede beim VII. Weltkongress der kommunistischen Internationale
9. Riedel Matthias: "Vorgeschichte, Entstehung und Demontage der Reichswerke im Salzgitter-Gebiet", VDI-Verlag, Düsseldorf 1967
10. "Der gewerkschaftliche Kampf gegen die Demontage in Watenstedt-Salzgitter" Aus: "90 Jahre Industriegewerkschaft 1891-1981 vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall"

Wer mehr wissen will über die ehemaligen "Hermann Göring"-Werke, wie es war und wie es dazu kommen konnte, der kann sich die genannten Untersuchungen und Dokumentationen bestellen:

Nr. 3,4,5,6,7 der Literaturliste beim Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V., Schloßweg 64, 3320 Salzgitter 51

Nr. 1 und 8 der Literaturliste beim Verlag Freies Buch, Tulbeckstr.4, 8000 München 2

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Kontaktadresse: Annette Schorb, Kapuzinerstr. 52, 8000 München 5

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Kapuzinerstr. 52, 8000 München 5

E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Buchtipp Dimitroff

Wer sich mit der Frage beschäftigen möchte, wie der Faschismus zur Macht kommen konnte, ob er das heute wieder kann und ob es Möglichkeiten gegeben hätte, den Faschismus zu verhindern, dem möchten wir insbesondere "Arbeiterklasse gegen Faschismus" von Georgi Dimitroff empfehlen. Die Geschichte der "Hermann Göring"-Werke "illustrierte" seine 1935 vorgelegte Untersuchung auf schreckliche Weise.

Dazu noch ein Auszug aus seinem Buch: "Der Faschismus versprach den Arbeitern einen "gerechten Lohn", in Wirklichkeit brachte er ihnen ein noch niedrigeres, ein bettlerhaftes Lebensniveau. Er versprach den Erwerbslosen Arbeit, in Wirklichkeit brachte er ihnen noch größere Hungerqualen, Sklavenarbeit, Zwangsarbeit. In Wirklichkeit verwandelt er Arbeiter und Arbeitslose in völlig rechtlose Parias der kapitalistischen Gesellschaft, zerstört ihre Gewerkschaften, raubt ihnen das Streikrecht und die Arbeiterpresse, treibt sie mit Gewalt in die faschistischen Organisationen hinein, raubt ihre Sozialversicherungsfonds, verwandelt die Fabriken und Betriebe in Kasernen, in denen die zügellose Willkür der Kapitalisten herrscht.

Der Faschismus versprach der ruinierten, verelendeten Bauernschaft die Beseitigung der Schuldknechtschaft, die Abschaffung der Pachtzahlungen und sogar die unentgeltliche Enteignung des grundherrlichen Bodens zugunsten der landlosen und dem Ruin verfallenden Bauern. In Wirklichkeit schafft er eine noch nie dagewesene Versklavung der werktätigen Bauernschaft durch die Trusts und den faschistischen Staatsapparat und steigert die Ausbeutung der Hauptmassen der Bauernschaft durch die Großagrarien, die Banken und die Wucherer aufs äußerste."

Deutschland, Deutschland über alles!

Studentenverbindungen als Zuchtstätten der Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands

Ein Bundesbruder des Ministerpräsidenten

"Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt", grölen die schon wieder - in einer Münchner Gaststätte. Es ist der 24.10.86. Eine Gruppe Verbindungsstudenten findet sich im Türkenhof ein, um nahezu ungestört dieses und auch andere Lied der Hitlerfaschisten zum Besten zu geben. Leserin Heidrun L. verläßt empört das Lokal, nicht ohne am Tisch der saufenden "Elite" noch ein "Thr solltet Euch schämen, 40 Jahre nach Kriegsende" loszuwerden. Unter übelsten Beschimpfungen und dem "Heil Hitler"-Gruß der inzwischen gekündigten Wirtin erreichen die Lehrerin und ein englischer Freund das Freie. Dort wartet schon Johann Kandler und schlägt die beiden brutal zusammen, so daß sich die Lehrerin gleich mehrere Monate von ihren schweren Verletzungen erholen muß.

Wer ist Johann Kandler? Ein wildgewordener Verrückter, der traurigerweise den plumpen Ideen der Nazis auf den Leim gegangen ist? Oder gar ein Herr mit christlich-sozialer Tradition? 1981 war er stellvertretender Landesvorsitzender des RCDS in Bayern, 1982 dritter Landesdelegierter des RCDS und war (ist?) Mitglied der Jungen Union Westend. Als strammer Rechter ist er selbstverständlich korporiert (in einer Studentenverbindung). Er gehört der TUISKONIA an, welche einen gewissen Franz J. Strauß zu ihren "alten Herren" zählt. Mit derlei Vorbildern kann man etwas werden in der Politik und

da drückt auch die Justiz - der Juristenkarriere wegen - mal ein Auge zu. Bei Gericht ist Kandler seit mindestens vier Jahren bekannt. Die erste Schlägerei, die ihn vor den Kadi brachte, weil er eine Antifaschistin beim Plakatieren zusammenschlug, ahndete der wohlgesonnene Richter mit 89 Tagessätzen - einen Tag unter der Vorstrafengrenze, um die Zukunftsaussichten des Jurastudenten nicht zu gefährden. Im Fall der Lehrerin konnte er nicht ganz ungeschoren bleiben, aber Bewährung für seine 12 Monate war trotzdem drin. Trotz der Tatsache, daß Kandler seine Unbelehrbarkeit, was das Verprügeln von Antifaschisten betrifft, unter Beweis gestellt hatte, Kandler hat einflußreiche Verbindungsbrüder; ob diese vielleicht nachgeholfen haben, daß er so billig davonkommt?

Verschiedene Verbindungen, gleiche Ziele

Die einzelnen studentischen Verbände haben verschiedene Ursprünge; die sogenannten Korps waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts streng aristokratisch. Geradezu "revolutionär" gründeten sich 1815 die "bürgerlichen" Burschenschaften. Sie setzten sich für die Einheit Deutschlands ein, kämpften gegen die Zersplitterung Deutschlands in Klein- und Kleinststaaten. Doch nach der Gründung des Kaiserreiches 1871 und dem Krieg mit Frankreich war es mit der fortschrittlichen Einstellung der Burschen vorbei. Sie wurden zu bedin-

gungslosen Verfechtern des Kaiserreichs. Spätestens während der Weimarer Republik verwischten sich die bürgerlich-adligen Grenzen der Verbindungen: gegen die Demokratie war man sich einig. Außer den beiden genannten gibt es noch eine dritte studentische Richtung, nämlich katholische Verbindungen. Sie sind zumindest in der westdeutschen Wirtschaft die einflußreichsten von den dreien. Zu ihnen gehört z.B. der Katholik Strauß.

„Wir haben schon manchem auf den rechten Weg verholfen, in Studium und Politik“

(Werbeplakat der Burschenschaft Danubia)

Nicht, daß sie nur saufen, fechten und prügeln oder sich mit Bändchen und Hüthen schmücken, so daß man meinen könnte, sie seien besonders phantasielose Vertreter eines Karnevalvereins, nein, sie haben auch Programm und dieses Programm heißt "Vaterland". Zum Vaterland gehört zumindest die DDR, manche definieren es noch viel großzügiger, z.B. das von der "burschenschaftlichen Gemeinschaft" (eine Arbeitsgemeinschaft, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Anschluß der deutschen (!) Burschenschaft in Österreich an die hiesige deutsche Burschenschaft zu vollziehen) herausgegebene Werk: "Burschenschafter und nationale Identität": Unter einer deutschen Nation stelle man sich bloß nicht nur die wieder-vereinigte vor. Die Nation umfaßt all diejenigen, die durch "gleichartige Abstammung, gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur und verwandtes



Brauchtum, dieselbe Sprache und zusammenhängenden Siedlungsraum" verbunden sind. Diejenigen, die mit Ansteckern herumlaufen, die Deutschland in den Grenzen von 1939 zeigen, die Schweiz und Südtirol inklusive, die haben diese Definition verstanden.

Selbstverständlich haben die jungen Menschen und ihre Vordecker ein unkompliziertes Verhältnis zur jüngsten deutschen Vergangenheit. Der Bochumer Politologe Prof. Bernhard Willms sieht seine Aufgabe vor allem darin, "den Nationalbewußten klar zu machen, daß sie sich

nicht mehr ducken müssen, wenn einer Faschist ruft." Daß er sich nicht mehr ducken muß, beweist sein eigenes Beispiel: seinen Lehrstuhl hat er immer noch. Und hier lehrt er die Elite deutschen Helden: "Ein politisches Bewußtsein, das in umfassender Weise der Wirklichkeit entspricht oder gründliches Denken, ist notwendigerweise elitär und keine Sache von Massen oder Mehrheiten". Die Masse muß sich mit der "Sinnerfüllung der eigenen Existenz" begnügen. Dies geschieht durch "Aufhebung der eigenen, bloß einzelnen, trivialen Existenz im großen und ganzen, das

Gefühl des Besonderen, stolz sein zu dürfen, das Gefühl der Empörung über die Unterdrückung der eigenen Nation, die Opferbereitschaft für das Ganze." - Das Menschenbild der Hitlerfaschisten. (Interview der rechtsradikalen Zeitung "Student", die in jedem anständigen Verbindungshaus ausliegt, mit Prof. Willms)

Das Aufkommen eines Nationalgefühls sieht die "burschenschaftliche Gemeinschaft" durch die Ausländer in der BRD gefährdet. Ihre Absichten formuliert sie mit akademischer Zurückhaltung: die Forderung nach Beseitigung der Freizügigkeit innerhalb der EG wird mit den psychischen Problemen der italienischen Kinder in der BRD begründet. (D.h. daß sie selbst etwas gegen die EG-Ausländer haben.) Nicht ganz so einfühlsam geben sich die Burschen, wenn es um die Verringerung der Ausländerzahlen geht: Um ernsthaften Schaden für die Demokratie in Westdeutschland zu verhindern, sei die Vertreibung der Ausländer ein dringend anstehendes Problem, da in den nächsten Jahren viele von ihnen ins rentenfähige Alter kämen. Da entlarven sie sich, die "alten Herren"! Sie sind es oft selbst, für die der ausländische Arbeiter geschuftet hat und an dem sie verdienen. Jetzt ist seine Arbeitskraft verschlissen und er darf verschwinden.

Den Rettern des Vaterlands treu ergeben

Der Nationalismus ist Motto bei den Burschenschaften. Es heißt schon immer "Freiheit, Ehre, Vaterland". 1817, als diese Losung revolutionär war, wurden die Burschenschaften verfolgt. Doch nachdem sie dieses Ziel 1871 durch die Reichsgründung erfüllt sahen, ging es ihnen vor allem um die Verteidigung dieses Vaterlands. Im 1. Weltkrieg zogen sie geschlossen in den "großen vaterländischen Krieg", bildeten Studentenba-

taillone, standen stets vorbildlich vorn an und rühmen sich noch heute der Schlachten, die unter maßgeblicher Beteiligung der Studentenverbindungen geschlagen wurden. Den Versailler Vertrag empfanden sie als Schande und lehnten die Weimarer Verfassung ab. Hitler entdeckten sie schon 1923 als den Mann, der Deutschland befreien wird. Die Toten des "Marsch auf die Feldherrnhalle" ehrten sie auf der Titelseite ihrer "Burschenschaftlicher Blätter" und gaben 1987 einen unkommentierten Reprint dieser Ausgabe heraus. Daß Hitler diese Studentenverbindungen später verbot, störte niemand. Die meisten Verbindungen hatten sich schon freiwillig dem "nationalistischen deutschen Studentenbund" angeschlossen und die Hitlerdiktatur zur Erfüllung der burschenschaftlichen Geschichte erhoben. Ihre chauvinistisch militaristische Einstellung zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Geschichte - bis heute.

Ob als fanatische Kriegsanhänger im 1. Weltkrieg, als Waffenstudenten gegen streikende und revolutionäre Arbeiter, z.B. bei den Ruhrkämpfen 1920, als Hitlers Kämpfer für Volk ohne Raum, oder als Soldaten in der Bundeswehr - die deutsche Sache zu verteidigen, haben sich die Verbindungsstudenten noch nie geschämt. Und so rühmen sie sich heute, daß viele "alte Herren" ihre steile Karriere bei der Reichswehr auch bei der Bundeswehr fortsetzen konnten. Der prominenteste unter diesen ist wohl Günter Kiesling, der als tapferer und bewährter Leutnant das Ende des Krieges erlebte und als Oberleutnant 1956 in die Bundeswehr eintrat. Als er seinen Abschied nahm, war er Generalstabsoffizier in einem Nato-Stab. In einem Artikel bedauerte der hochdekorierte Bundesbruder die mangelnde Beachtung des Umstandes, daß der Gründungstag der

Bundeswehr (12.11.55) auf Scharnhorsts 200. Geburtstag gelegt wurde. War doch Scharnhorst Schöpfer der preußischen Heeresreform, der Reform, die der Wehrmacht jene Schlagkraft verlieh, mit der man einen 1. Weltkrieg vom Zaun brechen konnte.

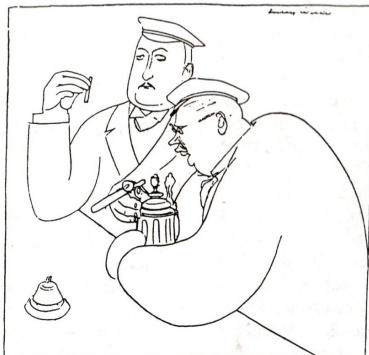
Natürlich ist auch der ranghöchste aktive Offizier der Bundeswehr in einer Burschenschaft. Aber all jene, die sich für eine zivile Karriere entschieden haben, können dem Militarismus frönen, indem sie sich einem der Reservistenverbände anschließen. Hierzu gehört auch der ASR (Aktionskreis Studentischer Reservisten), über den man im DID Nr. 66 genaueres nachlesen kann. Es erübrigt sich wohl, jetzt noch zu erwähnen, daß das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung bei den Burschenschäftlern nicht gilt.

Dem Vaterland treu ergeben, ohne viel zu fragen, das kann Strauß nur Recht sein. Hier kann er Kräfte für seine Sammlungsbewegung rekrutieren und so hält er auch gerne eine ausgiebige Rede vor dem Kartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV): "Wir haben keinen Grund, auf Jahrhunderte hinaus wegen der Unmenschlichkeit der Nazis einen falschen Gang zu haben, den gebückten Gang des schuld-

beladenen Sklaven der Geschichte." Der burschenschaftliche Theoretiker Prof. Willms drückt das zwar etwas anders aus - weit entfernt sind sich die beiden aber nicht. Diese Leute wird Strauß sich warmhalten. Es fällt ihm auch nicht schwer, denn er weiß, daß die Studentenverbindungen schon immer demjenigen die Treue hielten und notfalls auch für ihn in den Krieg zogen, der die Rettung des Vaterlands versprach. "Komm was wolle, wir folgen ihm" jubelten sie damals Hitler zu. Sie folgen immer noch jedem, der die Einheit Deutschlands auf seine Fahnen schreibt - dem korporierten Strauß besonders gerne.

Ein Köder auf Lebenszeit

Um ihre Anhängerschaft brauchen sie sich keine Sorgen zu machen. Seit 1980 stieg die Zahl der Korporierten von 42.000 auf über 60.000. Das hat seinen Grund: Die Studentenverbindungen haben Zimmer, billige noch dazu, und die sind in Westdeutschlands Universitätsstädten ansonsten nicht zu haben. Den weitsichtigen Studenten wird vielleicht auch die zunehmende Akademikerarbeitslosigkeit ins Verbindungshaus locken, kann man sich doch aufgrund der Beziehungen der "alten Herren" auf einen guten Arbeitsplatz verlassen. Sei es



Ferienarbeit. „Was hast du die ganzen Ferien getrieben? — Ich habe meinem Papagei das Rülpsen beigebracht.“ („Simplicissimus“, 1906.) (69)

Gebet diesen Nationalsozialisten einen Fusstritt!



die Fremde der neuen Stadt oder die Uni, in der man keinen Überblick hat, die einen unter die Deutschlandfahne ins "Haus" führt, die Korporationen haben gute Köder. Hat jemand ange-bissen, bekommt er erstmal die nötige Nachhilfe in Sachen Studentenverbindung. Dies erledigt ein hierzu besonders geeigneter Verbindungsbruder. Mit dem Eintritt in die Verbindung, die meist mit einer kleinen Fechtereier und einem großen Besäufnis einhergeht, ist der Bund fürs Leben besiegelt. Dieser Bund führt meist zu einer steilen

Karriere in Wirtschaft oder Politik. Ein paar Beispiele verdeutlichen dies: Bundesbauminister Schneider ist im CV, sein Vorgänger Haack Burschenschaftler (Bubenreuter Erlangen), Joachim Zahn, ehemals Vorstandsvorsitzender der Daimler Benz AG, ist Mitglied von Rhennania Tübingen; Werner Premauer, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayerischen Vereinsbank, von Fichtel & Satz und der Henninger Brauerei ist im Corps Frankonia; Kurt Hansen, Aufsichtsratsvorsitzender der Bayer AG ist bei Cheruscia

Straßburg zu München; der Ex-Wirtschaftsminister und jetzige Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friedrichs, ist bei Teutonia Maarburg. Angesichts der steilen Beamtenkarrieren von CV-lern in Bonner Regierungsstellen bemerkte einst Theodor Heuß, daß "Zufall mit CV geschrieben werde". Für die Karriere verkaufen sie sich an die Verbindungen. Ob sie da nicht auch für ganz andere Dinge zu haben sind? Tucholsky meint dazu:

"Wir stehen hier im Vereine in diesem Lederflaus; wie die abgestochenen Schweine sehen wir aus. Wir fechten die Kreuz und die Quere mit Schlag und Hieb und Stoß wir schlachten um die Ehre -! auf die Mensur! Los!

Der deutsche Geist? Hier steht er. Wie unsere Tiefquart sitzt! Wir machen Hackepeter, Daß die rote Suppe spritzt. Wir sind die Blüte der Arier und verachten kühl und grandios die verrohten Proletarier - auf die Mensur! Los!

Wir sitzen in zwanziger Jahren Mit zerhacktem Angesicht in Würde und Talaren über Euch zu Gericht.

Dann werden wir Euch zeigen in Sprechstunden und Büros ihr habt Euch zu ducken, zu schweigen - auf die Mensur! Fertig los!

Wie lange Männer und Frauen, seht Ihr Euch das mit an? Wenn sie sich heut selber verhaugen: Euch fallen sie morgen an! Ihr seid das Volk und die Massen von der Etsch bis an den Rhein: soll das die führende Klasse, sollen das unsere Führer sein? Fertig! Los! Los!

Strauß in Aktion



„Ich verstehe überhaupt nicht, was Waffen in Nichtspannungsgebieten verloren haben“

Das war der Kommentar von Strauß zur Lieferung von U-Boot-Plänen nach Südafrika. (Wir berichteten im DID Nr. 65, daß es sich um eine Spezialkonstruktion für Sabotageeinsätze handelt.) Da es sich aber um einen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz handelt (keine Waffen in Spannungsbereichen), wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gegründet, der seit über einem halben Jahr tätig ist. Was seitdem passiert ist:

- Die Howaldtswerke und das Ingenieurkontor Lübeck weigern sich bisher, ihre kompletten

Firmenakten einsehen zu lassen und liefern nur gefiltertes Material an den Untersuchungsausschuß. Der Untersuchungsausschuß hat zwar prinzipiell schon beschlossen, daß die Akten beschlagnahmt werden, ein entsprechender Antrag beim Amtsgericht Bonn wurde aber erneut zurückgestellt. Man will zunächst über einen Antrag der SPD zur Änderung des Untersuchungsauftrags entscheiden. Vielleicht hat den beteiligten Firmen die Zeit auch noch nicht gereicht, um belastendes Material zu vernichten.

- Die Oberfinanzdirektion in

Schleswig-Holstein ist allerdings der Ansicht, daß ihr die Akten genügen. Sie hat das Untersuchungsverfahren gegen HDW und IKL eingestellt, weil die Lieferungen an Südafrika nur zu einem kleinen Teil erfolgt sind. Zwar wäre die Lieferung eines kompletten U-Boots oder der kompletten Unterlagen zum Bau eines U-Boots ohne Ausfuhrgenehmigung verboten gewesen, eine solche Lieferung habe aber nicht stattgefunden. Man weiß zwar nicht genau, was alles an das Rassistenregime in Südafrika geliefert wurde, die Oberfinanzdirektion weiß aber genau, was angeblich nicht ge-

liefert wurde: Schweißvorschriften für Spezialstähle, Überwachungsanweisungen für den Bau von Druckkörpern und Unterlagen für Stabilitäts- und Trimberechnungen. Daß bereits Spezialstähle nach Südafrika verschifft wurden, stört die Oberfinanzdirektion nicht. Das Verfahren ist eingestellt. Verschiedene CDU-Politiker haben bereits dementiert, daß die Bonner Regierung auf diese Entscheidung Einfluß genommen habe. Der Untersuchungsausschuß tagt weiter.

- Mittlerweile hat der SPIEGEL ermittelt, daß HDW wahrscheinlich doch ein Konstruktionsmodell über Israel nach Südafrika geschickt hat. Ein solches Modell ist für den Bau notwendig. Möglicherweise wurde das Modell verschifft, als es den Untersuchungsausschuß bereits gab.

- Für die bisher gelieferten Teile hat Südafrika insgesamt etwa 45 Millionen Mark bezahlt, wovon HDW und IKL bisher keine müde Mark Steuern gezahlt haben und auch nicht zahlen brauchen, wie der schleswig-holsteinische Finanzminister Asmussen (CDU) erklärte. Da zu befürchten sei, daß die westdeutschen Unternehmen das Geschäft wieder rück-

gängig machen müssen, dürfen sie den Ertrag als Rückstellung verbuchen und bekommen die Steuern gestundet. (taz 13./25./27.1.88 und SZ 22.1.88) Inzwischen hat die Regierung Südafrikas zwei Millionen DM an Lizenzgebühren für den Bau des ersten U-Bootes gezahlt. Dieser Betrag war vertraglich abgemacht worden. (taz 17.4.88)

- Der Inaktivität des Ausschusses beginnt nun die HDW selbst zu kontern. Laut SZ vom 7. Mai 88 wurde der HDW-Aufsichtsratsvorsitzende Ernst Pieper bei führenden SPD-Politikern vorstellig, um eine Beendigung des Untersuchungsausschusses zu bewirken. Auch der Betriebsrat der HDW wurde von ihm unter Druck gesetzt, damit die Arbeiter ihre Partei bitten, den Arbeitsplatz- weil auftragsgeföhrdenden Untersuchungsausschuß doch endlich einzustellen. Doch die SPD bleibt hart. Sie forderte nun erneut, daß die HDW ultimativ bis zum 16.5.88 alle Firmenakten über den U-Boot-Handel herausrücken muß, andernfalls hätte die HDW mit einer Klage zu rechnen. Wir wissen zwar nicht, wie die SPD entscheiden will, wann sie alle Akten hat und ob diese überhaupt noch existieren - aber

immerhin hat sie sich von Pieper (noch) nicht bestechen lassen.

Übrigens gehört die HDW mit 75% zum Salzgitter-Konzern und dieser zu 100% dem Bund. Die restlichen 25% der HDW gehören dem Land Schleswig-Holstein. Der verehrte Herr Pieper ist eigentlich ein Angestellter dieses Staates, er ist nicht nur Aufsichtsratsvorsitzender der HDW, sondern das gleiche bei Salzgitter. Die Salzgitter-Peine-Werke wiederum hießen früher "Hermann Göring"-Werke und haben viel Erfahrung in der Produktion für und mit dem Tod, wie im Artikel über das KZ Drütte in diesem DID nachzulesen ist.

- Inzwischen gehen die Grünen im Bundestag davon aus, daß Südafrika die Produktion in Durban begonnen hat und daß das erste U-Boot 1992 fertiggestellt sein könnte. Die Grünen gehen außerdem davon aus, daß die HDW Südafrika beim Bau weiterhin unterstützt, obwohl die Zusammenarbeit offiziell bereits 1985 aufgegeben wurde. (taz 11.5.88)

Strauß hat sich nicht weiter geäußert, er scheint mit dem Gang der Dinge ganz zufrieden.

Südafrika zwei

Die luxemburgische Tochter der Hanauer NUKEM hat einen Vorvertrag mit Südafrika über die Lieferung von 3.747,5 Tonnen Uranhexafluorid unterschrieben. Der Stoff ist Ausgangsprodukt für Kernbrennstoffe. Der Vorvertrag stammt von 1979, die Lieferung sollte sich bis zum Jahr 1992 erstrecken mit jeweils 300 Kilo pro Jahr. Ob an Südafrika geliefert wurde, über welchen Weg und ob immer noch geliefert wird, ist nicht bekannt. (taz 23.1.88)

Südafrika drei

Im September 86 hat die Bundesregierung einen EG-Beschluß mitgetragen, der Neuinvestitionen in Südafrika verbietet. Trotzdem vergibt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (zu 80% in Bundesbesitz) Kredite für Investitionen. Z.B. 32 Millionen an SIEMENS für den Ausbau eines Kommunikationssystems. Drei weitere Kreditangebote gingen an einen südafrikanischen Energiekonzern, der neben konventionellen auch atomare Anlagen betreibt. (taz 23.1.88)

Stoiber

hat bei der Jungen Union vor dem Mißbrauch der sozialen Indikation gewarnt. "Der Mißbrauch der sozialen Indikation ist nur durch eine Schärfung des Unrechtsbewußtseins abzubauen. Der Begriff "Schwangerschaftsabbruch" ist durch den Begriff "Tötung menschlichen Lebens" zu ersetzen." (taz 7.12.87)

Am Aschermittwoch: einmal Strauß komplett

Am Aschermittwoch gab Strauß einmal wieder ein Kompletต์programm für seine Anhängerschaft. Er betonte seinen Anspruch auf eine eigene Außenpolitik (Südafrika-Reise) und seinen Anspruch, in Bonn mitzubestimmen.

1. Der schleichende Sozialismus

"Das wäre der totale Überwachungsstaat", sagt Strauß, wenn Stoltenberg solche Teufeleien in der Quellensteuer versteckt hätte, daß es der Finanzverwaltung möglich wäre, in Millionen von Privatkonten hineinzuschauen. Bei dem Spitzensteuersatz von 53 Prozent warf er der CDU "Annäherung an sozialdemokratische Neidvorstellungen" vor und forderte erneut eine Senkung auf unter 50 Prozent.

2. Kameradschaftlich in den Krieg...

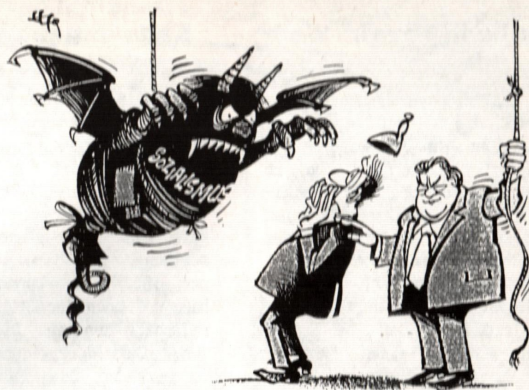
Bonn dürfe sich nicht länger weigern, sich an der Überwachung internationaler Gewässer im Persischen Golf zu beteiligen. Man dürfe sich nicht drücken, "mit ein paar Minenräumbooten partnerschaftliche Kameradschaft zu leisten".

3. ...zu Wasser, zu Land und in der Luft

Gerade der Verzicht auf amerikanische Mittelstreckenraketen bringe "die Notwendigkeit der Aufrüstung im Bereich bis 500 Kilometer" mit sich. (Als hätte er es gewußt, arbeitet "sein" Rüstungsunternehmen MBB schon seit Jahren an der Entwicklung von Raketen dieser Reichweite.)

4. Deutsch sein

"Frenetischen Beifall" (SZ) erhielt Strauß, als er ein neues Selbstbewußtsein der Deutschen nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs forderte. Er verwahrte sich dagegen, daß man heute als Frontsoldat nachträglich als Kriegsverbrecher eingestuft werde. (SZ 18.2.88)



(Horst Haitzinger/tz, 19. 11. 1979)

Die Freiheit der Andersdenkenden

"Die Freiheit ist immer noch die Freiheit der CSU und der Rausschmeißer und der Stärkeren und der Großkopferten und der Mehrern und des Staates, der die Freiheit vertritt." (taz, 18.2.88)

Deshalb wurde auf dem "politischen Aschermittwoch" der CSU in Passau den 50 Jugendlichen

aus kirchlichen Kreisen das Transparent "Die Freiheit ist immer noch die Freiheit des Andersdenkenden" (Rosa Luxemburg), welches sie hochhielten, postwendend entrisen.

Und das, obwohl ihnen die Rosa Luxemburg in der DDR so gut gefallen hat.

Strauß wieder in „Südwest“

Bei seiner Südafrikareise machte Strauß einen Abstecher nach Namibia, auch, um dort die alten Kameraden wiederzutreffen, mit denen er damals in der Sowjetunion war. "Hier in Südwest (so nennen die alten Nazis Namibia - Arm. d. Redaktion) besuche ich immer meinen alten Kameraden, der damals vor Stalingrad mit mir gekämpft hat..." (taz 30.1.88) Straußens Kamerad war damals Unteroffizier und Strauß selbst Leutnant in der Hitlerarmee. Nach dem Krieg hatten viele Nazis Angst, für ihre Verbrechen bestraft zu werden und flüchteten aus Deutschland in die ganze Welt. Besonders in faschistischen

Ländern wie z.B. Chile kamen sie als Fachkräfte für Folter und "Kommunistenbekämpfung" oder als Waffenhändler zu neuen Ehren. Wenn die CSU von den "traditionell guten Beziehungen" zu Ländern wie Namibia spricht, sind wohl genau die alten Nazis gemeint, die sich besonders in manchen Ländern Südafrikas und Lateinamerikas festgesetzt haben und dort ihrer alten Leidenschaft unbesorgt fröhnen können: Auch Straußens Stalingrad-Kamerad zieht z.B. regelmäßig zu Hitlers Geburtstag die Hakenkreuzfahne vor seiner Farm westlich von Windhuk auf.

Das ewig Böse im Weib

Bei Koalitionsverhandlungen hat die CSU die Bestrafung von Vergewaltigung in der Ehe abgelehnt. Begründung: Es käme zu einer "Erweiterung" der "kriminologischen Indikation". Der sozialpolitische Sprecher der CSU-Bundestagsfraktion Horst Seehofer befürchtet, daß bei einem Straftatbestand der Vergewaltigung in der Ehe Frauen sich künftig einen "Abtreibungsgrund erschleichen" könnten. Er stellt sich das so vor: Ehefrauen stellen Strafanzeige gegen ihre Männer, treiben mit Hilfe der "kriminologischen Indikation" ab und ziehen dann die Anzeige zurück. (taz 4.3.88)

Befehligt Wörner auch die türkische Armee?

Im Rahmen der Nato hat die Bundesrepublik eine besondere Verantwortung für die Türkei übernommen, was vor allem heißt, daß sie sicherstellt, daß die Verteidigungsbereitschaft an "unserer" Ostflanke sichergestellt ist. Hauptsächlich geht es dabei um die Finanzierung des türkischen Militärhaushalts, wozu die BRD ab und an europaweite Sammlungen organisiert, den Hauptteil aber den westdeutschen Steuerzahlern anlastet. Mit einer Rüstungs-sonderhilfe im Wert von einer halben Milliarde Mark stattet die Bundesrepublik die türkische Armee mit 150 gebrauchten Leopard 1 der Bundeswehr aus. Zwischen 1980 und 83 hatten die türkischen Militärs schon einmal eine Sonderhilfe der BRD erhalten. Damals waren es 77 Leos. (SZ 6.2.88)

Denkmal gegen Kadavergehorsam

(SZ, 1.2.88) München: Besaßen doch die Grünen die Frechheit, den Antrag zu stellen, das Denkmal dem "Antihelden, Deserteur aller Kriege" (näheres im letzten DID) am Kulturzentrum Gasteig aufzustellen. Das mißfällt dem Bundeswehrverband und auch der Standortkamaradschaft München. Die Errichtung eines derartigen Denkmals verherrliche die Fahnenflucht und damit eine Straftat. Und weiter: Bei allem Verständnis und aller Unterstützung der Bundeswehr für Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, handelten Deserteure aus niedrigen und egozentrischen Beweggründen. Na bitte! Also wurde der Münchner Oberbürgermeister und alle Fraktionen aufgefordert, "ein derartiges Denkmal an keiner Stelle der Stadt München aufzustellen".

Hillermeier kann auch freundlich sein,

wenn es um Ausländer geht. Der z.B. für die Sammellager in Bayern zuständige "Sozial"minister Hillermeier besuchte zwei Ausländer im Krankenhaus und brachte als Gastgeschenk einen Radiorekorder mit. Bei den Ausländern handelt es sich um afghanische Kriegsverletzte. Für die Behandlung der sogenannten Freiheitskämpfer stehen DM 380 000,- zur Verfügung. "Fanatische Moslems" werden ansonsten von der "christlichen" Partei nicht so freundlich behandelt. Es kommt halt doch darauf an, ob sie sich gegen Kommunisten hetzen lassen.

Wie hoch ist die zulässige Gesamtdummheit eines CSU-Stadtrats?

Gustav Graf von Preysing, seines Zeichens CSU-Stadtrat, hat auch eine Meinung zum "Stein des Anstoßes". In einer Rundfunkdiskussion mit seinem Grünen Stadtratskollegen Bernd Schreyer behauptete er: "Kein Soldat auf der Erde kann beurteilen, was ein verbrecherischer Krieg ist und was nicht" und schon gar nicht könne er nachvollziehen, wenn einer im zweiten Weltkrieg von der Ostfront desertiert sei: "Von einer Diktatur zur anderen - da hätte ich gar kein Verständnis. Desertion, fand Preysing sei immer verwerflich, "ganz wurscht wo: Ich leiste einen Treueeid, und dann brech' ich ihn." Nur in einem aktuellen Fall könnte sich auch Preysing vorstellen, daß der Soldat, der von der Fahne geht, ein Ehrenmann ist: in Afghanistan: "In dem Fall ist es ganz anders". (zitiert nach SZ, 31.3.88) Die Stimme seines Herrn!

Die Wehrmacht – wie sie lebt

Auch heute noch kann man bei der Bundeswehr ökonomisch denken: "... dann war der Einsatz von Giftgas zur Massenvernichtung von Juden anstelle der individuellen Hinrichtung auch ein Sieg des Wirtschaftlichkeitsprinzips". (Vom Vizepräsident des Wehrbereichs VI in Bayern, Reinhart, geschrieben in den "Unterrichtsblättern für die Bundeswehrverwaltung" - zitiert in der SZ vom 22.1.88)



„Tour de Terror“

9. März 1988

Das Anti-Atom-Plenum plant eine Veranstaltung zu dem Thema: "Versammlungsfreiheit und Widerstandsperspektiven". Der "Terror" im Titel der Veranstaltung bezog sich selbstverständlich auf den der Atombombenbauer und Demokratievernichter. Es sollte als Protest auf die drohende Verschärfung des Versammlungsrechts und die rigide bayrische Zensurpraxis ein Programm geboten werden mit Rainer Trampert von den Grünen, dem einst vor den Nazis nach England geflüchteten Schriftsteller Erich Fried, den Autonom von der Lupus-Gruppe aus dem Rhein-Main-Gebiet, Mitarbeitern der anarchistischen Zeitung "Freiraum". Walter Moßmann, die Guglhupfa und Los Bequerellos sollten für das kulturelle Programm sorgen. Am Abend vor der Veranstaltung erließ die frühere Dienststelle von Gauweiler, das Münchner Kreisverwaltungsreferat ein Verbot. Grundlage dafür waren ein im Anti-Atomplenum zwar einmal verteiltes, aber nie diskutiertes, geschweige denn jemals beschlossenes Papier "Interne Militanzdebatte" und die von der Gruppe Lupus verfaßte Analyse "Stand autonomer Bewegung, Langlauf oder Abfahrt im Sturz", die sowohl auf den "libertären Tagen" 1987 in Frankfurt und seitdem auch auf etlichen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet und z.B. in der TAZ diskutiert worden ist. Dem Kreisverwaltungsreferat ist dabei das Kunststück gelungen, aus dem Lupus-Papier, das ausgesprochen scharf den Hang zur "militanten Auseinandersetzung" im autonomen Spektrum kritisiert, einen hochgefährlichen Aufruf zu strafbaren Handlungen bis hin zum Mord zu ma-



Keine Freiheit an der Münchner Freiheit - sondern Terror am Abend des 9. März vor dem Schwabinger Bräu.

chen. Bemerkenswert an der Argumentation des Kreisverwaltungsreferats, die sowohl vom Verwaltungsgericht München als auch vom bayrischen Verwaltungsgerichtshof übernommen wurde, ist die Anlehnung an den noch gar nicht vom Bundestag verabschiedeten Paragraphen 130 b (Befürwortung von Gewalt): "Diese Äußerungen enthalten", so heißt es im Verbotsbescheid vom 8.3.88, "insbesondere in ihrem Gesamtzusammenhang die Aufforderung zu bzw. die Billigung von strafbaren Handlungen durch Befürworten von Gewalt". Im übrigen ist nach Ansicht der Kammer schon die in den Plakaten ausgedruckte Bezeichnung "tour de terror" ein Indiz für den Unrechtsgehalt der dort beabsichtigten Meinungsäußerungen.

Trotz des Verbots hatten sich etwa 400 Personen vor dem Schwabinger Bräu, wo die Veranstaltung stattfinden sollte, eingefunden. Eigenmächtig und gegen geltendes Recht untersagte der zuständige Einsatzleiter der Polizei auch eine Spontandemonstration gegen diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Er drohte jegliche Ansammlung von potentiellen Demonstranten mit "unmittelbarem Zwang" durch die anwesenden, uniformierten und fast ebenso zahlreichen zivilen Ordnungshüter abzuräumen. 20 Personen wurden festgenommen, weil sie nicht schnell genug auseinanderstoben, als der Lautsprecher der Polizei sie dazu aufforderte. Mindestens sechs von ihnen wurden über Nacht festgehalten. Sie müssen mit Anzeigen rechnen.

Bayrische Jagdszenen: Schwulenhatz

Es mag manchen verwundert haben, daß die Schwulen nach ihrer anfänglichen Verteufelung als Seuchenherde Nr.1 vom Zwangsmaßnahmenkatalog, so wie er am 25.5.87 von der CSU im bayrischen Landtag verabschiedet wurde, nicht mehr erwähnt werden.

Das liegt zum guten Teil daran, daß sie sich am vehementesten gegen ihre Diskriminierung gewehrt haben. Sicherlich kann aber Gauweiler die ausdrückliche Erwähnung der Schwulen in seinem Zwangskatalog gut verschmerzen. Denn die Diskriminierung der Schwulen hat eine lange Tradition. Schon die bloße Existenz des §175, kriminalisiert nach wie vor die Sexualität dieser Menschen als sittenwidrig.



Am 1.2.1986 folgten Münchner Schwule dem Aufruf des Anti-Strauß-Komitees, "Für unser Widerstandsrecht" zu demonstrieren.

Fall 1

1981 wollten junge Homosexuelle aus Ingolstadt einen Verein gründen, der ihre gesellschaftlichen Interessen vertreten sollte. Ihr Antrag, als "Schwulengruppe Ingolstadt" in das Vereinsregister aufgenommen zu werden, wurde mit der Begründung abgelehnt, das Wort "schwul" sei sittenwidrig und lasse auf sexuelle Aktivitäten der Gruppe schließen.

Fall 2

1980, während des Bundestagswahlkampfes führte der VGS (Verein für sexuelle Gleichberechtigung) einen Infostand zur ersatzlosen Streichung der §§ 175 und 174 durch. Der presserechtlich Verantwortliche für das Flugblatt, das bei dieser Gelegenheit verteilt wurde, erhielt eine Anzeige nach § 111, Aufforderung zu einer Straftat. Denn der § 175, so wie er heute besteht, erlaubt zwar Liebe

zwischen erwachsenen Männern, sexuelle Beziehungen zwischen einem Mann und einem Jugendlichen sind aber nach wie vor strafbar. Wenn nun jemand die ersatzlose Streichung der entsprechenden §§ will, fordert er zu sexuellen Kontakten mit Jugendlichen auf. Ist doch klar! Und die sind verboten! Ist auch klar! Bei weiteren Infoständen wurde dem Verein untersagt, mit Jugendlichen zu sprechen - wegen möglicher Verführung Minderjähriger.

Fall 3

Unter den alljährlich stattfindenden Faschingsbällen in München gibt es auch die "Tuntenbälle". Bei einem der ersten Anfang der 80er Jahre, erklärte das Münchner Kreisverwaltungsreferat den Veranstaltungsort, den Löwenbräukeller am Stieglmeierplatz als jugendgefährdend, weil dort gegen die guten

Sitten verstoßen werde. Es wurde eine polizeiliche Kontrollstelle vor dem Löwenbräukeller eingerichtet, wie sie die Strafprozeßordnung für Verbrechensbekämpfung insbesondere bei der Terroristenjagd vorsieht.

Für ihre "rosa Listen" dürfte die Polizei nicht allzu fündig geworden sein, denn die Tuntenbälle werden von Mitgliedern der sogenannten Münchner Schwulenszene nur mäßig besucht. Daß es tatsächlich nur um die Diskriminierung der Homosexuellen geht, beweisen auch die "Scharbarnacktbälle", die allein durch ihren Titel und die Plakate, auf denen nichts weiter als ein nackter Frauenhintern zu sehen ist, keinen Zweifel daran lassen, welchen Zwecken diese Veranstaltungen dienen sollen. Sie bleiben von der Polizei unbehelligt.

Fall 4

Eine der ersten Amtshandlungen Gauweilers als Münchner Kreis-

verwaltungsreferent 1982 war sein Versuch, das Stachusuntergeschoß von "soziallästigen Personen" zu reinigen: Penner, Homosexuelle usw., die sich dort unten aufhielten, würden sich strafbar machen und hätten zu verschwinden. Gegen den diskriminierenden Begriff "sozial-lästige Personen" für Menschen, deren Lebensweise nicht der von der CSU definierten Norm entspricht, wurde damals Strafanzeige gegen Gauweiler erstattet. Das Verfahren wurde mit der Begründung, dies sei eine zulässige Meinungsäußerung, eingestellt.

Gegen die "Soziallästigen" hingegen ging man folgendermaßen vor:

20-25-jährige Polizisten flanxierten auffällig durch das Stachusuntergeschoß und versuchten Männer anzumachen. Eine angenommene Einladung zum Kaffee oder ein freundliches Feuergeben genügte. Der Dienstausschuss wurde geizig und es erfolgte eine Personalienfeststellung. (Zur Vervollständigung der Rosa Listen??)

Fall 5

Häftlinge von Strafanstalten, denen Zeitschriften wie das schwule Kultur- und Nachrichtenblatt "Rosa Flieder" oder "Du und Ich" zugeschickt wurde, bekamen diese Zeitschriften nie zu sehen. Sie wurden nicht einmal darüber informiert, daß sie ihnen zugestellt worden waren. Begründet wurde der Zeitungsklausur mit der möglichen Störung der Gefängnisordnung durch "sittenwidriges Sexualverhalten".

Zur Information: Sexmagazine wie "Praline" oder "Wochenend" wurden unbeanstaltet durchgelassen.

Fall 6

Die Gaststätte "Bel Ami" wurde wiederholt, unter anderem im Mai 1985, von Zivilpolizisten von der gegenüberliegenden Straßenseite mit Infrarotkameras beobachtet. Mehrmals wurden

auf der Straße die Personalien der Gäste festgestellt.

Fall 7

1984 fand eine Veranstaltung des VSG zum Thema >Schwule Politik< statt. Referent war der Grüne ehemalige Bundestagsabgeordnete Herbert Rusche. Bevor dieser mit seinem Vortrag beginnen konnte, versuchten Jugendliche durch Stühle Hin- und Herrücken zu stören. Nachdem sie mehrmals aufgefordert worden waren, Ruhe zu geben, flogen Bierflaschen und Tische. Als die Veranstalter daraufhin den Saal räumen wollten, zogen die Störer Gaspistolen. Durch einen Schuß wurde Herbert Rusche am Auge verletzt. Der Schütze konnte festgehalten werden.

Andere schoßen sich den Weg nach draußen frei. Beim Eintreffen der Polizei riefen sie: "Ihr schwulen Schweine, man sollte euch vergasen!" oder "Ab in's KZ!". Die Verfahren gegen die Störer aus der Neonaziszene wurden wegen Geringfügigkeit und "Einzeltäterei" eingestellt.

Fall 8

Im August 87 wurde ein Besucher einer schwulen Disko von mehreren Jugendlichen zusammengeschlagen und schwer verletzt.

Das Opfer mußte mehrfach operiert werden, es litt unter Sehstörungen. Bis Ende Dezember 87 mußten einige Schädelknochen noch mit Stahlstiften stabilisiert werden.

Obwohl das Opfer der Polizei nur seinen Namen, nicht aber den Arbeitsplatz genannt hatte, rief die Kripo bei seiner Firma an.

Ein Lob den Rosa Listen!!

Das Münchner Kreisverwaltungsreferat bot dem Geschädigten einen Sühnetermin an. Das ist ein Verfahren, um bei geringfügigen Tatbeständen außergerichtlich zu einer Einigung zu kommen. Der Betroffene lehnte es ab, die gefährliche Körperverletzung (lt. Strafanzeige

des Staatsanwalts) als Geringfügigkeit einzustufen. Der Prozeß wurde trotzdem vom Gericht eingestellt.

Fall 9

Die Auflagen des Kreisverwaltungsreferates für Wirte von Münchner Schwulenlokalen wurden im Laufe der letzten Jahre immer schikanöser. Daß die Wattzahl der Toilettenbeleuchtung vorgeschrieben und das Ausgeben von Kondomen als Aufforderung zu sexuellen Handlungen verboten ist, daran hat man sich längst gewöhnt. Daß Werbeanzeigen der Wirte in schwulen Zeitschriften, Reiseführern oder den eigenen Clubzeitungen als Beweise dafür dienen, daß in ihren Lokalen Sexualkontakte stattfinden, ist neu. Wie schaut es nur in Gehirnkastln der Beamten aus, die sich so etwas ausdenken? Getreu der Devise Gauweilers: "Die schwule Subkultur muß zerstört werden." (Gauweiler auf einer Veranstaltung mit der Münchner AIDS-Hilfe am 24.10.87)

Fall 10

Am 2.2.88 ließen sich zwei Herren in Zivil um 1.30 Uhr die Tür zu einer Münchner Szene-Disko öffnen. Einer der beiden stellte sofort den Fuß in die Tür und im selben Moment tauchten 30-40 uniformierte Polizisten auf. Ohne Begründung stürmten sie das Lokal und besetzten alle Ausgänge, Toiletten, Bars. Das Licht wurde ein, die Musik ausgeschaltet. Die Gäste mußten sitzenbleiben. Inzwischen waren fünf Wannen vorgefahren und die Kontrolle konnte beginnen.

Selbstverständlich trugen die Herrschaften von der Polizei bei dieser Sorte Kunden Gummihandschuhe. Gäste, die keinen Ausweis dabei hatten oder sich schlicht weigerten, ihre Personalien anzugeben - was sie auch gar nicht müssen - wurden auf's Revier verfrachtet.

Wie man sieht, ist der Maßnahmenkatalog nur der vorläufige Höhepunkt der Angriffe auf selbstbestimmtes schwules Leben.

(FAUN); Militäruniformen (Daimler Benz); Elektronik für Flugüberwachung (SEL) treten an auf dem Schlachtfeld Irak gegen: Sprengstoff und Munition (Dynamit Nobel); G3-Sturmgewehr (Heckler & Koch); Kampfpanzer TAM (Thyssen Henschel); Panzertanker (TITAN); Produktionsanlagen für Waffen und Munition (Fritz Werner); LKW's (Daimler Benz) auf dem Schlachtfeld Iran. (1)

Bei bundesdeutschen Rüstungskonzernen klingeln die Kassen. Hier in München, Geisenheim, Stuttgart ... Hier bei MBB, Fritz Werner, Daimler Benz ... Paßt es nicht wie die Faust auf's Auge, daß in der gleichen BRD Menschen aus dem Iran, Gegnern dieses Krieges, das politische Asyl verweigert wird? Der Fall des iranischen Offiziers S. ist ein trauriges Beispiel bundesdeutscher Parteilichkeit. S. hatte den Befehl verweigert und damit nichts anderes getan, als einem sinnlosen Massaker den Rücken zu kehren. Für dieses "Verbrechen" erwartet S. im Iran die Todesstrafe.

Auf seinen Asylantrag antwortet das Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf: (2) "Es ist das Recht jedes Staates, die Verteidigungsfähigkeit seines Landes aufrecht zu erhalten und zu diesem Zweck geeignete straf- bzw. disziplinarrechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die

ordnungsgemäße Ableistung des Militärdienstes insbesondere im Kriegsfall zu gewährleisten. Jeder Offizier, der im Kriegsfall die Ausführung bestimmter Befehle verweigert, muß damit rechnen, daß gegen ihn ein solches Verfahren wegen Befehlsverweigerung eingeleitet wird; ein solches Verfahren könnte asylrechtlich jedoch nur dann relevant sein, wenn Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Härte der Strafmaßnahmen eine willkürliche bzw. grob unverhältnismäßige Behandlung des Antragstellers darstellt und somit neben dem reinen Strafcharakter auch darauf abzielt, in der Person des Antragstellers einen politischen Gegner zu treffen...

Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen würden die Antragsteller bei einer Rückkehr in ihr Heimatland aufgefordert werden, dieses Tun zu bereuen. Durch ein solches Reuebekenntnis würden die Antragsteller straffrei bleiben, da ihr Vergehen erstmalig und reuefähig ist."

Derart zynisch wird ein menschenverwerfliches Urteil begründet: "Kein Asyl". Ein deutsches Gericht überläßt S. "seinem Schicksal", es schickt ihn dorthin zurück, wo ihn zu 99,9 % der sofortige Tod durch Erschießen, im Zweifelsfall die Folter sicher ist. Ein deutsches Gericht ist es, das hier die Reue nach dem Koran for-

dert, nicht etwa der vielbeschworene iranische Fanatiker. Was ist diese amtliche - und ach so deutsche - Begründung denn anders als die offizielle und bedrohliche Aufforderung eines jeden Iraners, in diesem sinnlosen Krieg der Konzerne am Golf andere Unschuldige zu töten, selbst sein Leben zu lassen; für MBB, Fritz Werner, Daimler Benz vielleicht?

"Die Iraner und die Iraker wollen es ja nicht anders" wissen Passanten häufig zu berichten. Und zu M., einer iranischen Asylbewerberin: "Ihr seid doch für Khomeini!"

„In meinem Land hat Freiheit keine Bedeutung“

antwortete Sajed Emmami, ein iranischer Kollege auf der Kundgebung im Anschluß dieser Tafelaktion. Er und ein irakischer Kollege berichteten über die Situation im Iran und Irak, über die Bedeutung des Krieges für die Bevölkerung beider Länder.

- Im Irak ist es unter Androhung der Todesstrafe verboten, sich irgendwo anders als in der faschistischen Baathpartei zu organisieren. Tausende von Gegnern dieses Regimes Hussein und des Krieges wurden verhaftet. Es gibt spezielle unterirdische Kerker, in denen bis zu 50.000 eingepfercht werden.

- Im Iran weigern sich immer mehr Jugendliche, bei diesem Krieg mitzumachen. Auch sie werden von speziellen Einsatztruppen verhaftet und in Kasernen verschleppt. Frontsoldaten desertieren. 1986 wurden 200 von ihnen kurzerhand öffentlich an der Front hingerichtet. 100.000 politische Häftlinge sitzen in den Kerkern Khomeinis. Und die Mütter verstecken unter Lebensgefahr ihre Kinder oder schleusen sie buchstäblich außer Landes, damit sie nicht von Khomeinis Schergen als lebende Minenrollkommandos auf die Minenfelder gehetzt werden. (3)

stereo 2000

stere

Deutsche
Wertarbeit



Tod und Armut
Schluß mit den
Waffenlieferungen
an Iran und Irak

Deutsche
Wertarbeit



Profit
Schluß mit den
Waffenlieferungen
an Iran und Irak

Solche Rechtssprechung des Bundesamtes für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge unterstützt den Krieg zwischen Iran und Irak und damit die Exporteure der Waffen wie Daimler Benz, AEG, Siemens, MBB, Dornier ...
Machen wir überall diese Mordgeschäfte bekannt! Gehen wir dagegen vor, z.B. mit und durch eine solche Tafelaktion.

Folgende Organisationen und Einzelpersonen haben diese Aktion unterstützt:

ASTA-Uni Regensburg, Bürgerinitiative Asyl, Demokratischer Jugendzirkel, Deutsche Postgewerkschaft - Ortsverwaltung FA Rgbg, DFG/VK, Fachschaftsrat Biologie Uni Rgbg, FSI Mathe/Physik Uni Rgbg, Die Grünen KV Rgbg, JUSO-Unterbez. Rgbg, LISA Uni & FH Rgbg, Politischer Arbeitskreis Regensburger Schüler.

Walter Essbauer, IG Druck und Papier; Frank Leibig, Gewerkschaftssekretär; Prof. Gustav Obermair, Uni Rgbg; Hans-Jürgen Plan, Betriebsrat und IGM Vertrauensmann der Kronos AG; Stefan Bayerl, Fernmeldehandwerker, Teamer, DPG; Birgit Beck, Karoline Harth, Corinna Heimeshoff, Sonja Lehner und Ingrid Maltz, Mitglieder im AK - Südliches Afrika im EBW; Ewald Fröhlich, Motorradclub Kuhle Wampe; Gisela Jagodzinsky; Margit Rötzer, Fachgruppe Buchhandel in der HBV; Dieter Staude, Oberleutnant, SPD; Hanna Zellner, Bund für Geistesfreiheit.

(1) Die Quellen der Reihe nach: Bufta-Drucksache 10/1899, PIProtokoll 28.3.84 (Roland); DVZ 27.1.84 (Alpha-Jet); dpa 25.6.85/6.8.84, Stern 7/84 (BO105...); Die Neue 15.10.82 (Iveco); taz 5.6.85 (FAUN); Die

Neue, ebenda (Daimler); Der profitable Krieg Iran-Irak, S. 9, 1987 (SEL); Vrij Nederland 29.11.86 (Dynamit Nobel); Spiegel 42/1985 (G3); taz 12.6.84 (TAM); Der profitable Krieg Iran-Irak, ebenda (Titan); Spiegel 42/1985 (Fritz Werner); FR 12.6.86 (Daimler):

(2) Gesch.Z. 439-08308-85, 8502 Zirndorf, 7.1.87 ma

(3) Die Kinder Irans werden als lebende Minensuchgeräte durch die irakischen Minenfelder gehetzt. Die halbamtliche Zeitung Ettelaat schreibt dazu: "Vor dem Betreten der Minenfelder hüllen sich die Kinder in Decken ein und rollen auf dem Boden, damit ihre Körperteile nach der Detonation der Minen nicht auseinanderfallen und man sie hinter die Front bringen und auf Händen zu den Gräbern tragen kann." Aus: A. Malanowski, M. Stern: "Iran/Irak", S. 95 f

Nie wieder Krieg!

Kriegsgegner sind ein Sicherheitsrisiko

Wenn über Kriegsgegner vor einer Staatsschutzkammer gerichtet wird, die normalerweise Terroristen und Spione zu verurteilen hat, wenn Kriegsgegner folglich ein Risiko für die Sicherheit der BRD sind, dann kann die Bundeswehr keine Verteidigungsarmee sein, denn in diesem Fall müßten Kriegsgegner ja äußerst erwünscht sein.

Wenn Kriegsgegner also ein Sicherheitsrisiko sind, dann kann unsere Sicherheit nicht gemeint sein sondern die Sicherheit derer, die sich mit Sicherheit am nächsten Krieg an unseren Leichen genauso dumm und dusslig verdienen wie bei den letzten beiden Kriegen.

Seit dem 18.4.88 stehen vier Kriegsgegner vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts München. Sie werden nach § 89 StGB beschuldigt, - ganz im Sinne des "Wehrkraftzersetzungsparaphen" der Hitlerfaschisten- "fortgesetzt verfassungswidrig auf die Bundeswehr" eingewirkt zu haben, "um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben".

Die Staatsgewalt erschnüffelt "Wehrkraftzersetzung".



Wie kam es zur Anklage?

Im Jahre des 30-jährigen Bundeswehrjubiläums und im Rahmen bundesweiter Jubelfeiern mit über 460 öffentlichen Rekrutengelöbnissen, Truppenparaden und großen Zapfenstreichen verfaßte Alfons Lukas das Flugblatt "Rekrutenabschied". Einer der Rekruten, Heiko Müller, schrieb darin einen Beitrag, warum er von seinem Recht der Gelöbnisverweigerung Gebrauch machen werde. Daraufhin begann die Staatsanwaltschaft in München zu ermitteln. Nachdem die Anklageschrift gegen die beiden vorlag, verbreiteten der Reservist Stephan Sinz und der türkische Lehrling Cengiz Yürü eine Dokumentation, in der angeklagte Passagen des Rekrutenflugblatts hervorgehoben wurden. Nun sitzen sie wegen der gleichen "Verbrechen", nämlich der Gegnerschaft zur Bundeswehr, ebenfalls auf der Anklagebank.

In der 21-seitigen Anklageschrift gegen Alfons und Heiko werden alle möglichen Flugschriften, die seit Anfang der 80er Jahre von den "Angeschuldigten" verfaßt oder presserechtlich verantwortlich gezeichnet wurden, als "Beweisstücke" herangezogen. Sätze wie: "Wir lieben unser Land und lehnen es daher ab, dieses Land in den Krieg zu führen ..." oder "Ich bin nicht bereit, das Recht und die Freiheit des Unternehmers zu verteidigen, mich arbeitslos zu machen. Ich bin nicht bereit, mein Recht zu verteidigen, in einem 7,5 qm Zimmer leben zu müssen ..." soll niemand hier ungestraft sagen dürfen. Denn diese Sätze gefährden nach Meinung der Herrschenden die Sicherheit der westdeutschen Republik.

Die vielzitierte Sicherheit

Man muß sich einmal vorstellen, was da behauptet wird! Vier Menschen gefährden die Sicher-



Cengiz Yürü

Azubi Stahlformenbauer, Jugendvertreter

Die Völker wollen keinen Krieg. Wenn Völker zur Waffe greifen, so stets für den Frieden. Gegen ihre Beherrscher. So in Nicaragua, so in Südafrika. Gibt es diese Beherrscher nicht mehr, dann gibt es auch keine Kriege mehr. Das ist unser Ziel. Weltweit!

Darum ist es gleichgültig, in welchem Land ich lebe, welche Hautfarbe, welche Sprache ich habe. Mein Kampf gilt stets den Herrschenden. Darum kämpfe ich - Türke - als Arbeiter gegen den deutschen Imperialismus. Weil ich hier lebe, kämpfe ich auch gegen seine Armee. Wie in der Türkei gegen die türkische Armee.

So helfe ich auch den Türken in der Türkei am besten. Denn die Leopard-Panzer, die Gewehre, die Militärhilfe und Militärberater, die die Militärdiktatur stützen und dem Volk im Genick sitzen, stammen aus diesem Land.

heit dieser Republik. Es sind nicht etwa Vorstände von Nukem/Transnuklear, die mit illegalem Transport von radioaktivem Material unsere Gesundheit gefährden. Es sind auch nicht zwei Bosse von Krupp, die mit ihrer Profitgier Tausende von Arbeitsplätzen - und damit Existenzen - ruinieren wollen und schon allein in Rheinhausen in den letzten 19 Jahren 10.000 Arbeiter auf die Straße geschmissen haben. Es sind ebenfalls nicht zwei Politiker dieser Regierung, die mit ihrer "Reform" des Krankheitswesens aus unserer Gesundheit einen Luxusartikel machen (pro Medikament 10,- DM Gebühr, Zuschüsse für Brillen, neue Zähne, Prothesen etc. kannste vergessen usw.) und die dafür sorgen, daß immer weniger Arbeiter ihre Rente überhaupt noch erleben ... Nein, solche Menschen sind das nicht. Es sind eben einfach vier Kriegsgegner!

Kritikverbot

Das Denken kann niemandem verboten werden, wohl aber das Kundtun des Denkens. "Jemanden mundtot machen", nennt das der Volksmund. Darfst du deine Gedanken nicht aussprechen, nicht

Der Rekrutenabschied

ist eine alte und internationale Arbeitertradition. Es ist die Tradition derer, die erklären: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" (August Bebel) und deswegen jedem Rekruten mit in die Kaserne geben: Vergiß nicht, daß du Arbeiter bist!

Begonnen hat diese Tradition in Belgien und ein Vorfahre des Rekrutenabschieds

ist ein Flugblatt aus dem Jahr 1886. Nach belgischem Muster, verschieden in der Intensität und den Organisationsformen, wurde auch in Frankreich, in

der Schweiz, in Österreich und in Deutschland antimilitaristische Gedanken gut verbreitet. Karl Liebknecht, der Vorkämpfer des Antimilitarismus in unserem Land, hatte am 22. September 1906 auch einen Rekrutenabschied geschrieben, weswegen er 1907 in einem "Tendenzprozeß reinsten Wassers" (Karl Liebknecht) zu 1 1/2 Jahren Festungshaft verurteilt wurde.

Alfons Lukas hat genau diesen Rekrutenabschied zum Vorbild genommen. Das Kapital und sein Staat reagieren so empfindlich wie vor 80 Jahren, vor dem I. Weltkrieg.

veröffentlichen, ist tatsächlich ein Stück von dir getötet. Das soll durch die Anklage erreicht werden! Ein Kasernenhof soll das ganze Land werden. Niemand soll es wagen, seine Stimme gegen den Militarismus ungestraft zu erheben. Der erste und zweite Weltkrieg wurden erst möglich, als viele mundtot gemacht waren, als die Erfahrungen des Volkes mit Militarismus und Krieg nicht mehr ausgesprochen, niedergeschrieben werden durften, als die Kriegsgegner zum Schweigen gebracht waren.

Die äußeren Umstände

Die vielen Zuhörer, die am 18.4.88 zum Teil von weit her nach München angereist waren, fanden einen weiträumig abgesperrten Gerichtssaal vor, in den nur 50 Personen eingelassen wurden. Diese mußten nach Erhalt einer Eintrittskarte verschiedene polizeiliche Kontrollpunkte passieren. Die ohnehin begrenzten Zuhörerplätze wurden zum Teil von zivilen Polizisten belegt, um zu demonstrieren: Wir merken uns jeden, der hier mit den Kriegsgegnern sympathisiert. Gespräche wurden selbstverständlich mitgehört. Kriegsgegner, ob auf der Anklagebank oder im Zuschauerraum, standen unter ständiger polizeilicher Bewachung, eben wie gefährliche Terroristen.

Der Verlauf

Zu Beginn stellten die 4 Rechtsanwälte Anträge auf Einstellung der Verfahren, da keiner der Tatvorwürfe in der Anklageschrift nach den bestehenden Gesetzen präzisiert worden war. Eine Verteidigung der Angeklagten könne auf diese Weise nicht rechtmäßig erfolgen, da unterm Strich die Gesinnung der Angeklagten, nämlich die Gegnerschaft zu Bundeswehr und

Der Paragraph 89 StGB: „Wehrkraftzersetzung“ und der III. Weltkrieg

Schauen wir uns die Geschichte des § 89 einmal näher an:

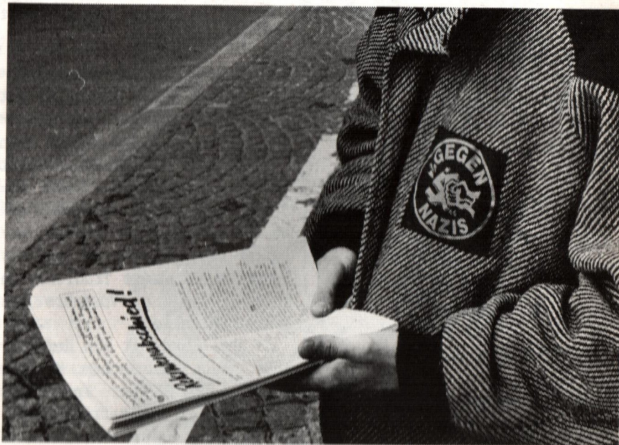
Sein Vorläufer war die Strafbestimmung "Wehrkraftzersetzung" der Hitlerfaschisten. Sie wurde noch vor der allgemeinen Wehrpflicht und Überführung der Reichswehr in die Wehrmacht (16.3.35) ins Strafrecht eingeführt. Nicht zufällig wurde damit auch die Grundlage für die Einführung des berüchtigten "Volksgerichtshofes" geschaffen.

Nach neueren Forschungen fielen etwa 100.000 deutsche Soldaten diesem Paragraphen zum Opfer, der jeglichen Ungehorsam gegenüber Befehlen, waren sie noch so verbrecherisch, mit dem Tode bestrafte. Aber damit nicht genug: Wer im Krieg auf den Hunger, das fehlende Brot hinwies, mußte mit standrechtlicher Erschießung rechnen, wegen Wehrkraftzersetzung! Dies betraf auch Zivilisten!

Nach dem 2. Weltkrieg wurde dieser Paragraph, zusammen mit allen anderen Gesinnungsstrafparagraphen der Nazi-Gesetzgebung aus dem Strafrecht gestrichen. Dies geschah durch das Kontrollratsgesetz Nr. 10.

Der Friede, auch der vor dem Gesinnungsstrafrecht dauerte nicht lange. Im Jahre 1951 wurde das 1. Strafrechtsänderungsgesetz, das sog. Blitzgesetz, beschlossen. Mit diesem Gesetz wurden alle Gesinnungsparagraphen der Nazigesetze wieder eingeführt. Darunter fallen z.B. Hochverrat, Landesverrat, verfassungsfeindliches Einwirken auf Behörden und Bundeswehr, Tragen von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole etc. Nicht zufällig wurde im Jahr 1951 der Zeitpunkt für das sog. Blitzgesetz gewählt. Denn es diente der Kriminalisierung der Wiederbewaffnungsgegner und war Grundlage für Tausende von Verfahren und schließlich ausschlaggebend für das Verbot der KPD. (In Anlehnung an Aufsatz von Heinemann/Posser in "Neue Juristische Wochenschrift" 1959, S. 121 ff)

Mit der Gründung der Bundeswehr ist die Gefahr für einen dritten Weltkrieg, der vom deutschen Boden ausgeht, konkret geworden.



Krieg, verfolgt werde, nicht aber konkrete Straftatbestände. Für Staatsanwalt Mitzl war alles präzise genug. Und das Gericht (bestehend aus 3 Richtern und 2 Schöffen) stellte fest, daß die Erfordernisse der Strafprozeßordnung gerade noch erfüllt seien. Von Anfang an zeigten Richter und Staatsanwalt arrogante Gleichgültigkeit. Die spätere Verurteilung schien festzustehen. Das Prinzip "Im Zweifel für die Angeklagten" sollte hier überhaupt keinen Platz zu haben. Wie kann man sich sonst die schon fast stereotypische Ablehnung der meisten Beweisanträge der Verteidigung erklären. Sie seien "unbedeutend" für das Verfahren. Oder aber das Gericht versuchte sich auf eine Geheimhaltungspflicht für Bundeswehrverordnungen zu berufen.

Die „unbedeutenden“ Tatsachen

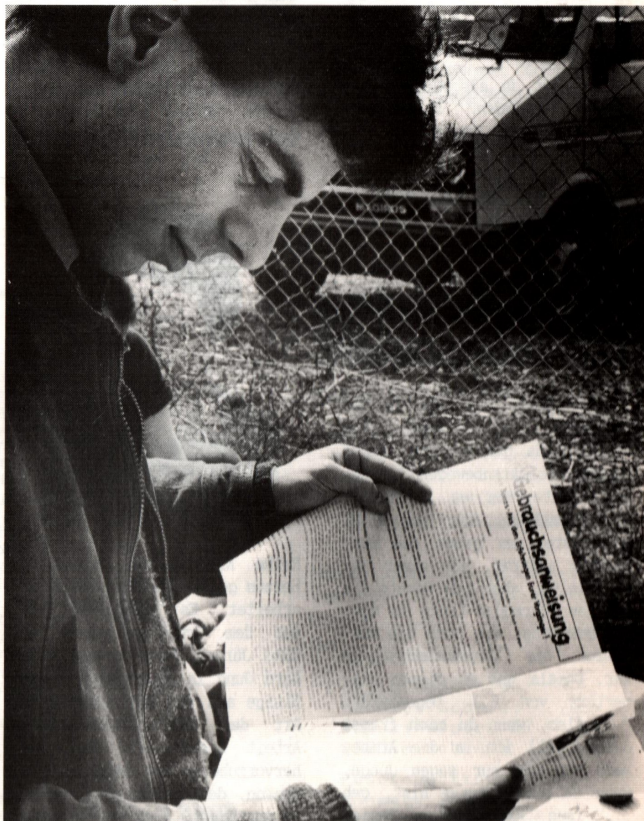
Die Angeklagten hatten in ihren Flugblättern versucht, aufzuzeigen, daß die Bundeswehr in der Tradition der faschistischen Wehrmacht steht und das in vielerlei Hinsicht:

- Die 135 ersten Generale der Bundeswehr waren ehemalige Nazi-Generale.
 - Heute bilden Offiziere nach Anweisungen aus, deren Quellen fast ausschließlich der faschistischen Hitlerwehrmacht entstammen.
 - Betrunkene Offiziere der Bundeswehrhochschule Neubiberg spielten vor einigen Jahren "Judenverbrennung". Ihre Karriere wurde dadurch nicht beeinträchtigt, von Strafverfahren ganz zu schweigen ...
 - usw., usf.
- Beweisanträge zur faschistischen Tradition der Bundeswehr wurden abgelehnt.

Entgegen der Genfer Konvention von 1972, die das Verbot von ABC-Waffen beinhaltet, wird im Rahmen der Bundeswehr über Bio-

Waffen geforscht, z.B. wird in der Sanitätsakademie München ein gentechnologisches Labor betrieben. Dies vom ehemaligen Bundesverteidigungsminister Wörner als Zeuge bestätigen zu lassen, lehnte das Gericht ab. Ein Beweisantrag machte dem Gericht dann doch etwas mehr zu schaffen. Es ging darum, die Heeresdienstvorschrift (HDV) 100/100 zu verlesen. Der Antrag sollte die Behauptung der Angeklagten beweisen, daß die Bundeswehr Angriffskriege vorbereite. Rechtsanwältin Gabriele Heinicke hierzu: "Die Kenntnisnahme vom Inhalt der benannten HDV 100/100 wird das Gericht zu der Überzeugung bringen, daß die Planungen der Bundeswehr im Rahmen der grundlegenden Stra-

**Die ganze
Macht
geht vom Volke
aus -
doch wo geht
sie hin?
Brecht**



Der Rekrut Martin studiert die "Antigebräuchsanweisung für den Barras".

tegie der Vorneverteidigung auf das mit dem Grundgesetz nicht vereinbarte Prinzip 'Angriff ist die beste Verteidigung' hinauslaufen. Die Beweiserhebung kann dazu führen, daß das Gericht die möglicherweise für strafwürdig gehaltenen Passagen der inkriminierten Flugblätter als gerechtfertigt ansieht oder zu der Auffassung kommt, daß zumindest die Bestrafung der Angeklagten unangebracht ist." Die Verlesung der Heeresdienstvorschrift brachte dann auch Interessantes zu Tage. Nämlich, daß die Verteidigung sich nicht darauf beschränken dürfe, den Angriff abzuwarten, sondern daß der Feind in der Tiefe seines Raums noch während der Annäherung getroffen werden müsse. Mit "Verteidigung" hat das nichts zu tun!!

Diese Beispiele zeigen: es wäre für die Angeklagten so wichtig, daß diese Tatsachen vom Gericht erkannt und gewürdigt würden, da sich daraus eines klar ergäbe: Jeder demokratisch-denkende und friedliebende Mensch sähe eine Verpflichtung darin, solchen militärischen Plänen entgegenzutreten. Dann allerdings stünde die Bundeswehr vor Gericht. Um das zu vermeiden, war dem Gericht bisher keine Ablehnungsbegründung zu blöd.

Bestraft wird die Gesinnung

Am 5. Prozeßtag schließlich ließ das Gericht die Katze aus dem Sack.

Es stellte fest, selbst wenn es stimmt, daß die Bundeswehr in gut faschistischer Tradition steht; selbst wenn es stimmt,

daß sie entgegen der Genfer Konvention über Bio-Waffen verfügt; selbst wenn es stimmt daß sie Angriffskriege vorbereitet, so könne das die Angeklagten nicht entlasten, da sie mit kommunistischem Gedankengut sympathisierten und ein "Klassenfeinddenken" hätten.

Der Antrag der Verteidiger, das Gericht auf Grund dieser Ungeheuerlichkeit für befangen zu erklären, wurde entsprechend ihrer Logik abgelehnt.

Im Namen des Volkes, das sich überwiegend aus denen zusammensetzt, die kein Interesse am Krieg haben, sind die 4 Angeklagten freizusprechen!

Weitere Informationen über den Prozeß und seinen Ausgang sind anzufordern bei der Redaktion "Kämpfende Jugend", Schwanthalerstr.139, 8000 München 2

Warum bist du als Kriegsgegner Soldat geworden? Du hättest auch verweigern können!

Damals sind wir davon ausgegangen, daß von 100 tauglichen Arbeiterjugendlichen 95 zur Bundeswehr gehen. Die meisten Verweigerer sind eben Abiturienten. Es ging und geht darum, die Arbeiter in der Armee nicht allein zu lassen, sondern sie für den Antimilitarismus zu gewinnen.

In der Zeit, als ich in der Bundeswehr war, das war 1976/77, da gab es eine sogenannte "Soldatenbewegung", später nannte man es richtiger: Soldatenarbeit. Ich war nicht der erste, der gegen die Bundeswehr auftrat, nur einer unter vielen, aber ich kannte die meisten führenden Leute in dieser Bewegung, die noch ein Ausläufer der Studentenbewegung war. Damals gab es diesen Liedertext von F.J. Degenhardt: "... Also, wenn du mich fragst Junge, soll ich in die Armee, kann ich dir nur sagen Junge, wenn du stark genug bist, geh ..." (aus "Rat an einen Sozialisten aus den reicheren Ländern"). So haben damals eine

Interview mit Alfons Lukas

Ich werde meinen Mund nicht halten



Reihe Kriegsgegner von innen heraus gegen die Bundeswehr gearbeitet. Es erschienen z.B. auf dem Gründungskongreß der SDAJ Jürgen Pomorin und Reinhard Jung in Bundeswehruniform. Einige aus dem SDS haben diese Art der antimilitaristischen Arbeit ausprobiert. Besonders hervorzuheben ist Bernhard Plagemann, der damals im DGB-Haus in Stuttgart, (das ist wichtig, daß es im DGB-Haus war) ein internationales Soldatentreffen

organisierte, an dem 800 Menschen teilgenommen haben, darunter 500 Soldaten aus 14 Armeen, z.B. revolutionäre GI's, Franzosen, Portugiesen, Spanier. Bernhard Plagemann war ein großer Antimilitarist, der Kontakte zu 14 Armeen hatte. Von ihm habe ich viel gelernt.

Zum damaligen Zeitpunkt gab es überall in Europa den Antimilitarismus in der Kaserne, z.B. die VVDM in Holland, eine regelrechte Soldatengewerkschaft mit Koalitionsfreiheit. Die Soldaten konnten ungehindert in der Kaserne für ihre Gewerkschaft arbeiten und haben z.B. den Wehrsold auf 1200 Gulden heraufgesetzt (1 Gulden war etwas mehr wert als 1 DM).

Es gab eine Reihe von Aktionen, auch in Portugal, Spanien, Österreich, Schweiz und Skandinavien, gerade auch bei den GI's, zum Teil aber auch scharfe Verfolgungen.

Über all diese Bewegungen und ihre konkrete Arbeit wußte ich damals Bescheid. So war es für mich eine klare Sache, ich ver-

suche in der Bundeswehr - im zuvor genannten Sinne - meinen Mann zu stehen und mich nicht knechten zu lassen.

Die Bundeswehr wird offiziell als Verteidigungsarmee bezeichnet. Welche Erfahrungen hast du während deiner Dienstzeit gemacht?

Ich war in einer sog. Eliteeinheit, in der Gebirgskampfkompagnie in Reichenhall. 50 % der Ausbildung war Übung in Selbstmordkommandos, wie z.B.: die feindlichen Linien durchbrechen, ein Stofflager in die Luft sprengen und danach nach Möglichkeit wieder heil zurückkehren. Oder es wurde Häuserkampf wie im Bürgerkrieg geübt. Beschäftigt man sich mit dem Aufbau der Bundeswehr, so fällt eine Unproportionalität zwischen Kampfeinheiten und Versorgungseinheiten auf. Ginge es um die Verteidigung, so müßten die Kampfeinheiten überwiegen. Bei der Bundeswehr ist es aber umgekehrt, die Versorgungseinheiten überwiegen und können so

auch weit entfernte Kampfeinheiten beliefern. So ist die Bundeswehr wie eine stählerne Sprungfeder, in hinterster Stellung zusammengedrückt, gespannt. Springt die Stahlfeder mit Panzern, Tornados, Soldaten weit ins fremde Land, werden die Versorgungslinien für die Kampfeinheiten länger. Hier zeigt sich, warum die Bundeswehr so viele Versorgungseinheiten braucht. Überhaupt, was ist der Verteidigungscharakter der Bundeswehr? Eine der technischsten Armeen, wenn nicht die technischste der Welt, bewaffnet mit der "Faust bis zum Ural", dem Tornado. Dann gibt es den legendären Leopard 2, der, wie alle Bundeswehrfahrzeuge, sibirische Temperaturen aushält oder die 40.000 Tropenuniformen, die in Koblenz lagern. Nicht zu vergessen die atomare Bewaffnung. ...

Wenn euch das Gericht verurteilt, was hätte das für Konsequenzen für euch und für die Antimilitaristen in unserem Land?

Der Rekrutenabschied und die Anti-Gebrauchsanweisung für den Barras, die noch aus den frühen 70er Jahren stammt, dürften im ganzen Land nicht mehr verbreitet werden.

Für mich persönlich wäre eine Geldstrafe, die vermutlich hoch sein wird, gleich der Verhängung einer Haftstrafe. Wegen meiner Straußdarstellung beim Anachronistischen Zug 1980 steht auch noch eine Geldstrafe an, d.h. ich werde nicht zahlen können. Das bedeutet Haft. Wird daran gedacht, die Strafe zur Bewährung auszusetzen, so werde ich vermutlich über kurz oder lang auch "sitzen" müssen, weil ich meinen Mund nicht halten werde. Die Folgen für die Kriegsgegner wären auch massiv: Jegliche Kritik von ihnen an der Bundeswehr kann dann bestraft werden. Das ginge auch bis zu Büchern von Günter Wallraff "Befehlsverweigerung".

Ohne Geld sind wir machtlos!
Postgirokonto 4186 68-800,
R.Merkel, Sonderkonto, Postgiroamt München, BLZ 700 100 80

Auftritt Gauweilers verursacht Tumulte ^{52.12.5.88}

Köln (Reuter)

Am Rande einer Vortragsveranstaltung des Staatssekretärs im bayerischen Innenministerium, Peter Gauweiler, ist es in Rösrath bei Köln zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Nach Polizeiangaben wurden sieben Demonstranten zur Feststellung ihrer Personalien vorübergehend in Gewahrsam genommen. Gegen zwei Festgenommene sei Strafanzeige wegen Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt gestellt worden. Gauweiler war auf Einladung der örtlichen CDU nach Rösrath gekommen und sollte zum Thema „Aids und öffentliche Ordnung“ sprechen. Homosexuellengruppen in Köln und Umgebung hatten zur Teilnahme an der Veranstaltung und zu Protesten gegen die bayerischen Vorschläge zur Bekämpfung der Immunschwäche-Krankheit aufgerufen. Nachdem die Veranstalter das Versammlungslokal wegen Überfüllung geschlossen und mehreren Dutzend Wartenden den Einlaß verweigert hatten, kam es zu lautstarken Protesten und Tumulten. Daraufhin griff die Polizei ein.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 15.-
☐ ein Förderabonnement DM 30.-

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an:
Annette Schorb,
Kapuzinerstr. 52,
8000 München 5

Postscheckkonto
Annette Schorb
München 1308 56-804



